DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

153 14. JAHRGANG Juni '97 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

MEDIEN

Anfang Mai fanden zum fünften Mal in Dortmund die Internationalen Videotage statt. Das Dortmunder Medienzentrum versucht mit diesem Festival die Reste der einst bundesweit verbreiteten »Videobewegung« zu versammeln. Seite 3

Viele Menschen im Raum Mainz/Wiesbaden, die seit Jahren wertvolle politische Arbeit leisten, oftmals jede freie Minute für ein echt basisdemokratisches Projekt hergaben, haben wieder mal einen Dämpfer erhalten. Dem Radioprojekt »Radio Quer« wurde nach acht Jahren Aufbauarbeit keine Sendelizenz erteilt. Seite 4

FORTBILDUNGSVERBUND

In einem vom Bonner Wissenschaftsministerium und der Anspacher BASA-Stiftung geförderten Modellprojekt des Frankfurter ISO zur Entwicklung eines Fortbildungsverbundes für selbstorganisierte Initiativen wurden eine Reihe hessischer Selbstverwaltungsprojekte untersucht und neue Vorschläge und Instrumente zur Initiativen-Qualifizierung entwickelt. Seite 5

UNVERBESSERLICHE ALT-NAZIS

1929: Reichsleitung des NS-Studentenbundes, 1933 Leiter der »Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit«, ab 1940 bei der Nazi-Rundfunk-Propaganda in Dänemark, später in Südamerika, seit Mitte der 70er Jahre konnte er sich in ökologischen Fragen einen Namen machen. Sein Collegium Humanum wurde zu einer Drehscheibe für weit rechts stehende ökologische, spirituelle und politisch rechtsextreme Strömungen. 1995/96 gab Werner Haverbeck gemeinsam mit seiner Frau Ursula zwei Bücher heraus, die als »Vermächtnis der Haverbecks« angesehen werden können. Seite 11

SOMMERSEMINAR

Das diesjährige Sommerseminar des TAK AÖ in der AG SPAK befaßt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Gemeinschaftsprojekte. Es findet parallel zum »Come Together« der Lebensgemeinschaften statt Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Die Schäfereigenossenschaft Finkhof im Allgäu ist eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, die im vergangenen Jahr 20 Jahre alt wurde. Seite 12

Für ihre geplante sozial-ökologische Modellsiedlung hat die Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G. einen Platz gefunden.

Das Konzept einer ökologischen und sozial orientierten Stadt hat sich die Ökostadt Produktiv- und Siedlungsgenossenschaft zum Ziel gesetzt. Seite 13

EURO, EURO-MÄRSCHE UND SELBSTBESTIMMUNG

Quo vadis, Europa ?

50 Jahre wird die DM. Die DM wird zwar im Juni 1998 gefeiert, aber voraussichtlich auch kurze Zeit später abgeschafft und im Euro aufgehen.
Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Euro durch Norbert Trenkle leitet unseren Schwerpunkt ein.

Europa ist seit Monaten im Gespräch. Die tiefe Krise der Weltökonomie, welche schon viele Millionen Menschen der Dritten Welt und des verflossenen Realsozialismus in die Verelendung entlassen hat, macht sich die letzten Jahre auch in den europäischen Ländern breit.

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln/Bonn ● Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit Europas hat deutlich zugenommen. Die Volkswirtschaften wollen nicht mehr so recht wachsen, einzig einige Konzerne, Banken und Spekulanten wissen noch Riesengewinne einzufahren. Überall zeigt sich das gleiche Bild eines Sozialstaates, der mit immer höherer Geschwindigkeit zurückgefahren wird.

In diesem Kontext zeigen sich Reaktionen von oben und unten. Trotz dieser heiklen Situation soll die EURO-Währungsfusion durchgesetzt werde. Kritikern bläst der Wind ins Gesicht, wenn sie diese als gnadenloses Projekt des Neoliberalismus analysieren.

So läuft einerseits ununterbrochen die Werbetrommel von Helmut Kohl bis Monika Wulf-Mathies. Arbeitsplätze, stabile Währung und Wirtschaftswachstum werden als das Selbstverständlichste der Welt versprochen. Zum anderen tönen etliche Linke und die Grünen vollzählig, daß die EWU durchgezogen werden müßte, um den Nationalismus zu überwinden. Wasser auf die Mühlen bieten tatsächlich Rechtsextreme wie die Republikaner, welche mit dem Beharren auf einer starken Mark Deutschlands rechtschaffenen Mittelstandswohlstand gegen die ganze Welt verteidigen wollen.

SCHWERPUNKTTHEMA

In den Fallen des Euro-Geldes Seite 6/7

Die EuroMärsche unterwegs Seite 8

Burgmühle Haina Seite 8

Hof Ulenkrug
Modell Köln-Mülheim:
Nachbarn packen an Seite 9

Dieser verflixten Situation stellt sich Norbert Trenkle in seinem Artikel zum Euro-Geld.

Gegen die schon heute spürbaren Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze und Sozialdemontage wenden sich die Europäischen Märsche. Sie machen mobil gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung der VerliererInnen. So fordern sie konsequenterweise eine ausreichende Existenzsicherung für jede und jeden, unabhängig davon, ob mit oder ohne Arbeitsvertrag in der Tasche. Kurze Einblicke in dieses grenzüberschreitende Widerstandsprojekt werden gegeben.

Gerade in Zeiten von Globalisierung, wo die Mainstream-Ökonomie nur noch die Menschen zurichtet statt umgekehrt ihnen zu dienen, wo der Wirtschaftsprozeß sich als Abwärtsspirale in Richtung Kollaps verselbständigt hat, wo der Steuern-Staat sich als Geisel des Konkurrenzwahnsinns zeigt, gerade in solchen Zeiten tut Gemeinschaft von unten not. In einer solchen Konstellation stellen Selbsthilfe-Initiativen und vernetzte Kooperativen nicht nur Überlebensprojekte dar, sondern scheinen überhaupt als fortschreitende Aneignungsbewegung von Ressourcen einzig noch die Hoffnung auf ein gutes Leben einlösen zu können. Einige neuere Beispiele solcher Bestrebungen von Selbstbestimmung werden in diesem Schwerpunktthema angeführt. ●

D 8008

01.3669 158 001
Dr. Carola Müller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

NACH TUMULTEN IN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN:

Benno-Ohnesorg-Kongreß abgebrochen

»Mit euch kann man nicht diskutieren; ihr beschäftigt euch ja nur damit, euch gegenseitig zu zerfleischen«. Völlig entnervt verkündete Johannes Agnoli, eremitierter Professor der FU Berlin und einer der bekanntesten Theoretiker des Antiparlamentarismus, seinen Abgang vom Kongreß. Die anderen TeilnehmerInnen der abschließenden Generaldebatte am Nachmittag des 1. Juni hatten bereits vorher die Flucht ergriffen. Über die Hintergründe des Debakels berichtet Karl Müller (Redaktion der »Trend-Online-Zeitung«).

Am 31.5.1997 gelang es Jutta Ditfurth (Zeitschrift Ökolinx), die Moderatoren der 2. Generaldebatte, Günter Langer und Karl-Heinz Schubert (beide trend-Redaktion), vom Podium zu vertreiben, weil der Veranstalter dieses unterstützte, indem Stefan Pribnow von der Redaktion Kalaschnikow die Moderation übernahm. Zuvor hatte Jutta Ditfurth verlangt, daß Rainer Langhans (Kommune 1) des Saales verwiesen werden müsse, weil er ihrer Meinung nach ein »esoterischer Faschist« sei. Dies war auf Intervention seitens der Moderatoren gescheitert.

In einer nächtlichen Notsitzung der auf dem Kongreß anwesenden Genossinnen und Genossen des Berliner SDS des Jahres 1967, des Vertreters der CISNU, derjenigen persischen Organisation, die den Anti-Schah-Protest in Berlin vorbereitet und getragen hatte, dem Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen und der Redaktion der Onlinezeitung TREND wurde eine Erklärung beschlossen, die vor Eintritt in die 3. Generaldebatte verlesen werden sollte.

Gegen 14.20 Uhr am 1.6.97 wurde die 3. Generaldebatte »Radikale Opposition heute?« mit folgenden TeilnehmerInnen eröffnet: Johannes Agnoli (Hochschullehrer, Italien), Biplab Basu (Antirassistische Initiative Berlin), Bernd Gehrke (DDR-Bürgerrechtler, Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen Ost/West, Berlin) Johann von Rauch (ehemals Bewegung 2. Juni, München) sowie einer Vertreterin der Zeitschrift »Freiraum« (München) und einem Mitglied LinkeListe/JungeDemokraten, Berlin. Moderiert wurde das Podium von Indre Illig Studentin, Berlin) und Günter Langer (Redaktion trend, Berlin).

Vor Eintritt in die Debatte verlaß Günter Langer die in der Nacht zuvor beschlossene Erklärung, sie hatte folgenden Wortlaut:

»In Abwandlung des Spruchs der russischen Anarchistin Emma Goldmann »Wenn ich hier nicht tanzen darf, ist dies nicht meine Revolution«, sagen wir: »Wenn hier nicht alle Protagonisten des Protestes vom 2. Juni 1967 teilnehmen dürfen, die es wollen, ist das nicht unsere Veranstaltung«. Seit gestern wissen wir auch, wer mit dem Programm-Motto »Wer hat Angst vor'm Eiermann?« gemeint war. Es ist Jutta Ditfurth und ihre Claqueure aus einer Gruppe, die sich Ökolinx nennt.

Wir vermissen ferner die Teilnahme des im Programmheft angekündigten Rolf Heißler. Wie informierte ZeitgenossInnen wissen, sitzt der Genosse seit über zwanzig Jahren im Knast. Wir finden, daß es Zeit ist, ihm von nun an die Freiheit zu geben, an allen zukünftigen Veranstaltungen teilzunehmen.

Im Programm wird ferner der durch und durch deutsche Charakter dieser Veranstaltung deutlich. Der internationale Aspekt blieb völlig ausgeblendet. Damals kämpften wir gegen das despotische Schah-Regime, gegen den Krieg in Vietnam, gegen den Faschismus in Griechenland, Spanien und Portugal, für die Freiheit von Huey Newton ...

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1: KONGRESS ABGEBROCHEN

Gegen die diffus vorwurfsvolle Stimmung half auch die am 31.5. stattfindende AG zum Thema Eierwerfen nicht: Bernd Rabehl, Christian Semler, Günter Langer (SDS) und Rainer Langhans Foto: Wolfgang Borrs

... und Angela Davis. Laßt uns heute wenigstens die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, Geronimo Pratt und Leonard Peltier aus US-amerikanischen Gefängnissen fordern.«

Nach einigen anschließenden Wortgefechten ergriff Johannes Agnoli das Wort. Er kritisierte den Versuch von Jutta Ditfurth und ihrer Ökolinx-Gruppe, ihnen politisch nicht genehme Personen von diesem Kongreß auszugrenzen. An Günter Langer kritisierte er, daß dieser in seinem Redebeitrag Jutta Ditfurth nicht mehr als »Genossin« sondern als »die Person« bezeichnet hatte.

Als Günter Langer daraufhin antwortete, daß er Personen, die ihn mit »blankem Haß in den Augen« vom Podium vertreiben, nicht mehr als »Genossin« bezeichnen könne, sprang Manfred Zieran, der Lebensgefährte von Jutta Ditfurth, auf das Podium und versuchte, auf Günter Langer einzuprügeln.

Es ist allein der Tatsache zu verdanken, daß sich spontan die beiden ehemaligen Mitglieder der Bewegung 2. Juni (Bommi Baumann und Johann von Rauch – der Bruder des von der Polizei 1971 erschossenen Georg von Rauch) schützend vor den Angegriffenen stellten und deutlich machten, weitere Tätlichkeiten entsprechend zu verhindern, daß es zu keinen weiteren Gewalttätigkeiten seitens der Ökolinx-Gruppe kam.

Nach diesem Tumult verließen alle ReferentInnen das Podium. Dabei erklärte Biplab Asu, daß er mit einer Linken, die »Gewalt in der Diskussion einsetzt«, nicht mehr diskutieren will. Dabei wurde er massiv von AnhängerInnen der Ökolinx-Gruppe niedergeschrieen. Dem schloß sich Bernd Gehrke mit der Begründung an, daß er mit einer Linken, die »prügeln will«, nicht diskutieren wird.

Stefan Pribnow schlug nun vor, daß erstens Jutta Ditfurth, die Möglichkeit erhalten solle, ihre Position zu begründen, und zweitens dann die ReferentInnen mit der 3. Generaldebatte beginnen sollten.

Jutta Ditfurth las nun, stehend vor leerem Podium, einige Zitate aus einem taz-Interview von Rainer Langhans aus dem Jahre 1985 (!!!) vor, die sie mit ihren Interpretationen versah, die einzig darauf abzielten, ihn als »esoterischen Faschisten« zu charakterisieren.

Da keiner der ReferentInnen aufs Podium zurückkam, wurde der Kongreß an dieser Stelle abgebrochen.

Kongreß im Mehringhof

Ganz anders die Stimmung beim kleineren Kongreß im Mehringhof, zu dem keine Prominenten geladen waren. Geduldig hörte sich hier ein junges Kreuzberger Publikum eine Lektion in »Globalisierung« und »Kapitalkonzentration« an, einen berlinerisch gehaltenen Erfahrungsbericht (»du mußtest ebent uff Arbeit een janz akkuraten Scheitel uffweisen«) und sah Schwarzweißfilme von damals, die interessanterweise mit Lou Reed unterlegt waren.●

12. JAHRESTAGUNG DER LEBENSMITTELKOOPERATIVEN:

Arbeitshilfe für Neugründungen

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Anfang Mai trafen sich die in der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) organisierten Lebensmittelkooperativen zu ihrer 12. Jahrestagung. Lebensmittelkooperativen sind Gruppen von VerbraucherInnen, die sich mit kontrolliert biologisch angebauten/verarbeiteten Produkten versorgen wollen. Selbstbestimmtes Einkaufen, Mitarbeit im Laden, monatliche Treffen und Übernahme von Verantwortung sind ebenso Charakteristika von Food-Coops wie der direkte Kontakt zu regionalen ErzeugerInnen. Die BAG dient dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch und ist genau wie die Regionalkontaktstellen Anlaufstelle für Menschen, die sich einer Koop anschließen oder selber eine gründen wollen.

Lebensmittelkooperativen aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten auf der Tagung die Chance zum Informationsaustausch und Wissenstransfer. Darüber hinaus konnten auch neue Geschäftsbeziehungen mit den anwesenden Großhändlern geknüpft werden.

Im Mittelpunkt der viertägigen Veranstaltung stand die Erstellung eines »Koop-Handbuches«, das künftig vor allem Lebensmittelkooperativen in Neugründung eine Arbeitshilfe bieten wird. Aber auch bestehende Food-Coops werden hier Antworten auf ihre Fragen und Anregungen zur Verbesserung ihrer Strukturen vorfinden.

Heike Appel, Bioland-Imkerin aus Northeim-Bühle stellte in einem ansprechenden Vortrag die Besonderheiten und Vorteile der naturgemäßen Imkerei dar. Biologische Gesundheitsvorsorge und Naturwabenbau sind Grundsätze in dieser Wander-Imkerei, die mit einem Teil der Bienenvölker verschiedene Trachtgebiete in Deutschland anwandert und so über den »normalen« Flugradius der Bienen von 3 km hinaus ausgefallene Spezialitäten wie Sonnenblumenhonig oder Edelkastanienhonig ernten kann. Die naturgemäße Erzeugung und eine schonende Behandlung des Honigs gewährleisten höchste Produktqualität, so Heike Appel. Hiervon konnten sich die TagungsteilnehmerInnen bei einer ausgiebigen Met- und Honigprobe überzeugen.

Die Bedeutung von Lebensmittelkooperativen für ein zukünftiges sozial- und umweltverträgliches Wirtschaften wurde von Friedrich v. Homayer (Demeter-Landesverband NRW) hervorgehoben. Insbesondere Initiativ-Einrichtungen mit sozialer Kompetenz seien geeignet, die Probleme in der Landwirtschaft mit zu lösen. Die Vieh- und Fleischvermarktung der Bio-Höfe war ein weiteres Thema der Diskussion. Die bei der Milchkuh- und Milchschafhaltung »anfallenden« männlichen Jungtiere stellen oft ein Vermarktungsproblem dar. Im Idealfall werden die Tiere nach den Kriterien der jeweiligen Anbauverbände aufgezogen und geschlachtet. Bei fehlenden Absatzwegen bleibt den Höfen jedoch nur die Möglichkeit, die Tiere an konventionelle Betriebe und Schlachtereien zu einem niedrigen Preis abzugeben. Um dies zu verhindern, sollten die Höfe zukünftig auch bei der Fleischvermarktung stärker unterstützt werden.●

Information: BAG der Lebensmittelkooperativen e.V., Bundeskontaktstelle, Annette Hofstiepel, Im Mailand 131, D-44797 Bochum, Tel./Fax (02 34) 79 78 31

PROJEKTE:

Kulturprojekt Bauhütte gescheitert

Das Kulturprojekt Bauhütte ist gescheitert, noch bevor es richtig begonnen hat. Die Gruppe, die in den fünf Jahren seit dem Start entstanden war, hat schließlich doch nicht das nötige Engagement für das Projekt entwickelt. Es fehlte an Zuverlässigkeit und Ausdauer.

Jörg Sommer, Heidelberg ● Das Projekt ist gestorben – die Idee lebt weiter, dessen bin ich mir sicher. Sie wird eines Tages von anderen Menschen wieder aufgegriffen werden – weil sie bisher fehlt oder nur in zaghaften Ansätzen in den »alternativen« Projekten zu finden ist, andererseits aber für eine neue Kultur jenseits der Konsum- und Konkurrenzgesellschaft unabdingbar ist: Die Idee nämlich, für neue kulturelle Leitideen – z.B. für einen Dialog mit der Natur anstelle deren Beherrschung und Ausbeutung – nicht nur den Nachweis der technischen Machbarkeit zu führen, sondern auch ihre Schönheit aufzuzeigen. Denn neue kulturelle Leitideen haben ihre eigene Ästhetik und sind auf eine andere Weise sinnlich erfahrbar. Eine Ästhetik, die nicht nur »schmückendes Beiwerk« ist, »Kunst am Bau«, sondern Ausdruck eines Bewußtseins, das alle Lebensbereiche durchdringt.●

CONTRASTE-INTERN:

Neues über unsere Abo-Entwicklung ...

... würden wir gerne berichten, jedoch hier tut sich leider zu wenig. Erfreulich ist nur, das es nicht abwärts geht, denn die neuen Abos gleichen unser Abokonto aus. Aber um wirtschaftlich arbeiten zu können, benötigen wir, wie schon Anfang des Jahres berichtet, 300 zusätzliche Abos. Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, bitten wir Euch einmal darüber nachzudenken, wer in Eurem Umfeld als zukünftigeR CONTRASTE-LeserIn in Frage kommen könnte. Für 10 DM beliefern wir drei Monate lang InteressentInnen mit CONTRASTE (siehe Coupon).

Eine weitere Möglichkeit der Abo-Werbung ist unsere nebenstehende Abo-Aktion 1997, bei der/die NeuabonnentIn oder der/die Werbende das Buch »Gemeinsam mehr erreichen« als Zugabe erhält. Unterstützen könnt Ihr uns auch durch den Beitritt in den CONTRASTE e.V. (siehe untenstehenden Coupon).

Um unser Defizit ausgleichen zu können, bitten wir Euch um Spenden (auch kleinere). Unser Spendenkonto: CONTRASTE e.V., Volksbank Bergstraße, BLZ 509 614 12, Kto-Nr. 64076. dp

SCHNUPPERABO

Ich/Wir bestellen CONTRASTE zum dreimonatigem kennenlernen zum Schnupper-Preis von 10 DM. Das Schnupper-Abo ist auf drei Monate befristet und läuft ohne weitere Verpflichtung aus. 10 DM habe ich in Briefmarken/Schein/Verrechnungsscheck beigelegt.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Datum, Unterschrift: .....

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg einsenden.

SCHNIPSEL ✂

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Abo-Aktion 1997

Für jedes Neu-Abonnement das Buch »Gemeinsam mehr erreichen« !

Dieser umfangreiche (530 Seiten!) Reader gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil führen mehrere theoretische und geschichtliche Aufsätze anschaulich in die Thematik ein. Im zweiten Teil werden anhand von 14 sehr unterschiedlichen Praxisbeispielen die vielfältigen Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Kooperation von selbstverwalteten Betrieben und Projekten deutlich gemacht. Der dritte Teil schließlich gibt praktische Hilfen zur Umsetzung der Beispiele.
Über 30 AutorInnen mit ihren eigenen konkreten Erfahrungen machen das Buch zu einem wichtigen Meilenstein. Die grundlegende Aufbereitung des Themas weist über die Vernetzung der alternativen Ökonomie eine langfristige Perspektive.

❑ **Ich verschenke ein CONTRASTE-Abo!**
❑ **Ich habe eineN AbonnentIn geworben!**
❑ **Ich abonniere CONTRASTE**

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

Ich bekomme als Prämie das Buch: Gemeinsam mehr erreichen

Zahlungsart:
❑ gegen Rechnung
❑ per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung:

KontoinhaberIn _____

Konto-Nr. _____

BLZ _____

Geldinstitut _____

Datum, Unterschrift:

_____

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Abonnement erhält:

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

Das Abonnement kostet 80 DM inklusive Inlandsporto und verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift:

_____

Flieger/Nicolaisen/Schwendter (Hg.)

Kooperation & Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte

Coupon schicken oder faxen an: CONTRASTE-Vertrieb · Postfach 104520 · D-69035 Heidelberg · Fax (0 62 21) 16 44 89

DOKUMENTARFILMERiNNEN TRAFEN SICH BEI DEN INTERNATIONALEN VIDEOTAGEN IN DORTMUND

»Tod in der Neiße« und »Bleibende Werte«

Von 1. bis 4. Mai veranstaltete das Dortmunder Medienzentrum e.V. zum fünften Mal die Internationalen Videotage. In den letzten Jahren hat sich das Dortmunder Festival neben dem Freiburger Videoforum als zweiter Treffpunkt der mit Video arbeitenden Dokumentaristen etabliert. Während sich das Freiburger Festival seit '96 auch für »Zelluloidfilme« geöffnet hat, versuchen die Organisatoren aus dem Medienzentrum die Reste der einst bundesweit verbreiteten »Videobewegung« in Dortmund zu versammeln.

Foto: Dortmunder Medienzentrum e.V. (Digital)

Von Gerhard Faul (Medienladen e.V., Nürnberg) ● 240 Videos aus 20 Ländern wurden dieses Jahr eingereicht – den längsten Anreiseweg hatte ein Film aus Schanghai. Nach dem Reglement mußten die Filme in den letzten drei Jahren produziert worden sein. Die Jury wählte 62 Videos mit einer Gesamtlänge von 24 Stunden aus und bildete daraus zwölf Programmblöcke.

Das Rahmenprogramm beschäftigte sich mit der »Revolte '67/'68 – vor 30 Jahren«. Der Eröffnungsabend war Rio Reiser und der legendären Kultband »Ton, Steine, Scherben« gewidmet. Die Filmvorführung war übervoll und anschließend stand der ehemalige Keyborder der Band, Martin Paul, für Fragen dem Publikum zur Verfügung. Im Foyer konnte eine Ausstellung mit dem Titel »Jugend im Aufbruch – die Revolte 67/68« des engagierten Hamburger Pressefotografen Günter Zint (Pan Foto) besichtigt werden.

Im zweiten Rahmenprogramm stellte sich der unabhängige Radiosender B '92 aus Belgrad vor. Während in Deutschland die Privatisierung von Radio und Fernsehen kritisch beäugt und mit Kommerzialisierung gleichgesetzt wird – fortschrittliche Kräfte setzen sich für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein; führte das Aufknacken des staatlichen Sendemonopols in Serbien zu einem Mehr an Meinungs- und Pressefreiheit. Am 3. Dezember 1996 wurde das der Regierung zu gefährlich und sie ließ zwei Radiosender abschalten – darunter Radio B '92. Angefügt werden muß, daß B '92, wie die meisten Privatsender keine offizielle Sendelizenz hat, also eigentlich ein Piratenradio ist. Gegen diese Pressezensur gingen sofort weit über 100.000 Menschen auf die Straßen und die Regierung mußte klein begeben. Inzwischen hat B '92 auch einen Bereich Filmproduktion aufgebaut.

Den Schwerpunkt des Hauptprogrammes bildete die verschärfte Asylgesetzgebung in Deutschland und die Darstellung der Lebenssituation von illegal eingereisten Flüchtlingen. Gabi Hinterberger verdeutlicht in dem Film »Hinter Gittern« die Lage eines Nigerianers in Abschiebehaft. »Tod in der Neiße« von Elke Sasse und Andrea Everwien ist eine Spurensuche nach Menschen, die bei dem Versuch ertrunken sind, einen sicheren Weg nach Deutschland zu finden. Innerhalb nur einer Woche fanden 1994 sechs Menschen aus Sri Lanka und Pakistan in der Neiße den Tod.

Die Filme »Bilder aus dem Paradies« (von W. Bednarz, G. Fink, M. Mücke und M. Schehl) und »Juristische Körper« berichten vom Wert eines Passes für diejenigen, die es bis nach Deutschland geschafft haben und hier illegal leben. »Juristische Körper – corporate identity projekts«, gedreht von Jörg Heitmann und Philip Scheffner aus der Berliner Produktionsgruppe dogfilm, hat beim letzten Freiburger Videoforum den »Eisernen Konrad« gewonnen.

Das Klima auf dem Dortmunder Festival gestaltete sich derweilen schwierig – denn über der Stadt strahlte an diesem verlängerten Wochenende die Sonne. Bei sommerlichen Temperaturen konnten noch so interessante und inhaltlich brisante Filme die Masse des Publikums nicht in die abgedunkelten Säle locken. Die blühenden Parks waren verlockender. Das hatte zumindest den Vorteil, daß sich das gesamte Publikum an den Diskussionen mit den Filmemachern beteiligen konnte. Während in Freiburg die kritische Atmosphäre von den Filmemachern gefürchtet wird, geht es beim Dortmunder Festival gemütlich entspannt und fast familiär zu. Doch zurück in den schattigen Kinosaal.

Im Block »Veränderungen« erzählten Protagonisten über die Affinität ihres Lebens mit dem Bahnhof Essen-West. Thomas Briele und Volker Roloff lassen u. a. einen ehemaligen KZ-Häftling zu Wort kommen, der mit der Reichsbahn deportiert wurde und nach seiner Befreiung auf dem Bahnhof Fahrkarten verkaufte. Außerdem berichtet eine polnische Frau, warum sie zum Flohmarkt in der Bahnhofunterführung regelmäßig aus ihrer Heimat anreist.

Produzentinnengruppe »INTEROCEANA VIDEO« während der Dreharbeiten, die Gruppe hat mit ihrem Film »...und plötzlich sahen wir den Himmel« den Publikumspreis »Media«, der erstmals vergeben wurde, erhalten

Foto: Dortmunder Medienzentrum e.V.

Im Film »Bleibende Werte« (Hartmut Jahn) blicken heute Erwachsene auf ihre Interviews zurück, die sie als Kinder während der Reaktorkatastrophe Tschernobyl gaben. Ein anderer Programmblock zeigt Dokumentationen über die Zwangsarbeit einer KZ-Häftlingsfrau bei Siemens und den Kampf der Partisanen in Piemont (K. Brüggemann und J. Weber von querblick Konstanz).

Unter der Rubrik »second hand« verfolgte der Film »Die Kleider der toten Weißen« (F. Strobusch, B. Terpinc) den Weg der Altkleider von der Haussammlung in Europa bis zum Verkauf auf den Märkten in Afrika.

»Alles für alle – für uns nichts« (G. Andreoli, F. Nyffenegger, B. Baumgartner, G. Tettamank) setzt sich mit der Lieferung militärischer Ausrüstung durch Schweizer Firmen an die Armee Mexikos und dem Einsatz der Waffen gegen die Aufständischen in Chiapas auseinander. »Zwanzig Jahre später – Hai Muoi Nam Sau« läßt Vietnamesen und ehemalige US-Soldaten zu Wort kommen und zeigt die körperlichen Spätfolgen des Entlaubungsgiftes Agent Orange.

Unter dem Titel »Sekt, Lügen und Video« gab es zum Frühstücksbüffet am Samstag nach der ganzen harten Politkost dann amüsante Kurzfilme zum Entspannen der Lachmuskeln. Der Programmblock 'Kunst und Video' regte dagegen mehr zu Interpretationen an.

Wem nach stundenlangem Hinsehen die Blase drückte, der oder die fand kein stilles Örtchen. Denn auf der Toilette erzählte Marlies Müller aus einem Monitor heraus über ihre 23 Jahre als Clofrau am Kölner Dom.

Den Abschluß des Festival bildete die Verleihung des Publikumspreises. Der mit 100 Minuten auch längste Film des Festivals gewann den Preis in Form von hundert Betacamkassetten (gestiftet von der Kölner Firma Mediatec) und einer Steinskulptur des Marburger Filmemachers und Bildhauers Stephan Feifel – mit einem Gewicht von 35 kg.

»Und plötzlich sahen wir dem Himmel ...« – ein Film über Frauen in Uruguay und Deutschland, die ihren Lebensweg eng mit den politischen Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre verknüpft haben. Der Film zeichnet die verschiedenen Lebensphasen von der Politisierung über den aktiven Widerstand bis zu Gefangennahme und Gefängnisaufenthalt nach. Deutsche Frauen waren mit der Kamera nach Uruguay gereist, um Frauen zu besuchen, die in der Stadtguerilla MLN / Tupamaros – heute eine legale Partei – gekämpft haben. Einige Monate später kamen dann uruguayische Frauen nach Deutschland, um hier die Interviews bei den Dreharbeiten zu führen. Der Film zeigt die Gemeinsamkeiten in den politischen und persönlichen Biographien der Frauen auf – aber auch die Unterschiede der jeweiligen gesellschaftlichen Situation. Gedreht wurde der Film von Sandra Barrios, Ana Gato, Yessie Macchi Torres, Kathrin Gebhardt-Seele, Erika Harzer und Anke Spiess. Dieser Film kann – wie viele andere aus dem Festivalprogramm – über das Dortmunder Medienzentrum, Braunschweiger Str. 22, D-44145 Dortmund, Tel. (02 31) 83 53 50, ausgeliehen werden.●

P.S. Diejenigen Filmemacher, die mit ihren Filmen nicht im Artikel genannt wurden, mögen Nachsicht üben – aber es war unmöglich alle aufzuzählen..

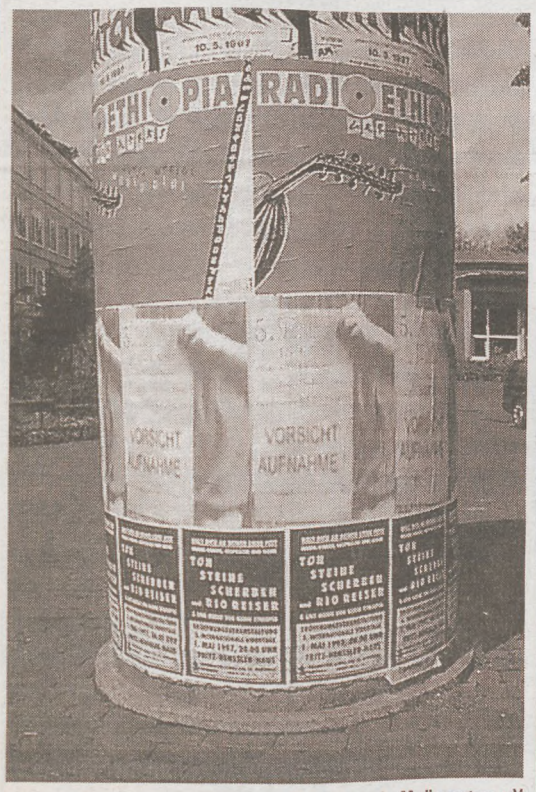


Foto: Dortmunder Medienzentrum e.V.

KOMMUNIKATIONSGUERILLA

Welt-Tournee 1997

Eine Theorie-Praxis-Darbietung in sieben Posaunen und mit einem Videotape.

Die Polit-Szene bebt. Es kommen die geheimen Wahrheiten ans Licht, die uns in den Marx-Schulungen der 70er und 80er Jahre immer verschwiegen und unterschlagen wurden. Wer wußte schon, daß Friedrich Engels und Karl Marx nach Eulenspiegel fast die ersten Kommunikationsguerilleros waren? Sie faketen Rezensionen des 'Kapitals' und führten als erste vor, was der Satz »Falsche Tatsachen, die wahre Ereignisse provozieren« wirklich bedeutet.

Dies und weiteres wird im »Handbuch der Kommunikationsguerilla« enthüllt und auf der »Kommunikationsguerilla-Welt-Tournee« der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Der intellektuelle Desperado Sonja Bruenzels und die Kommissarin für die korrekte Verwendung der Zeichen im öffentlichen Raum, Luther Blissett, haben sich hierzu mit der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe verbündet.

Sie stellen die Frage »Wann ist Kommunikation Guerilla?« Sie lachen über das Wehklagen derjenigen, die an die Kraft und Herrlichkeit von Informationen glauben und die Sprachen und Orte ignorieren, die den Sinn der Worte und Zeichen bestimmen. Im Dschungel der Kommunikationsprozesse verfolgen sie die verschlungenen und unübersichtlichen Pfade von Sendern, Codes und Empfängern und suchen nach Wegen, an den Grundlagen von Macht und Herrschaft zu graben.

Was tun? Das Subversive in der Kommunikation aufspüren und bündeln, um den leiser werdenden Kräften der Gegenöffentlichkeit die lautstarken Posaunen der Verfremdung und der Überidentifizierung an die Seite zu stellen! So werden, wie einst die Mauern von Jericho, die Grundfesten der herrschenden Ordnung alsbald in sich zusammenbrechen. Bleibt die Aufforderung: Feste blasen!●

Die aktuellen Tourdaten:
Köln, 12.6., Anderer Buchladen im Lotta
Essen, 13.6., Zeche Carl
Plauen, 14.6., Infoladen im Schuldenberg
Amsterdam, 16.6., EU-Gipfel
Zürich, 21.6., Rote Fabrik Shedhalle
Düsseldorf, 3.7., ZAKK
Oberhausen, 4.7., Druckluft
Stuttgart, 8.7., Zentralkultur (Pfarrstrasse)
München, 18.7., Tröpfelbad

(Weitere Termine in den Niederlanden, Österreich, Schweiz, BRD und im WWW sind in Vorbereitung.)

Kontaktadressen:
Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg,

Kontakt: afrika@contrast.org
Jeweils aktuelle Informationen bietet:
http://www.contrast.org/KG

Das Buch zur Tour:
autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/Luther Blissett/Sonja Bruenzels: Handbuch der Kommunikationsguerilla. ISBN 3-922611-64-8 Verlag Libertäre Assoziation – ISBN 3-924737-38-X Schwarze Risse/Rote Strasse 240 Seiten, Grossformat, 29.80 DM / 27,50 sFr / 219 öS

»Ist die beste Subversion nicht die, die Codes zu entstellen, statt sie zu zerstören?« (Roland Barthes unter anderem im »Handbuch der Kommunikationsguerilla«)

Anzeige

Für die Gefangenen aus der RAF
Für alle politischen Gefangenen aus linken Bewegungen weltweit

Perspektive Freiheit

13.6.: Koblenzer Staatsschutzsenat lehnt Anklageschrift ab +++ Kurdenverfolgung: §-129-a-Prozeßlawine rollt +++ Der Atomstaat schlägt zu: Die Polizei prügelt den CASTOR durch +++ 18. März: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung +++ Vorarbeiten zur „Rote-Socken-Kampagne": Die PDS im Visier des VS

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 2/97

KEINE FREQUENZ FÜR RADIO QUER:

Maulkorb für Radio Quer

Die Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) hat am 14. April über die Vergabe der Lizenzen für nicht-kommerziellen Lokalhörfunk in Wiesbaden, Rüsselsheim und Frankfurt entschieden. Die Wiesbadener und die Rüsselsheimer Frequenzen wurden an die Kooperation K2R/R(h)einwelle vergeben, Radio Quer ging leer aus.

Von Pierre Albertini, Mainz ● Bezüglich Frankfurt entschied sich die LPR für X-Mix und gegen den Verbund Freier Radios Frankfurt (VFRF). Für Radio Quer ist die Entscheidung besonders bitter. Die Medieninitiative Main/Wiesbaden Radio Quer hatte jahrelang dafür gekämpft, daß nicht-kommerzieller Lokalhörfunk gesetzlich zugelassen wurde und dieses Ziel erreicht. Außerdem hatte Radio Quer den hessenweiten Zusammenschluß der Freien Radios initiiert und am Aufbau des bundesweiten Verbandes mitgewirkt.

Schließlich wurde Radio Quer nach acht Jahren Aufbauarbeit, als es kurz davor stand, auf Sendung zu gehen, das Opfer eines politischen Machtkampfs, der seitens der R(h)einwelle mit Methoden geführt wurde, denen sich Radio Quer nicht gewachsen zeigte, und den Radio Quer verloren hat.

Laut Gesetz soll nicht-kommerzieller lokaler Hörfunk im Interesse der Meinungsvielfalt zugelassen werden. In beiden Sendegebieten entschied sich die LPR für das eher unpolitische Radio, das den politischen Kräften näher steht, die ohnehin schon die Medien und natürlich auch die Versammlung der LPR dominieren.

Für Wiesbaden und Frankfurt hatten Radio Quer und der »Verbund freier Radios in Frankfurt« die Teilung der Frequenz vorgeschlagen. X-Mix und K2/R(h)einwelle zeigten sich kompromißlos. Angesichts der politischen Machtverhältnisse konnten sie sich ihrer Sache relativ sicher sein. Auch in dieser Hinsicht entschied sich die LPR gegen Meinungsvielfalt, indem sie jeweils die Initiative bevorzugte, die die andere bevorzugte, die die andere nicht senden lassen wollte. Im Widerspruch zur proklamierten Meinungsvielfalt steht auch die Entscheidung, zwei Sendegebiete – Wiesbaden und Rüsselsheim – an einen Bewerber zu vergeben und den anderen, der sich nur für eine Frequenz beworben hatte und zur Frequenzverteilung bereit war, vollkommen zu übergehen. Die Entscheidung der LPR, ist eine politische Richtungsentscheidung, gegen Meinungsvielfalt und gegen oppositionelle und kritische Positionen, für unpolitische Anpassung.

Interessant ist auch die Haltung der Rathausgrünen in Wiesbaden, deren kulturpolitischer Sprecher Hubert Müller die Lizenz für die R(h)einwelle begrüßte. Daß die R(h)einwellengründerInnen sich von Radio Quer getrennt hatten, weil es ihnen zu politisch und zu links war, und daß seitens der R(h)einwelle Andersdenkende wahrheitswidrig wiederholt als PKK-SympathisantInnen diffamiert (das ist zur Zeit das Geschickteste, was man tun kann, um Linke zu diskreditieren) und anderweitig verleumdet wurden, scheint die Wiesbadener Grünen nicht zu stören – ob aus Unwissenheit oder aufgrund kühler Berechnung ist unklar. Haben die Grünen Angst vor einem linken Radio?

Wie weiter mit Radio Quer?

Radio Quer hat zunächst bekundet, auch unter den jetzigen wesentlich ungünstiger gewordenen Umständen nicht aufgeben zu wollen. Es kann z.B. als Gast bei anderen Radioinitiativen in anderen Städten senden, sich um eine Sendemöglichkeit im benachbarten Rheinland-Pfalz bemühen und sich in zwei Jahren erneut für die Wiesbadener Frequenz bewerben. Möglicherweise kommt es auch noch zu einer Einigung zwischen Radio Quer und R(h)einwelle.●

Aus DiWa Nr. 65/97

Kontakt: Radio Quer, Postfach 30 41, D-55020 Mainz, Tel./Fax (06 11) 60 86 49

Die »Dichtung & Wahrheit« (DiWa) ist eine kostenlos vertriebene Stadtzeitung für den Raum Wiesbaden/Mainz. Ihre Existenz versucht die »DiWa« über Förderabos und Spenden abzusichern.

Kontakt: DiWa, Kaiser-Wilhelm-Ring 11, D-55118 Mainz, Tel. (0 61 31) 61 19 73

LANDESANSTALT FÜR PRIVATFUNK ENTSCHEIDET SICH FÜR SEICHTEN KOMMERZEINHEITSBREI

Mainzer Radio Quer bleibt stumm

Viele Menschen in Mainz und Wiesbaden, die seit Jahren wertvolle politische Arbeit leisten, oftmals jede freie Minute für ein echt basisdemokratisches Projekt hergaben, haben wieder einmal einen saftigen Dämpfer erhalten. Wer wie die Mitglieder von Radio Quer dafür noch nicht einmal den Marsch durch die Institutionen scheute, gehörte bis zum 14. April dieses Jahres zu den letzten Gutwilligen, *denen nun aufs neue klar gemacht wurde: gelebte* Demokratie ist hierzulande anscheinend nicht so gefragt.

Die Abziehbildchen der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben bei der Zuteilung der Radiofrequenz im Streitfall Wiesbaden offensichtlich die besseren Kontakte oder Schnurschaften gehabt, und wußten darum wohl auch seit längerem. Zumindest eine gesetzliche Richtlinie konnten sie nämlich ungestraft – völlig kaltschnäuzig – ignorieren: die Vorschrift im Landesrundfunkgesetz nämlich, eine möglichst weite Öffnung für andere Vereine, Stimmen, Meinungen, Ideen zu gewährleisten. In völliger Verdrehung der Tatsachen jedoch wurde von der Landesanstalt für Privatrundfunk in Kassel gerade die Ablehnung des Radio Quer-Antrags damit begründet. Im Gegensatz zu Radio Quer haben die Hobby-RadiotInnen von Rheinwelle schon im Vorfeld beschlossen, mit etlichen Gruppen gar nicht erst zu reden, verschiedene Leute nicht in den Verein zu lassen, etc. Dies muß Schlüsse auf ihre künftig zu erwartende Ausgrenzungspolitik zulassen. Aber ganz genau das ist es meiner Einschätzung nach, was sie für Kassel ins positivere Licht hat rücken lassen. Wo die öffentliche Hand, die Verteilerin unserer mühsam erschufteten Steuergelder, das Füllhorn ausschüttet, da muß wohl schon einiges an Übereinstimmung vorzufinden sein – und seien es nur die berüchtigten demokratischen Luftblasen, die Anbiederung an die großen Verbände oder die berüchtigten Gleichsetzungen von kritisch-emanzipativen Menschen mit StalinistInnen oder ähnliches. Leuten wie den Mitgliedern und FreundInnen von Radio Quer oder des Verbundes freier Radios in Frankfurt, die den »Fehler« begehen, sich innerhalb ihrer Satzung gegen Rassismus und Sexismus auszusprechen, ist man als SpießbürgerIn eben nicht gewachsen, deren viel höhere Ansprüche traut man sich nicht einmal genauer anzusehen. Die daraus entstehende Angst wird erfahrungsgemäß mit repressiver Ablehnung kompensiert – deshalb packt der Weihnachtsmann dort ganz schnell seine sieben Sachen wieder ein, und ward nicht mehr gesehen.

Wieder einmal ist der ganz klar brauchbare Inhalt eines Gesetzestextes durch seine von Amts wegen berufenen Ausleger zu Makulatur gemacht worden. Im hesslichen Rundfunkrat wird Meinungsvielfalt oder Pluralismus höchsteindeutig so verstanden: wo möglichst viele genauso sind wie die Damen und Herren Räte (am besten Klone wie das Schaf Dolly), da fühlen sie sich richtig im Plural, da ist für sie Pluralismus in der höchsten Stufe erreicht. Eigentlich läßt sich nur so eine Fehlentscheidung von derartig weitreichender politischer und sozialer Brisanz, eine Entscheidung für die angepaßteren, unkritischeren, rein am Establishment orientierten Vereinigungen wie R(h)einwelle in Wiesbaden und X-Mix in Frankfurt erklären. Dies ist sicherlich als eine sozial und psychologisch völlig uniformierte, unreife Entscheidung anzusehen, die die an den Rand gedrängten weiter isoliert läßt, weiterhin sozial und politisch Engagierte für ihr Tun mit Ignoranz und Ausgrenzung bestraft. Der fehlende Weitblick ist den Herren und Damen in Kassel jedoch nicht einmal alleine vorzuwerfen. Vielmehr haben sie sich voll und ganz als Kind ihrer Zeit erwiesen.

So hat sich in der journalistischen Landschaft eine freiwillige Selbstzensur, ein vorauseilender Gehorsam und eine stete Abgleichung gegenüber den Mächtigen aus Politik und Wirtschaft derartig breit gemacht, daß kritische Opposition, moralische Integrität und Engagement im Sinne einer vierten Gewalt immer mehr zu bloßen Schlagworten verkommen sind. Dies ist hier mehr Warnung denn Gejammer. Die Schar der berechtigt Unzufriedenen wird zunehmen, das ist klar – selbst wenn die Informationen von Seiten der Presse, des Rundfunks, etc. Noch breiiger, dünner, ungenießbarer werden. Ganz eindeutig als Teil des allseits beklagten Übels entlarven sich folglich Institutionen, die allem Widerspenstigen, Ungebügelten versuchen das Wasser abzugraben, die sich bemühen, emanzipativ wirkende Gruppen aufzubrechen oder zu isolieren. Dies wird sich eines Tages bitter rächen. Es wäre also in unserem Zusammenhang gar nicht weit hergeholt, sofort zu fordern, die LPR in ihrer Zusammensetzung zu verändern: z.B. Partei-, Gewerkschafts-und Kirchenfunktionäre durch Menschen zu ersetzen, die aus sozial und politisch basisdemokratisch aktiven Vereinen kommen. In Zeiten epedemisch um sich greifenden politischen Desinteresses im bravbürgerlichen Bereich ist eine Verstärkung des militanten Faktors im radikalen Bereich unausweichlich, ja ausgesprochen vorprogrammiert. Die zum Teil schon reichlich alt gewordenen Jungs und Mädels an den Schaltstellen der Macht tragen dafür die wesentliche Verantwortung. Es kann nicht mehr lange dauern, dann wird dies noch deutlicher werden.●

flora pinguin
aus: DiWa Nr. 65/97

AUFRUF: AKTION 3. OKTOBER 1997

Motto: »Das Volk lacht das Militär aus«

Laufen Sie doch mal Amok, suchen Sie nicht lange nach dem Grund. Laufen Sie doch mal Amok; denn laufen macht so frei und ist gesund.
K. Wecker

Dr. Seltsam, Berlin ● Das »Antimilitärische Oberjubel-K.O.M.I.T.E.E. AMOK« ruft auf zur zweiten Jubelparade am 3. Oktober 1997, Tag der deutschen Einheit, gegen die Bundeswehrpräsenz in Berlin und der ganzen Welt unter dem obenstehenden Motto.

»Soldaten sind Mörder«? Viel schlimmer: Sie werden zum Töten gedrillt. Das gehöre zum Handwerk, sagte der ehemalige Generalinspekteur Naumann, und nannte das die Konsequenz unseres Auftrags, kämpfen zu müssen. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien reden unverblümt von Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt als vitalem Sicherheitsinteresse der BRD. Die Bundeswehr wird dabei auf rohe, barbarisch fremde Krieger treffen, die sexuell frustriert, primitiv, extrem grausam sind. Die Bundeswehr soll für die brutalen Kriege gegen die kleinen bösen Männer ausgebildet werden, so Oberstleutnant im Generalstab Reinhard Herden in der Militärzeitung »Truppenpraxis/Wehrausbildung« 2/3 1996.

Deutsche Truppen kämpfen bereits in fremden Ländern und sollen wieder überall in der Welt Einsatz finden, töten und sterben, während die Bevölkerung in nationaler Begeisterung stramm steht und Beifall klatscht. »Dagegen laufen wir AMOK.«

Die Jubelparade soll auch in diesem Jahr kein Trauermarsch sein, sondern ein satirischer und militärverhöhnender Umzug, eine Demonstration der vielen Menschen, die sich dem Krieg verweigern. Denn »das Militär ist zu gar nichts nütze! Sie schmarotzen und saugen das arme Volk aus und lernen nichts außer Morden und Metzeln«
(Maupassant).

Ein bunter Zug jammernder Rekruten und Gefangener, Frontsoldaten im Stechschritt, Waffen segnende Pfaffen und geifernde Armeegeistliche, jagende Feldjäger, schreckliche Marinerichter, General Schönbohm-Masken, wandelnde Militärgerichte samt Einstweiligen Erschießungen, Karbolmäuschen, Feldscher, hosenscheißende Offiziere und andere dekorierte Deppen werden die »Parade der Deserteure und Wehrkraftzerfetzerinnen durch Berlin« begleiten. Mit dabei sein werden ein Trümmerfrauenblock und Blaskapellen; Prunkwagen, Theatergruppen und Berliner Kabaretts; Hiphop-, Techno- und Samba-Bands; Kriegsversehrte und Totalverweigerer; Tänzer, Künstler, Clowns und Narren; alte und neue Bundeswehrgegner, Saboteure, Piraten, Friedensfreunde und -innen.

Die 50.000 Männer, die zu Mauerzeiten vor dem Militärterror nach West-Berlin geflüchtet und zu Wohlstand gekommen sind, fordern wir zu Spenden auf; ebenso die pazifistischen Bürgerrechtler der DDR. Kinos, Medien, Theater, Varietes, Clubs, Discos und Kabaretts bitten wir, antimilitärische AMOK-Werbung in ihr Programm aufzunehmen. Firmen, Läden, Parteien und Betriebe, die nicht am Militär verdienen, dürfen diese Aktion durch Sachspenden begleiten.

»Antimilitärischer Karneval aus Berlin, denn nichts ist lächerlicher als falsche Ehre!« – AMOK!●

Der AMOK-Aufruf 1996 wurde von über 300 Theatern, Künstlern, Parteien, Gewerkschaften, Friedensgruppen und Einzelpersonen unterstützt. Wenn Sie zu den Erstunterzeichnern 1997 gehören wollen, senden Sie uns umgehend lesbar (!) Ihre Adresse, Telefon, Funktion und Unterschrift. Über eine Spende würden wir uns freuen.

Kontakt:
Email: amok@monochrome.com
Internet: http://monochrome.com/AMOK
Telefon + Fax: 0 30 / 4 48 54 64
Spenden:
Kto 342 769 106, Postgiro Berlin, BLZ 100 100 10, Laura Freiin von Wimmersperg
Büro: AMOK, Oderberger Str. 47, 10435 Berlin

AKTIONSKONFERENZ NORDSEE

Die Flachlandzeitung »Waterkant«

Unbestritten viele Norddeutsche leben nicht direkt an der 'Waterkant'. Aber sie sind ihr und der Nordsee doch wesentlich näher als so mancher Bayer.

(pas) »Waterkant« ist der Name einer Zeitschrift, die viermal jährlich von der Aktionskonferenz Nordsee e.V. herausgegeben wird. Quartalsweise 40 Seiten für 6 Mark, gut gestaltet, seriös recherchiert – geballte Information zu: Hafenerweiterung Altenwerder, Reaktor Krümmel, Bremerhavener Nordseemuseum, »Vulkan«-Untersuchungsausschuß, Porträt des holländischen Mammuthafens Rotterdam, Ölverschmutzung der Nordsee, Naturschutz und Wattenmeer, Hafenarbeiterstreik, internationale Schiffahrt ... Eben Informationen, die alle interessierten 'Nordlichter' etwas angehen.

Die Autoren ergreifen Partei für Wattwürmer, Seevögel, Robben, Elbfische und natürlich für die Menschen, die in den Auseinandersetzungen um Strukturmaßnahmen, Arbeitsplätze, Gesundheitsfragen etc. die schwächeren sind.

Aktuelles Probeheft für 6 DM + Versand, Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Bestelladresse: Aktionskonferenz Nordsee e.V., Kreuzstr. 61, D-28203 Bremen, Tel. (04 21) 7 76 75●

QUALIFIZIERUNGSMÖGLICHKEITEN IM SELBSTVERWALTUNGSBEREICH

Selbstverwaltung: Sind alle gleich oder verschieden ?

In einem vom Bonner Wissenschaftsministerium und der Anspacher BASA-Stiftung geförderten Modellprojekt des Frankfurter Instituts für Selbstorganisation zur Entwicklung eines Fortbildungsverbunds für selbstorganisierte Initiativen hat der Autor eine Reihe hessischer Selbstverwaltungsprojekte untersucht und neue Vorschläge und Instrumente zur Initiativen-Qualifizierung entwickelt. Aus dem Analyseteil veröffentlichen wir als Vorabdruck einige Überlegungen zu egalitären Ansprüchen in Selbstverwaltungsprojekten:

Von Diethelm Damm, Wiesbaden ● Als ein zentrales Hemmnis egalitärer Gruppen zur angemessenen Struktur- und Qualifikationsentwicklung wurde bei den im Rahmen der Studie geführten Gesprächen immer wieder die problematische Gleichsetzung von Gleichberechtigung und Gleichheit deutlich. Das Ziel in den Initiativen, Männern und Frauen, Deutschen und Ausländern, AkademikerInnen und NichtakademikerInnen, Starken und Schwachen gleiche Chancen, Rechte und Pflichten einzuräumen, wirkte zweifellos befreiend und war produktiv gerade in der Anfangsphase der Initiativen. Die Unterstellung, Hoffnung oder gar normative Setzung, daß alle Initiativenmitglieder auch gleich seien oder zu sein hätten, war jedoch fatal.

Die Alltagserfahrung zeigte, daß die These von der Gleichheit der Initiativenmitglieder eine Fiktion darstellte. Vielmehr erwiesen sie sich in vielerlei Hinsicht als verschieden, etwa hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen, Fähigkeiten und Unfähigkeiten, Vorlieben und Abneigungen, Hoffnungen und Ängste, Kenntnisse und Fertigkeiten, ihrer Erwartungen und der Konsequenzen, die sie daraus zogen.

Insofern hätte es eigentlich darum gehen müssen, diese Unterschiede in der Gruppe möglichst genau wahrzunehmen, um davon ausgehend und diesen gerecht werdend die gemeinsamen Ziele, Aufgaben, Strukturen und Spielregeln zu definieren. Entsprechend braucht eine Selbstverwaltungsinitiative zum einen »Einheitswächter«, die auf Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Spielregeln achten. Sie benötigt jedoch in gleicher Weise »Verschiedenheitswächter«, die darauf achten, daß die vorhandenen Unterschiede nicht »untergebuttert«, sondern produktiv gemacht werden.

In der produktiven Nutzung der besonderen individuellen Ressourcen für gemeinsame Ziele in einer auf die Stärken der Individuen abgestimmten Struktur liegt demgemäß eine besondere Chance für Selbstverwaltungsprojekte. Anders als bürokratische und hierarchische Systeme sind sie daraufhin angelegt, subjektnahe Strukturen zu entwickeln, die allerdings in gleicher Weise die Erfordernisse der zu erledigenden Aufgaben und z.B. entsprechende Zielgruppenbedürfnisse einbeziehen müssen.

Das setzt bei den Initiativen jedoch eine entsprechende Sichtweise voraus, nämlich Unterschiede als Bereicherung und nicht als zu sanktionierende Störung zu betrachten. Zudem dürfen sich die Unterschiede nicht auf die grundlegenden Ziele der Gruppe beziehen und müssen kommunikativ auszuhandeln sein; schwierige Anforderungen im Rahmen einer gesellschaftlichen Kultur, in der nicht der Dialog, das Zuhören, das Verstehen und die Verständigung, sondern das Sich-Durchsetzen gefragt ist.

Der Umgang mit den individuellen Besonderheiten und den Unterschieden in Gruppen wird auch wesentlich mit über die Zukunft selbstorganisierter Initiativen entscheiden. Zum einen nehmen diese Differenzen mit der zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung geradezu notwendig zu. Zum anderen sind die stets komplizierter werdenden Zukunftsaufgaben nur zu meistern, wenn möglichst viele unterschiedliche Ressourcen genutzt werden. Klassisch kollektivistische Lösungen und undifferenzierte Strukturen und Verfahrensweisen erweisen sich demgemäß als ebenso unproduktiv wie individualistisch-spezialistische.

Die Auswertung der Initiativenerfahrungen bestätigt diese Hypothese. Interessanterweise scheinen aber insbesondere auch Großgruppen mit der »falschen« Hypothese von der Gleichheit aller Initiativenmitglieder lange funktionieren zu können. Nach meiner Interpretation hängt das damit zusammen, daß es die Selbstverwaltungsstruktur oft erlaubt, trotz falscher Ideologie im Alltag – quasi hinter dem Rücken der Beteiligten - das Richtige zu tun, nämlich Aufgaben und Strukturen den Individuen angemessen zu differenzieren. In diesem Fall funktionieren dann die Kleinstrukturen relativ gut, während alle über die Gesamtstruktur klagen.

Zur anfänglichen Norm der Gleichheit aller Initiativenmitglieder gehörte auch die Unterstellung, daß jedeR Alternative oder »jeder erwachsene Mensch« selbst motiviert und in der Lage sei, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten adäquat einzuschätzen, den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsgebiets entsprechend zu entwickeln und seinen Arbeitsbereich weitgehend selbst bzw. gemeinsam mit KollegInnen zu strukturieren.

Ausgehend von dieser unausgesprochenen Hypothese »Eigentlich kann jeder alles und als erwachsener Mensch wird er/sie sich schon melden, wenn ein Problem entsteht«, gab es in vielen Initiativen lange Zeit kaum oder nur sehr unterentwickelte Systeme der Arbeitsplatz- und Aufgabenbeschreibung, der Ziel-, Zeit- und Arbeitsplanung, der Einarbeitung, Unterstützung oder Fortbildung sowie der Organisations- und Personalentwicklung.

Ausgehend von der Hypothese, daß alle gleich verantwortlich seien und sich auch gleich verantwortlich fühlten und verhielten, gab es auch nur sehr rudimentär entwickelte Formen des Controllings. Der Anspruch, selbstbestimmt zu arbeiten, schien Steuerungsinstrumente auszuschließen.

In dem Maße, in dem sich die Alltagsprobleme häuften, die Anforderungen komplizierter und differenzierter wurden und das Qualitätsbewußtsein zunahm, wuchs die Offenheit gegenüber neuen Paradigmen und Lösungen. Dabei wurden die egalitären Grundvorstellungen in keiner der untersuchten Initiativen völlig aufgegeben. Allerdings sind sie nicht mehr mit ungebrochenem Zukunftsoptimismus verbunden. Vielmehr wissen inzwischen alle Beteiligten um die »Mühen der Ebenen«, also darum, daß Emanzipationsprozesse harte Arbeit bedeuten. Gleichwohl scheinen mir die emanzipatorischen Zielsetzungen zumindest für die Initiativen in Westdeutschland von geradezu konstitutiver Bedeutung zu sein – für die Identität der Gruppen, für die Engagementbereitschaft, für die Qualität der Arbeit und vieles andere mehr.

Ein wichtiger Kern dieser Initiativenidentität besteht in dem Ziel, möglichst eigeninitiativ, selbstbestimmt und selbstverwaltet unter weitgehender Einbeziehung der Adressaten sozial und ökologisch sinnvolle Angebote zu erstellen.

Dies versuchen sie in einem gesellschaftlichen Kontext, der einerseits Möglichkeiten dazu eröffnet und zum Teil einige ihrer Werte anerkennt. Überwiegend funktioniert er jedoch nach anderen Gesetzmäßigkeiten, z.B. bürokratisch, fremdbestimmt, sozial und ökologisch zerstörerisch. Entsprechend sind auch die Initiativenmitglieder von diesem gesellschaftlichen Kontext geprägt, mit ihm alltäglich konfrontiert und gezwungen, Neues im Schoße des Alten zu entwickeln.

Weder sind »alte«, sozial und ökologisch problematische Vorprägungen einfach abzuschütteln, noch liegen »neue«, sozial und ökologisch wünschenswerte Ziele, Zielerreichungsstrategien und Methoden einfach auf der Hand.

Alternativprojekte und selbstorganisierte Initiativen waren und sind in ihrer bisherigen gesellschaftlichen Wirkungsgeschichte vor allem eine Art Laboratorien, in denen neue Lösungsansätze erprobt werden. Sie stehen für Veränderungen von unten, für neue bürgerschaftliche Eigeninitiative, für ganzheitliche und vernetzte Problemlösungen, für eine solidarischere Welt.

Zur Umsetzung solch hoher Ziele gibt es jedoch viele verschiedene Wege. Zudem sind InitiativenmitarbeiterInnen nicht automatisch dazu qualifiziert. Ebenso wenig automatisch entspricht ihr reales Verhalten ihren Ansprüchen. Da die den Initiativenwünschen entsprechende Gesellschaft in weiter Ferne liegt, sind auch die Qualifikationen, derer sie bedarf, erst noch zu konkretisieren und zu entwickeln.

Die größten Probleme bei der Verfolgung solcher Ziele entstehen durch Resignation, Dogmatisierung und unzureichende Adressatenorientierung. Dies resultiert zum einen aus dem Unvermögen, die eigenen Ziele und Strategien sinnvoll auf die eigenen sowie auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe zu beziehen und kontinuierlich zu reflektieren, ob die richtigen »Schnittpunkte« gewählt wurden. Eng damit verknüpft ist oft die Unfähigkeit, kontinuierlich Ziele und Zielerreichungsstrategien den sich ändernden gesellschaftlichen und Gruppenbedingungen anzupassen. Dazu gehört der Wille und die Fähigkeit zu ständiger kritischer Reflexion der eigenen Arbeit und ihrer kontinuierlichen Verbesserung. Dem stehen oft Dogmen und andere Beharrungstendenzen, wie z.B. das Bedürfnis am Bekannten und Routinisierten festzuhalten, entgegen.

Auch Versorgungsmentalitäten und »Verarbeitnehmerungsprozesse« können den spezifischen Pioniergeist und die typische Innovationsorientierung selbstorganisierter Initiativen ersticken. Deswegen kommt der Entwicklung der letztgenannten Schlüsselqualifikationen in Initiativen noch größere Bedeutung zu als etwa in einem »Normalbetrieb«, denn Initiativen ohne Initiative verlieren ihren Lebensnerv.

Dies gilt um so mehr angesichts der Globalisierungs-, Standort- und Sozialabbaudebatte. Diese neuen Herausforderungen werden nur von Personen und Projekten zu bestehen sein, die bereit und in der Lage sind, selbst Problemlösungen zu entwickeln und diese ständig zu optimieren. Dabei geht es nicht nur um die Aneignung entsprechender beruflicher und arbeitsfeldbezogener Einstellungen und Fähigkeiten, sondern um möglichst ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung, die es dem Individuum ermöglicht sowohl autonome Handlungsfähigkeit zu erlangen, als auch mit sich identisch zu werden. Nur wer sich selbst entwickelt, kann auch einen Beitrag zur Projektentwicklung leisten.

Gerade selbstorganisierte Initiativen, die auf die Potentiale aller ihrer MitarbeiterInnen angewiesen sind, müssen daran interessiert sein, diesen möglichst viele Entwicklungschancen zu bieten. Das setzt auch voraus, daß alle kontinuierlich an der Selbst- und Fremdwahrnehmung arbeiten. Zudem ist es wichtig, MitarbeiterInnen ihren Stärken und positiven Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend einzusetzen. Zukunftsorientierte Projektentwicklung in Initiativen besteht deshalb zum großen Teil aus Personal- und Persönlichkeitsentwicklung nicht nur mit Hilfe von Aus- und Fortbildung, sondern auch mit Hilfe entsprechender Arbeits-, Kommunikationsstrukturen und -kultur.

Oft sind die Ziele von Initiativen zu hoch gesteckt bzw. die Verbindung zur täglichen Kleinarbeit wird nicht hinreichend hergestellt. Entsprechend werden die Ziele dann als unerreichbar empfunden, ohne daß sie aufgegeben oder auf eine realisierbare Perspektive bezogen werden. Die Praxis wird demzufolge als »eigentlich« ziellos erlebt, selbst wenn sie sehr qualifiziert ist. Es entsteht die Gefahr eines gespaltenen Bewußtseins – erfolgreich im Alltag und dennoch »eigentlich« erfolglos. Dies eröffnet nur noch sehr geringe Möglichkeiten für zielführende Reflexion, Identifikation, Wertschätzung und angemessene Strategieentwicklung.

In diesen Fällen ist die genaue Klärung der Vereins- bzw. Unternehmensphilosophie und deren Umsetzung in Einzelziele und -schritte nach den oben dargestellten Fragen besonders notwendig. Nach meiner Beobachtung können gerade über den Alltag hinausreichende Ziele eine wichtige Ressource für die Projektenwicklung sein, weil sie auf Verbesserung gerichtete Werte und Motivationen bestärken und Engagement sowie Qualitätsbewußtsein fördern. Allerdings sind solche Ziele nicht als starre Dogmen produktiv, sondern als Orientierungen, die im Alltag schöpferisch konkretisiert und differenziert werden müssen. Eine solche Auseinandersetzung hat in vielen Projekten inzwischen stattgefunden und zu Modifikationen geführt.

So gibt es z.B. in allen untersuchten Initiativen etwa noch das Gleichlohnprinzip. Es ist allerdings inzwischen nach Alter, Familienverhältnissen, Initiativenzugehörigkeit/Erfahrung, zum Teil auch nach Verantwortung im Konsens aller Beteiligten differenziert worden.●

Die Fortbildungsstudie 97 kann gegen Voreinsendung von 10 DM per Scheck oder Briefmarken beim Institut für Selbstorganisation, Baumweg 10, 60316 Frankfurt bezogen werden.

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.61 (2/97) enthält u.a.:

★

Globalisierung - Lähmende Gesetzmäßigkeiten

von Lorenz Schrötter

☆

Macht und Herrschaft Globalisierung

von Michael Wilk

★

Soziale Säuberungen in Köln

von Detlef Hartmann

★

Politische Debatte II.Teil: Bookchin-Chomsky Die Einheit von Ideal und Praxis

von Murray Bookchin

✧

Politische Debatte Leben in der Kommune

von Waldo Mar/Uwe Kurzbein/ Burkhard N'dagire

☆

"Laßt 1000 Torten fliegen"

von Kees Stad

Weiter: Marianne Kröger: Simone Weil und Carl Einstein 1937 in Spanien; Werner Portmann: Porträt Heiner Koechlin; Kurzes zur FAU, ak, ÖkoLi, Einstellung von *links*, Urteile gegen Lotta Continua *etc*.

Neu im Trotzdem-Verlag

Mythen des Spanischen Bürgerkriegs, 26.-DM.
Murray Bookchin: Agonie der Stadt, über Stadtentwicklung, Demokratisierung, Kommunalismus, dualeMacht, 360 S., 36.-
Hellmut G. Haasis: Edelweißpiraten. Erzählungen aus dem Untergrund der Freiheit. 20.-
Mark Achbar (Hg.): Noam Chomsky - Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung, 39.-DM
Peter Paul Zahl: Johann Georg Elser - Theaterstück zum Hitlerattentat, 18.-DM

✒ ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 35.-
Einzelpreis: 8.-
Wiederverkauf ab 2 Ex.: 30% Rabatt

Neues Verlagsprogramm anfordern!

SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

SELBSTDARSTELLUNG:

Brücke in die Zukunft

Die Idee

Unternehmen – Partner der Jugend (UPJ) ist eine Vision, die Privatpersonen und Unternehmen dazu ermutigen will, über die Grenzen von Markt und Staat hinweg soziale Verantwortung zu übernehmen. In echter Partnerschaft. Überlegt, phantasievoll, langfristig. Gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft, sich aufeinander einzustellen und voneinander zu lernen, sind dafür Voraussetzung.

Die UJP ist ein Zusammenschluß von professionellen Jugend- und Beratungsprojekten aus sechs Bundesländern. Sie will Impulse geben und konkrete Vorschläge machen, wie Firmen und Jugendliche gemeinsam vor Ort aktiv werden können – im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe und in wechselseitigem Interesse.

Überall dort, wo sich Wirtschaftsunternehmen für soziale und Ausbildungsprojekte der Jugend engagieren und sie mit Kow-how, Zeit, Geld oder auch Sachmitteln unterstützen, sind Unternehmen bereits Partner der Jugend. Die beiden Welten langfristig miteinander zu verbinden, den Dialog zwischen ihnen anzuregen und auszuweiten in tragfähige Kooperationen – das sind die Ziele von UJP.

Die Leistung

Diese Vision läßt sich organisieren. Am besten regional und direkt vor Ort. Die UJP-Servicebüros verstehen sich dabei als Mittler und Brückenbauer. Ihre Aufgabe ist es, zwischen den beiden Welten zu »übersetzen« und Unternehmen und Jugendliche auf ihrem Weg in diese neue Art von Partnerschaft zu begleiten. So lange, bis die Partnerschaften auf eigenen Füßen stehen und die Idee zum Selbstläufer geworden ist.

Die Servicebüros sind regionale Kontakt- und Informationsstellen. Ihre Kontakte zu Jugendprojekten und ihre Verbindungen zur Wirtschaft machen sie für beide Partner zu idealen Anlaufstellen:

Den Unternehmen bieten die Servicebüros eine Auswahl passender Jugendprojekte – mit ausgearbeiteten Konzepten und praktikablen Projektvorschlägen. Zum Beispiel als Partner von Jugendclubs oder Ausbildungsinitiativen in einem Stadtviertel, Straßenzug oder Wohnblock. Darüber hinaus kennen die UJP-MitarbeiterInnen die Befindlichkeiten, Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen. Sie haben damit den direkten Draht zu den wichtigsten Trends und den neuesten Ideen, die für Unternehmen interessant sein können.

Den Jugendprojekten dienen die UPJ-Büros darüber hinaus als Beratungs- und Qualifizierungsstelle. Sie ermitteln den Bedarf vor Ort und bereiten die Jugendlichen auf ihre Kooperation mit Unternehmen vor: Von der ersten Kontaktaufnahme bis hin zum erfolgreichen Abschluß. Und sie erarbeiten mit den Jugendinitiativen, die für eine Partnerschaft in Frage kommen, Konzepte und konkrete Projektvorschläge.●

Bundesweite Koordination der UPJ-Servicebüros und Büro Thüringen: Bildungswerk Blitz e.V., Zeitzgrund 6, D-07646 Stadtroda, Tel. (03 64 28) 6 23 28, Fax 6 23 55, e-mail: blitz_e.V.@t.online.de

EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

Quo vadis, Europa?

In den Fallen des Euro-Geldes

Es gibt in Europa derzeit kein ökonomisch, politisch und sozial brisanteres Projekt als die Europäische Währungsunion (EWU). Schon im Vorfeld werden in allen Ländern die sogenannten Konvergenzkriterien dazu genutzt, um die neoliberale Deregulierungspolitik durchzupauken – wobei freilich Maastricht oft nur als willkommenes »Sachzwangargument« herhalten muß. Und zweifellos wird der Fall der Währungsschranken eine Eigendynamik verschärfter Konkurrenz auf allen Ebenen des ökonomischen und politischen Geschehens entfesseln, der nicht nur dem bereits laufenden Prozeß regionaler und sozialer Polarisierung weiteren Schwung verleihen, sondern auch den nationalistischen Strömungen in ganz Europa einen enormen Auftrieb verschaffen wird (1).

Euro-Testwoche in Berlin Foto: Rolf Zöllner

Von Norbert Trenkle ● Dennoch scheint die deutsche Restlinke (jedenfalls die nicht parteipolitisch oder gewerkschaftlich orientierte) das EWU-Projekt aktiv ignorieren zu wollen. Während in Frankreich linke Intellektuelle heftig gegen dieses größte währungspolitische Experiment aller Zeiten und gegen den »geistigen Terrorismus des ungebremsten, zynischen Kapitalismus« (Bourdieu) Stellung beziehen und darüber eine breite öffentliche Debatte entfacht haben, bleibt in der BRD das Feld den verschiedenen, untereinander zerstrittenen neoliberalen Fraktionen und nationalistischen Agitatoren vom Schlage eines Stoiber überlassen.

Mit dem Euro in den Sozialismus?

An die Spitze der EWU-Gegner hat sich ausgerechnet der marktfundamentalistische Chefredakteur der Wirtschaftswoche Stefan Baron gesetzt, der seit Ende letzten Jahres mit dem Eifer des frisch Gewendeten ein Editorial nach dem anderen gegen die Währungsvereinigung abschießt. Natürlich ist Herr Baron nicht plötzlich von seinem sozialen Gewissen überfallen worden. Durchaus nicht. Nur ist er geübter Dialektiker. Er fürchtet, die von der EWU ausgelösten sozial-ökonomischen Verwerfungen könnten den Widerstand gegen die »liberale Gesellschaftsordnung« schüren und deren Legitimät in Frage stellen, und das ausgerechnet jetzt, wo diese endlich »allseits, wenngleich von manchen nur zähneknirschend, anerkannt« worden sei. In Pierre Bourdieus Polemik gegen den Euro und das »System Tietmeyer« sieht Baron nichts anderes als den »Aufruf zu einer neosozialistischen Gegenrevolution – ausgelöst von dem Projekt der Europäischen Währungsunion. Eine schöne Bescherung« (Zitate aus WiWo 19.12.96). Da solle man dann doch lieber die Finger von der ganzen Chose lassen.

Nur zu! möchte man angesichts dieser Prognosen dem Bundeskanzler und seinem Finanzminister zurufen. Macht weiter so, laßt Euch nicht beirren von den historischen Blindgängern. Wenn die Linke schon nicht mitzieht, dann müßt ihr halt dem Sozialismus den Weg bereiten. Doch leider verbieten sich solche geschichtsmetaphysischen Spekulationen und zwar nicht nur, aus Mitleid mit dem Reittier, das einen »Weltgeist zu Pferde« (Hegel über Napoleon) namens Helmut Kohl zu schultern hätte. Betrachten wir die von Baron befürchtete »neosozialistische Gegenrevolution« etwas näher, so zeigt sich schnell, daß diese ziemlich unschöne nationalistische Züge trägt. Das gilt nicht für Pierre Bourdieu selbst und den europäisch orientierten Teil der französischen Linken. Ihnen kann man allerdings vorwerfen, daß sie mit ihrer Forderung nach einem europäischen Sozial- und Interventionsstaat einer Chimäre aufsitzen. Denn die etatistische Regulation, die zusammen mit dem Nationalstaat in eine fundamentale Krise geraten ist, läßt sich auf europäischer Ebene unter keinen Umständen rekonstruieren. Um es in aller Kürze zu sagen: Erstens ist das sozialökonomische Gefälle in Europa viel zu groß, um es mit Hilfe staatlicher Transferleistungen auszugleichen. Spätestens das Beispiel der deutschen Wiedervereinigung müßte deutlich gemacht haben, wie eng die Grenzen eines solchen Ausgleichs unter heutigen weltwirtschaftlichen Bedingungen gezogen sind. Zweitens wird das Hinwegräumen der Währungsgrenzen dieses Gefälle wegen der verschärften Standortkonkurrenz noch erheblich steiler werden lassen. Drittens macht gerade dieses Gefälle den europäischen Verwertungsraum für das Kapital so attraktiv, denn hier findet es auf engstem Raum die unterschiedlichsten »Standortvorteile« vor (Billiglohnzonen und gut ausgebildete Arbeitskräfte, Steueroasen und gute Infrastruktur, Subventionsinseln und Nähe zu den Märkten etc.). Werden die Produktivitätsniveaus, die Steuersysteme und die Sozialstandards angeglichen, so hat dies unweigerlich eine riesige Welle von Produktionsverlagerungen und von Kapitalflucht zur Folge, die dem »Modell Europa« schlagartig den Boden entziehen würde. Viertens schließlich ließe sich ein solches Europa wohl kaum politisch durchsetzen. Es würde innerhalb kürzester Zeit an seinen inneren Interessenkonflikten zerbrechen.

... oder in das »Reich des Bösen«?

Wenn die mega-etatistische Option auf europäischer Ebene aber überhaupt den Hauch einer Chance haben sollte, dann bloß über eine aggressive Abschottung nach außen. Über das noch brutalere Aussperren von »Ausländern«, über die Blockade des Außenhandels, über Autarkiepolitik und natürlich über die militärische Absicherung des Ganzen – die Tendenzen dazu sind ja auch ohne europäischen Staat längst schon deutlich erkennbar. Abgesehen also einmal davon, daß ein solcher »Sozialismus auf einem Kontinent« binnen kürzester Zeit Bankrott anmelden müßte, kann er ja wohl kaum als emanzipatorisches Perspektive durchgehen. Das Gedankenexperiment zeigt vielmehr, daß der Etatismus, egal auf welcher Aggregationsebene er ansetzt, keine Alternative zum Totalitarismus des Marktes darstellt, sondern bloß dessen andere Seite ist. Weil aber die Option des europäischen Etatismus nur eine Chimäre ist, muß sie sich gegenüber der offen nationalistischen EWU-Opposition als ziemlich zahnlos erweisen, die unmittelbar und ohne irgendwelche Umschweife am dumpfen Ressentiment anknüpfen kann. Längst schon ist in Frankreich die rechte Anti-EWU-Strömung, die die Wiederbelebung des starken Zentralstaates fordert, mindestens genauso stark, wie ihr linkes Pendant. Und auf der Linken erhält ausgerechnet die Splitterpartei um Jean-Pierre Chevènement Zulauf, die für einen stark interventionistischen Nationalstaat plädiert und für die mit der EWU ein »heiliges Reich deutsch-amerikanischen Kapitals« entsteht. Das läßt Böses ahnen für die Zeit nach dem 1. Januar 1999, wenn die EWU (vorausgesetzt, sie scheitert nicht schon im Vorfeld an den Reaktionen der Finanzmärkten) ihre katastrophischen Wirkungen erst richtig entfaltet, zu denen die derzeitige »Konvergenzpolitik« nur ein mattes Vorspiel ist.

Trotz allem aber herrscht in Frankreich zumindest ein Klima der Auseinandersetzung, in dem vielleicht auch eine Kritik der warenproduzierenden Gesellschaft und Ansätze neuer emanzipatorischer Orientierungen heranwachsen könnten. Geradezu unheimlich mutet dagegen die Lage in Deutschland an, wo die Kritik an der EWU sich fast ausschließlich in Form eines bornierten DM-Nationalismus artikuliert, wo die breite Ablehnung in der Bevölkerung (laut Meinungsumfragen fast zwei Drittel) sich fast nur aus der Angst um die auf Kosten der übrigen Welt zusammengerafften Kröten speist und aus dem aggressiven Willen, den eigenen sogenannten Wohlstand mit niemandem zu teilen. Gleichzeitig tun die Systemparteien einschließlich der Grünen alles, um eine öffentliche Diskussion zu verhindern, denn sie fürchten zurecht, daß diese am Ende das Projekt noch kippen könnte. Selbst der Bundespräsident persönlich ruft dazu auf, die EWU »aus dem Parteienstreit herauszuhalten«.

Die große Mehrheit der Linken braucht solche höchstoffiziellen Zurechtweisungen nicht. Sie hat sich ein freiwilliges Rede- und Denkverbot zu dem Thema auferlegt und verhält sich einfach so, als sei die ganze Aufregung in Frankreich bloße Hysterie. In dieser Haltung drückt sich nicht nur ihre gewohnheitsmäßige Ignoranz gegenüber dem sozial-ökonomischen Krisenprozeß aus, der mittlerweile auch die Bundesrepublik mit voller Wucht erfaßt. Die EWU ist besonders schwer zu thematisieren, weil sie einfach nicht in das verbreitete Schema der Negativfixierung auf den deutschen Nationalismus paßt. Denn danach ist es kaum erklärlich, weshalb ausgerechnet die Bundesregierung die konsequenteste Befürworterin der Währungsfusion ist, obwohl sie damit ihr stärkstes Machtmittel zur ökonomischen Disziplinierung der europäischen Nachbarstaaten, die D-Mark, aus der Hand gibt. Denn solange die D-Mark die Ankerwährung des Europäischen Währungssystems (EWS) ist, müssen sich alle EU-Staaten, ob sie wollen oder nicht, dem Zins- und Wechselkursregiment der Bundesbank beugen. Wer aus der Reihe tanzt, wird von den Finanzmärkten sofort mit Abwertungen und hohen Zinsen bestraft, während die Bundesrepublik sich gleichzeitig zu relativ günstigen Konditionen an den Finanzmärkten bedienen kann. Eine perfektere und lukrativere Kontrolle gibt es nicht.

ZUM AUTOR

Norbert Trenkle ist Redakteur der Zeitschrift »KRISIS – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft« und Mitarbeiter der neuen wertkritischen Zeitung »Karoshi«. Veröffentlichungen zum Thema »Krise der Arbeitsgesellschaft« in verschiedenen Zeitungen. Mitautor der Studie »Perspektiven und Konsequenzen der EWU«.●

Das Ende der DM-Herrschaft und seine Widersprüche

Die Behauptung, mit dem Euro werde nur die Herrschaft der D-Mark perfektioniert, weil Kohl und Waigel im Vertrag von Maastricht ihre Vorstellungen weitgehend durchgesetzt hätten, geht ins Leere. Denn weder wird die Europäische Zentralbank so unabhängig agieren können, wie es auf dem Papier steht und wie es die deutschen Monetaristen gerne hätten. Davon zeugt schon der jüngste Streit zwischen der französischen und der deutschen Regierung. Noch viel weniger werden sich aber die Regierungen der Euro-Staaten an die strikten Haushaltsauflagen halten können, zu denen sie sich vertraglich verpflichtet haben. Das hat nichts mit »mangelnder Stabilitätskultur« zu schaffen, wie sie die DM-Nationalisten in einem perversen Stolz auf die eigene Verkniffenheit den anderen europäischen Ländern gerne vorhalten (und ganz zu Unrecht im übrigen, angesichts des gigantischen deutschen Schuldenbergs). Vielmehr wird die weitere Verschuldung das einzige Mittel sein, mit dem die europäischen Staaten im extrem verschärften Standortwettbewerb nach dem Fall der Währungsschranken noch bestehen und die schweren sozial-ökonomischen Verwerfungen wenigstens partiell abfedern können. Das wird auch die Bundesregierung erleben, die jetzt schon alle statistischen Tricksereien aufwendet, um die Maastrichthürde des Budgetdefizits wenigstens in diesem Jahr zu nehmen, und die nach der Einführung des Euro erst recht in die finanzpolitische Bredouille geraten wird, weil das Privileg der niedrigen Zinsen entfällt, die sie auf ihre horrenden Schulden entrichten muß (2). Sollte Herr Waigel nach dem 1.1.99 noch Finanzminister sein, so wird er der französischen Regierung auf den Knien danken, daß sie ihm seinen »Stabilitätspakt« mit automatischen Sanktionen für Budgetsünder gründlich verdorben hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, wieso die Bundesregierung überhaupt so vehement an der EWU festhält. Das Argument, die Aufgabe der D-Mark sei der Preis für

Fortsetzung nächste Seite

kreativ kritisch politisch frech

bundesweiter
Plakatwettbewerb "50 Jahre DM"

Ein Jubiläum feiert Geburtstag.
Am 20. Juni 1998 wird die DM 50 Jahre alt.
Es gibt viele Facetten, das Thema künstlerisch zu bearbeiten.
Die LAKS Hessen ruft auf, sich am Projekt zu beteiligen. Wir bieten:

- **Freiraum** für künstlerische Ideen
- **Großformatige Veröffentlichung** zum 20.06.98
- **Öffentlichkeit** außerhalb kommerzieller Zwecke
- **Preisgelder** in Höhe von 10.000 DM
- **Fachgerechte Beurteilung** durch renommierte Jury
- **Geplante Ausstellungen**
- **Katalog**

Einsendeschluß: 2. Juni 1997

Wege zu mehr Information und den Wettbewerbsbedingungen:

per fon: 06421 15140
per fax: 06421 27198

i.e. Initiativgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren

Samstag 12. Juli, ab 15 Uhr in der Brotfabrik, Frankfurt
Preisverleihung und Podiumsdiskussion: Sag mir, wie hast du's mit dem Euro

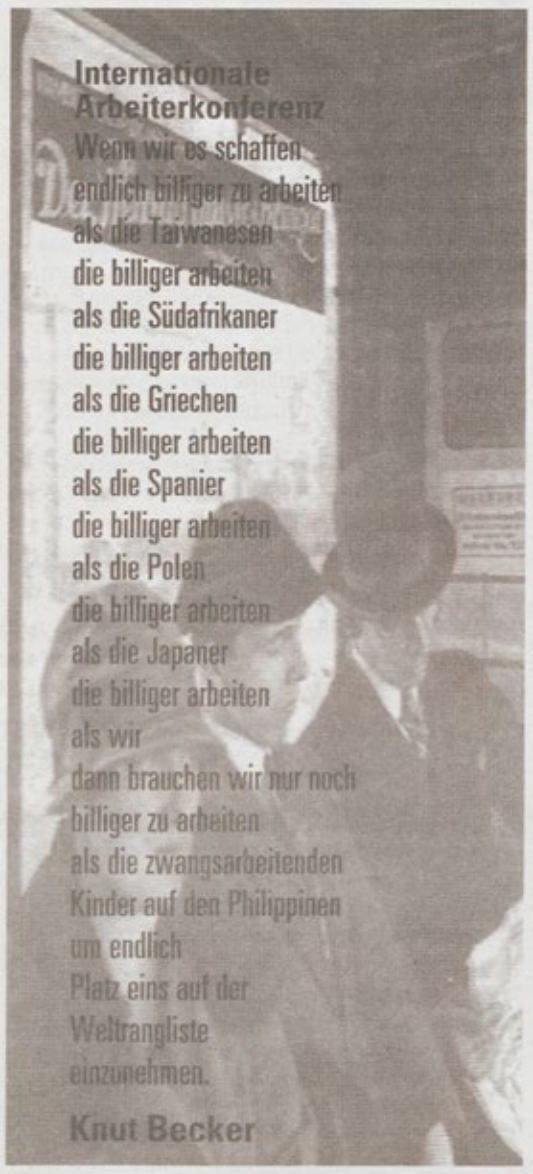
Gleichzeitig mit der Preisverleihung der jurierten Plakate veranstaltet der LAKS Hessen (ca. ab 18 Uhr) eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Nun sag, wie hast du's mit dem Euro". Die DM wird zwar im Juni 1998 gefeiert, aber voraussichtlich auch kurze Zeit später abgeschafft und im Euro aufgehen. Sowohl unter Linken wie unter Rechten gibt es BefürworterInnen wie AblehnerInnen der Europäischen Währungsunion. Eine konstruktive Debatte ist aber bisher nicht entstanden. Der Wunsch des Präsidenten unserer Republik, das Thema EURO doch bitte nicht zum Wahlkampfthema zu machen, wird wohl kaum befolgt werden. Eine sachliche Diskussion zu führen, bietet sich daher vor dem Wahlkampf an.

Wir wollen mit dieser Diskussion linke Positionen zum Euro gegenüberstellen und diskutieren. Als Leitfragen sind vorgesehen: Welche linken oder sich als links verstehende Positionen gibt es zum Euro? Was sagen diese Positionen über die sie jeweils Vortragenden aus? Wie können sich linke von rechten Euro-KritikerInnen abgrenzen?

Für die Diskussion haben bereits zugesagt: Frieder Otto Wolf (B'90/Grüne, MdEP), Jürgen Elsässer (junge Welt) und Klaus Peter Weiner (Uni Hannover). Weiterhin wurden angefragt: Joscha Schmierer (Zeitschrift Kommune), Ingrid Kurz-Scherf (Uni Marburg) und Fred Schmid (isw - sozialökologische Wirtschaftsforschung, München).

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Quo vadis, Europa?



die Wiedervereinigung, ist zwar richtig, reicht aber nicht aus. Sicherlich kann es sich Helmut Kohl politisch kaum leisten, offen gegen die Währungsunion Stellung zu beziehen, nachdem er selbst sie zum Schicksalsprojekt im Prozeß der europäischen Einigung hochstilisiert hat. Aber immerhin hätte es ja schon einige Gelegenheiten zum kalten Ausstieg gegeben, die sicherlich genutzt worden wären, gäbe es nicht auch strukturell-ökonomische Gründe für die Einheitswährung (2), und würde sich nicht die Bundesregierung auch Vorteile für den deutschen Verwertungsstandort ausrechnen. Ökonomisch gesehen stellt die EWU den Versuch dar, im am stärksten transnational verflochtenen Wirtschaftsraum der Welt endlich die enormen, durch die Aufblähung des Spekulationsüberbaus produzierten Währungsrisiken auszuschalten, die immer wieder betriebswirtschaftliche Investitions- und Kostenkalkulationen völlig über den Haufen geworfen haben. Es ist klar, daß hiervon primär die grenzüberschreitend operierenden Unternehmen profitieren und in zweiter Linie jene »Standorte«, die diese Unternehmen oder wichtige Teile ihrer Wertschöpfungsketten an sich binden können. Insofern werden die produktivitätsstärksten Regionen Europas (und dazu zählen eben auch große Teile Westdeutschlands) sicherlich zu den relativen Gewinnern der Währungsfusion gehören.

Allerdings gilt dies eben nur für einzelne Regionen, keinesfalls aber für ganze Staaten (mit Ausnahme vielleicht des Zwergstaates Luxemburg), denn die einsetzenden (und durchaus ja politisch gewünschten) Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse werden selbstverständlich überall den Prozeß der Verdrängung lebendiger Arbeitskraft und damit des Abschmelzens der Wertbasis weiter beschleunigen und gleichzeitig die Dumpingkonkurrenz auf dem Gebiet der Sozial- und Steuerpolitik enorm verschärfen. Außerdem ist mehr als wahrscheinlich, daß dies seinerseits zusammen mit den vorprogrammierten und unlösbaren Konflikten um die Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik zwischen den Regierungen und zwischen diesen und der Europäischen Zentralbank das ungeheure Crashpotential lostreten wird, das sich an den internationalen Finanzmärkten aufgestaut hat. Wenn die regierungsamtliche Propaganda für die Währungsunion dies wohlweislich verschweigt, obwohl es die Spatzen längst von den Dächern pfeifen, und weiterhin zweckoptmistisch von einem »Wachstums- und Beschäftigungsschub« schwadroniert, dann ist dies natürlich nicht nur einer notorischen Realitätsblindheit geschuldet. Vielmehr handelt es sich um die ziemlich ausgeleierte ideologische Begleitmusik zur nun auch in ganz Europa sich durchsetzenden neoliberalen Deregulierungs- und Marktöffnungspolitik. Im Grunde weiß inzwischen jedes Schulkind, daß diese Politik nur Verlierer hervorbringt, und dennoch zwingt die Konkurrenz um die immer weiter schrumpfende Wertmasse alle »Standorte« aktiv an der Abwärtsspirale zu drehen.

Die EWU als Bewegungsmoment der kapitalistischen Krise

Angesichts dieser katastrophischen sozial-ökonomischen Perspektive müßte es eigentlich selbstverständlich sein, sich gegen das EWU-Projekt zu stellen. Doch eine unvermittelte Anti-Position verbietet sich schon deshalb, weil sie (insbesondere in Deutschland, aber nicht nur hier) eindeutig nationalistisch besetzt ist. Wer aber wie etwa Jürgen Elsässer sich demgegenüber zum Fürsprecher des Euro macht, erklärt seinen gesellschaftskritischen Bankrott. Denn er läßt sich damit positiv auf das irre gewordene Wechselspiel von Etatismus und Monetarismus ein und schlägt sich auf die Seite des »neoliberalen Internationalismus«, nur weil ihm dieser als das kleinere Übel erscheint. Abgesehen einmal davon, daß mit der Einheitswährung ein Bezugsrahmen geschaffen wird, in dem nationalistische Konflikte geradezu treibhausmäßig wuchern werden (in Form wechselseitiger Schuldzuweisungen etc.), bleibt völlig schleierhaft, mit welchen Argumenten eine Pro-EWU-Position den marktradikalen Durchmarsch und seine Folgen noch kritisieren will – es sei denn, sie zieht sich auf den windigen Standpunkt eines europäischen Regulationsstaates zurück. Stattdessen gilt es, die EWU als zentrale Durchsetzungsform des Neoliberalismus in Europa zu kritisieren, der seinerseits die Reaktion auf das Zerbrechen der regulationsstaatlichen und arbeitsgesellschaftlichen Nachkriegs-»Normalität« darstellt und der einer aktiven Selbstaufgabe der Politik vor den blinden Mechanismen der Verwertungsbewegung gleichkommt. So gesehen drückt sich in den unlösbaren Widersprüchen des Euro-Projekts weit mehr als ein wirtschafts- und finanzpolitischer Interessenkonflikt zwischen verschiedenen europäischen Staaten aus. Sie verweisen vielmehr darauf, daß der politische und ökonomische Spielraum innerhalb des warenproduzierenden Bezugsystems erschöpft ist. Insofern kann die EWU als wesentliches Bewegungsmoment der kapitalistischen Krise in Europa dechiffriert werden, und als solches wird sie den Krisenverlauf der nächsten Jahre entscheidend prägen – und zwar wohl auch dann, wenn der Euro doch noch kippen sollte. Denn zwar wird das Hinwegräumen der Währungsgrenzen die Durchschlagskraft der Krise zweifelsohne verstärken und zugleich den Aufschwung agressiver Nationalismen und Regionalismen überall auf dem Kontinent befördern, doch bedeutet dies natürlich nicht, ein Verzicht auf die EWU könnte dem basalen Krisenprozeß als solchem Einhalt gebieten. Denn die fundamentalen, seit dem Ende des Fordismus wirksamen Prozesse einer Abschmelzung der Wertbasis (aufgrund der zunehmenden Verdrängung lebendiger Arbeitskraft durch hochtechnisiertes Sachkapital) und der Auflösung der Nationalökonomien durch die Globalisierung der Märkte, würden dadurch nicht gestoppt, sondern nur etwas verlangsamt. Und mit schweren Verwerfungen an den Finanzmärkten, die einen Zusammenbruch des weltweiten Überbaus an fiktivem Kapital einleiten könnten, ist so oder so zu rechnen. Entweder schon im Vorfeld der EWU aus Mißtrauen gegenüber dem Projekt oder als Reaktion auf eine (durchaus noch mögliche) politische Entscheidung dagegen. Denn die negativen oder positiven Erwartungen gegenüber dem Euro sind längst schon zu einem wichtigen Bestimmungsfaktor der Spekulationsbewegung geworden.

Gegen Neoliberalismus und Nationalismus

Insofern ist der Karren der Währungsunion schon längst in den Dreck gefahren, bevor er überhaupt auf der Zielgeraden angelangt ist, und es kann selbstverständlich nicht darum gehen, sich an den ideologischen Bergungsarbeiten zu beteiligen. Doch angesichts des Stellenwerts des EWU-Projekts im Kontext der kapitalistischen Krise kann eine antiwarenförmige Position sich ihm gegenüber selbstverständlich nicht gleichgültig verhalten. Sie muß sich vielmehr aktiv in den gesellschaftlichen Disput einmischen und sich quer zu den beiden polar-komplementären Positionen des Neoliberalismus/Monetarismus und des Nationalismus/Etatismus stellen. Eine emanzipatorische Kritik an der EWU und der damit untrennbar verbundenen neoliberalen Offensive läßt sich nur von einem Standpunkt leisten, der Markt und Staat als unseliges Geschwisterpaar radikal kritisiert, einem Standpunkt, der den Kampf um die Aneignung der gesellschaftlichen Reproduktionsmittel zum Zweck der selbstorganisierten Bedarfsproduktion und mit dem Ziel einer schrittweisen Entkopplung von den Zwängen des Ware-GeldSystems propagiert und praktiziert. Eine solche »dritte Position« wird sicherlich zunächst noch minoritär bleiben, doch vor dem Hintergrund des eklatanten Doppelversagens von Markt und Staat könnte sie bald eine ungeahnte gesellschaftspraktische Relevanz gewinnen.●

Der Artikel erscheint in der Zeitschrift Karoshi, Mai 1997 (Hamburg)

Anmerkungen

1) Ich habe dies zusammen mit Ernst Lohoff ausführlich in einer Studie für die PDS-Bundestagsgruppe untersucht. Die Kurzfassung findet sich im Internet unter www.magnet.at/krisis. 12 Thesen dazu wurden in der jungen Welt vom 22.4.97 abgedruckt.
2) Die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen lagen bisher deutlich unter denen der anderen Länder, weil die DM als internationale Anlagewährung für Kredit- und Spekulationskapital beliebt war (bzw. noch ist). Das heißt im Klartext, daß die angebliche »Stärke« der DM in Wirklichkeit Resultat einer enormen spekulativen Aufblähung ist.
3) Angesichts der vielen Krisenprognosen und der massiven Anti-EWU-Stimmung bei einem Großteil der europäischen Bevölkerung könnte die Währungsunion allerdings doch noch politisch kippen bzw. an den selbstgesteckten »Stabilitätszielen« scheitern.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

LESETIPS

- KAROSHI (»Der Arbeitstod«), c/o HSB, Schulterblatt 23c, D-20357 Hamburg
- KRISIS – Horlemann-Verlag, Postfach 1307, D-53583 Bad Honnef, Fax 02224/5429
- Kölner Volksblatt (Serie jenseits der Arbeit), Melchiorstr.15, D-50670 Köln, T/Fax 0221/731798
- Longo Mai-Nachrichten, Hof Ulenkrug, Dorfstr. 68, D-17159 Stubbendorf, T/Fax 039959/23881
- MAGMA c/o H. Kunath, Ochtmannsbruch Siedlung 40, D-21279 Hollenstedt
- New Work – Info's, Mühlhäuser Initiative, Wahlstr. 49, D-99974 Mühlhausen, T/Fax 03601/445902
- Null komma nix – beiträge zur entkoppelung von der warengesellschaft, c/o SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
- Studie »Perspektiven und Konsequenzen der EWU«, Institut für kritische Gesellschaftstheorie, Kaiserplatz 4, D-90763 Fürth, T/Fax 0911/705628

ANTI-EURO-KOMMENTAR

»Der EURO ist Dynamit«

... meinte der Wirtschaftswissenschaftler Hankel jüngst im Spiegel. Dieser Ausspruch bringt die Ergebnisse einer EWU-Studie des »Institutes für kritische Gesellschaftstheorie« auf den Punkt. Demnach wird es keineswegs durch den EURO zu einer stabileren Volkswirtschaft mit mehr Wachstum und Beschäftigung kommen, wie Kohl und Kinkel zu verkünden nicht müde werden.

Anstatt Stabilität wird es Währungsturbulenzen geben. Die europäische Leitwährung DM steht heute schon unter Entwertungsdruck. Wenn die Geldanleger weiter aus der DM aussteigen, kommt der weiche EURO. Es droht Inflation.

Anstatt mehr Beschäftigung wird sich eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit innerhalb der EWU einstellen. Die schwächeren Länder werden ohne Möglichkeit der Abwertung wirtschaftlich niedergewalzt, wie dies schon bei der Währungsfusion mit der DDR der Fall war. Vorläufige Gewinner werden einzig einige Großkonzerne sein.

Anstatt den staatlichen Spielraum zu erweitern, erzwingt der Maastricht-Vertrag schon jetzt einen drastischen Sparkurs. Darunter leidet die Binnenkaufkraft und die wirtschaftliche Lage wird sich verschlechtern.

Das heutige Grundproblem wird vollkommen ignoriert. Arbeitsgesellschaft und Mikroelektronik passen nicht zusammen. Immer weniger Arbeit kann in Geld verwandelt werden. Statt substantiellem Wachstum erheben sich wackelige Kreditberge und Aktientürme, bis sie schließlich einstürzen müssen. Marktwirtschaft und ihr Staat stecken in einer immanent unlösbaren Dauerkrise. Europa hat nur in einer Entkoppelung von der Warengesellschaft eine Perspektive. Es geht um eine radikale Umorientierung in Richtung moderne, vernetzte Selbstversorgungsgesellschaft.

EURO und EWU legen soziale Sprengsätze. Dieser Weg führt in ein Auseinanderfallen der Nationen und Regionen. Wer ja sagt zur einheitlichen Währung, bereitet nur den Boden für nationalistischen Wahn und für Rechtsextremismus. Wohin deren Logik führt, ist schon bekannt: perspektivloser Bürgerkrieg a la Jugoslawien.●

Heinz Weinhausen

● Die PDS-Bundestagsgruppe hat zu EURO und EWU eine Studie erstellen lassen. – Eine Kurzfassung ist erhältlich bei »Institut für kritische Gesellschaftstheorie« : Kaiserplatz 4, D-90763 Fürth, Tel./Fax 0911-705628.
Die Studie lautet: »Perspektiven und Konsequenzen der Europäischen Währungsunion« – erstellt von Norbert Trenkle und Ernst Lohoff.)
● Zitat Hankel ist dem Spiegel Nr. 8 vom 17.2.97 entnommen

BERICHT:

Quo vadis, Europa?

Die EuroMärsche unterwegs

Judith Dellheim/SOZ-Korr.München ● Am 11. April startete der erste EuroMarsch – in Afrika: Die kleine Gruppe marokkanischer, französischer und spanischer Erwerbsloser gab im marokkanischen Tanger eine Pressekonferenz und wurde von etwa 200 Menschen verabschiedet. Sie setzte mit einem Boot nach Tarifa in Spanien über. Zunächst wurde ihnen die Visa verweigert. In Tarifa stießen Marschierende aus Spanien, Frankreich und Deutschland hinzu. Der Zug wurde u.a. im Rathaus von Sevilla empfangen.

Am 24.4. erreichte er Madrid, wo die Teilnehmenden 32 aus der Broilerfabrik SADA im nahegelegenen Palencia ohne Abfindung gefeuerten Kolleginnen und Kollegen ihre Unterstützung versicherten. In Palencia vereinigten sie sich mit dem Marsch aus Galicien. Abends gab es mit den entlassenen Beschäftigten eine gemeinsame Veranstaltung. Am nächsten Tag zogen die Marschierenden in einen Supermarkt und organisierten dort einen Kaufboykott gegen die Firma. SADA gehört zu einem belgischen Konzern. Die Aktion sorgte für Schlagzeilen auf der Titelseite der örtlichen Presse.

Zwei weitere Märsche begannen am 12. April: Eine Delegation von 50 Erwerbslosen reiste aus Turin bzw. Mailand an, weitere Marschierende kamen aus Spanien, Deutschland, Großbritannien, und der Schweiz dazu. Der Bürgermeister lud zum Essen. Der Marsch aus Grenoble konnte mühelos die Grenze zur Schweiz passieren und wurde herzlich in Genf aufgenommen. Dort waren die Büros der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) und der Welthandelsorganisation (WTO) Ziele von Aktionen. Bei McDonald forderten die Marschierenden bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Besonderer Höhepunkt war die von Lehrerinnen und Lehrern organisierte Demonstration gegen Bildungs- und Sozialabbau, an der 2.000 Menschen teilnahmen.

Auch im Rathaus von Brest in der Bretagne gab es einen Empfang für die Marschierenden. Dort starteten etwa 200 Menschen, darunter 30 Dauermarschierer. Vier junge Leute wollen die gesamte Strecke nach Amsterdam zu Fuß zurücklegen. In Plagastel wurde der Marsch, den ein Traktor des Kleinbauernverbandes begleitete, von einem Orchester begrüßt. In Chateaulin diskutieren die Marschierenden mit Mitgliedern des Kleinbauernverbandes und der Gewerkschaften über Arbeit und Erwerbslosigkeit auf dem Land.

Ebenfalls am 12. April fand in London eine große Demonstration »für soziale Gerechtigkeit« statt, an der sich 20.000 Menschen beteiligten. Sie wurde vom Unterstützungskomitee für die Liverpooler Dockers und dem Euro-Marsch-Komitee gemeinsam als Auftaktveranstaltung für die EuroMärsche organisiert.

Während am 13. April im südlichen Almeria etwa 100 Menschen zumeist spanischer und französischer Nationalität den Marsch antraten, stürmten in Paris 300 bis 400 AktivistInnen von AC!, anderen Erwerbsloseninitiativen und Basisgewerkschaften das Schloß von Versailles. Von jenem Balkon des Königs, von dem aus am 4. August 1789 die Aufhebung der von Geburt an zuerkannten Privilegien verkündet worden war, hallte eine Rede gegen soziale Ungerechtigkeit.

Am internationalen Aktionstag zum Marschauftakt, dem 14. April, gab es auch in Sarajewo und Tuzla einen symbolischen Start der Märsche. An Plätzen, die wegen des blutigen Terrors traurige Berühmtheit erlangten, wurde der Getöteten gedacht. Jeweils zwei Studenten und Bergleute haben sich anschließend den französischen Märschen angeschlossen und wollen zum 14. Juni in Amsterdam eintreffen. Die Post- und Bergbaugewerkschaften unterstützen die Märsche.

Am gleichen Tag gab es Rallyes und Demonstrationen in Wien und Grat. Von Ivalo in Lappland aus starteten regionale Märsche auf Skiern; in Griechenland bereitet man sich auf die Teilnahme an der Großdemonstration in Amsterdam am 14. Juni vor. Aktionstage gab es auch in Neapel, Dublin, Brüssel, Toulouse, Le Mans, Livorno.

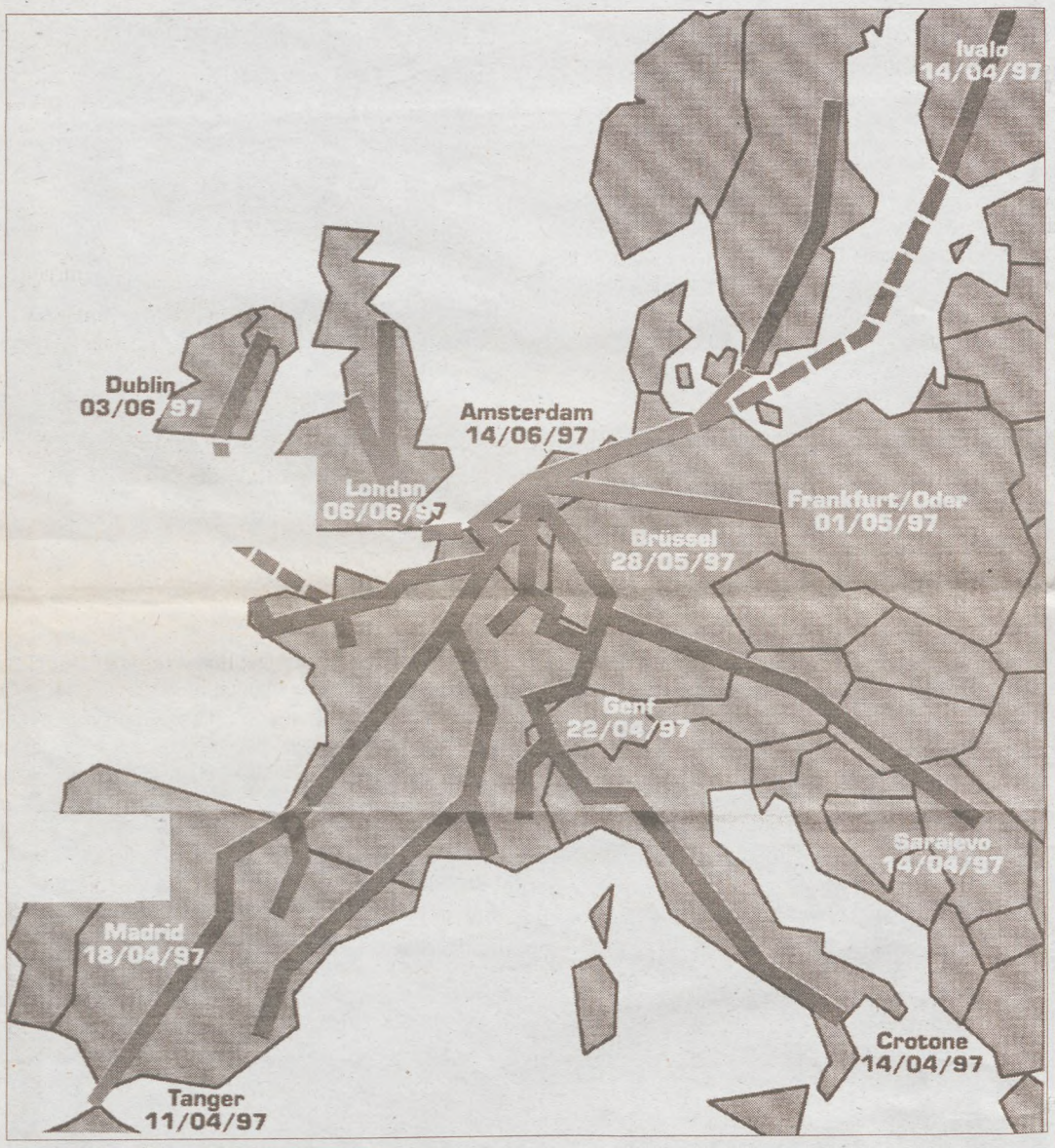
In der Bundesrepublik begannen die EuroMärsche am 1. Mai – beim traditionellen Brückenfest in Frankfurt/Oder und in Heidelberg, wo sich eine Gruppe von Zimmerleuten auf den Weg nach Amsterdam machte. Eine Fahrraddemonstration von Sneftenberg nach Finsterwalde am 1.5. und ein Marsch von Eberswalde nach Bernau am 3.5. sind Beispiele einer aktiven regionalen Unterstützung des Projekts.

Am 3. Mai wurden 28 Marschierende in Berlin mit einer kleinen Demonstration empfangen, die sich u.a. gegen das zeitgleich stattfindende Euro-Spektakel des Senats und der Europäischen Kommission richtete. Am Abend diskutierten auf Einladung des ReferentInnenrats der Humboldt-Universität Studierende, Erwerbslose, Obdachlose und Gewerkschafter gemeinsam über Neoliberalismus, dessen Verhältnis zum modernen Faschismus und über die Intention der EuroMärsche. Tags darauf konnten die Marschierenden auf Einladung des ZDF inmitten des Euro-Festes mit einer Sklavenkaravane vorführen, welches Schicksal den in und aus Maastricht-Europa Ausgegrenzten zugedacht ist. Ein Besuch der Großbaustelle am Potsdamer Platz und ein Empfang durch die Bezirksbürgermeisterin und den Personalrat im Bezirk Schöneberg rundeten am 5. Mai das Programm ab.

Am 8. Mai startete der Marsch in München mit einer Fahrraddemostration, an der sich trotz strömenden Regens hundert Menschen beteiligten; er besuchte vor allem Orte des Nazi-Terrors und des Widerstands.

25 Marschierende aus Frankreich, Italien und der Schweiz trafen am 12. Mai in Freiburg ein. ●

aus SOZ, Nr. 10 vom 15.5.97



DOKUMENTATION: MANNHEIMER ERKLÄRUNG (6.4.97)

»Wir müssen endlich europaweit handeln«

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz »MaastrichtEuropa und Strategien gegen Erwerbslosigkeit« werden sich an den »Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung« beteiligen, die am 14. April in den verschiedenen Regionen Europas starten und am 14. Juni in Amsterdam in eine Großdemonstration münden. Der erste Marsch in der Bundesrepublik startet am 1. Mai in Frankfurt/Oder, der zweite am 10. Mai in Basel und der 3., eine Fahrraddemonstration, am 31. Mai in Demmin.

Europa steht an einem Scheideweg, täglich fallen Tausende von Arbeitsplätzen globalen Konzernstrategien zum Opfer, die nur die Aktienkurse und Gewinne im Auge haben und in keinem Bezug mehr zu einem gesellschaftlichen Bedarf vor Ort stehen. Während die Zahl der Einkommensmillionäre seit 1994 um 30 Prozent gestiegen ist, hat die Zahl der Erwerbslosen den höchsten Stand seit 1932 erreicht. Schikanöse Gesetze wie das »Arbeitsförderungsreformgesetz« oder die Senkung der Sozialhilfe drücken immer breitere Bevölkerungsschichten unter die Armutsgrenze. Die Kriterien, die im Maastrichter Vertrag zur wirtschaftlichen Angleichung enthalten sind, werden von allen Regierungen in der EU benutzt, unsoziale Maßnahmen durchzusetzen.

Der Krieg gegen Arme, Obdachlose und Flüchtlinge, ihre systematische Vertreibung aus den Innenstädten, um die Kehrseite der maßlosen Bereicherung nicht sichtbar werden zu lassen, fußen auf einer »Leistungsideologie«, die offen an menschenverachtendes und ausgrenzendes Verhalten der Besitzenden appelliert. Der soziale Egoismus und die offene Entsolidarisierung bilden auch den Nährboden für die zahlreichen rechtsextremen Demagogen, die Losungen wie »Deutsche zuerst!« und Rassenhaß predigen.

Wir wissen, wir haben nur eine Chance, die sozialen Probleme zu lösen, wenn wir über die Grenzen der Nationalstaaten und auch die Grenzen der Europäischen Union hinaus die Solidarität all derer schaffen, die von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung betroffen und bedroht sind. Wir müssen endlich anfangen, europaweit zu handeln, um die Entwicklung zu stoppen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben durchzusetzen.

Schon an den Vorbereitungen der Europäischen Märsche ist sichtbar: Erstmals ist es in Europa gelungen, eine breite internationale soziale Bewegung in Gang zu bringen – unterstützt vom Europäischen Netzwerk der Arbeitslosen (ENU), zahlreichen gewerkschaftlichen Gliederungen und sozialen Initiativen. Wir fordern ein anderes Europa als das, was in Amsterdam am 16. und 17. Juni zementiert werden soll. Ein Europa, in dem die Arbeitszeit radikal verkürzt wird, alle ein Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz und ein bedarfsgerechtes Einkommen haben, ein Recht auf preiswerte Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung, ein Recht auf freie Niederlassung für jeden Menschen nach seiner Wahl, gleiche politische und soziale Rechte, gleiche Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern. Wir werden diese gemeinsamen Forderungen in den Märschen dadurch dokumentieren, daß sie in allen Ländern international besetzt sind.

Diese Forderungen finden sich z.T. auch im Aktionsprogramm des DGB wieder, das dieser am 8. und 9. April auf seinem »Beschäftigungsgipfel« in Berlin verabschieden will. Um so unverständlicher ist uns, daß der DGB-Bundesvorstand im Unterschied zu zahlreichen gewerkschaftlichen Gliederungen von der Bundes- bis zur lokalen Ebene die Europäischen Märsche noch nicht unterstützt und leichtfertig Kritik an Maastricht und der EU als »anti-europäisch« abtut. Dabei regt sich auch in den Reihen der Gewerkschaften zunehmend Kritik an dieser EU. Die Europäischen Märsche sind das Gegenteil von einer »anti-europäischen« Aktion. Aber auch andere Aktionen wie der Europastreik bei Renault zeigen, daß es für die Gewerkschaften höchste Zeit ist, daß sie europaweit streik- und aktionsfähig werden.

Wir werden deshalb den DGB auf dem Beschäftigungsgipfel erneut auffordern, die Märsche zu unterstützen.

Die Teilnehmenden rufen alle von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung Betroffenen und alle noch Beschäftigten auf, sich den Märschen anzuschließen. ●

Abschlußkommunique der Diskussionskonferenz »Maastricht-Europa und Strategien gegen Erwerbslosigkeit« Mannheim, den 6. April 1997

aus: Inprekorr 307 (Internationale Pressekorrespondenz).

EINE INITIATIVE IN THÜRINGEN:

Burgmühle Haina

Die Anfänge unserer Gruppe liegen ungefähr sechs Jahre – in der Wendezeit – zurück. Wir gehörten wohl zu dem Teil der Bevölkerung, der auf eine demokratische DDR gehofft hatte, und der versuchte, diese Hoffnungen in zahllosen Diskussionen im Bürgerkomitee, im Stadtrat und an Runden Tischen, bei Demonstrationen und Aktionen durchzusetzen.

Wir hatten Monate hinter uns, in denen wir gemeinsam mit anderen politischen Kräften versucht hatten, das öffentliche Leben in der Region aufrecht zu erhalten. Dann gab es wieder eine durch Wahlen legitimierte politische Kraft, die das für alle in die Hände nahm. Wir konnten nicht so recht einsehen, daß es für andere plötzlich keine oder wenig Öffentlichkeit mehr gab, daß die großen bunten Medien, die über uns kamen, die Welt so einteilten, wie wir sie sehen sollten: die große Politik, die kleinen Leute, der unpolitische Blick in Nachbars Garten ... Schuster, bleib bei deinem Leisten.

So entstand die Idee, ein Radio zu machen. Im gesetzlosen Raum sendeten wir und engagierten uns gleichzeitig für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für einen legalen Sendebetrieb. Das kürzlich neugefaßte Mediengesetz in Thüringen bietet nun eine Chance, im kommenden Frühjahr legal auf Sendung zu gehen.

Ohne Spuren gingen die gemeinsamen Zeiten hinter den Reglern, am Schreibtisch und bei nächtelangen Diskussionen an keinem vorbei. Was uns zusammenhielt, war mehr als nur noch die Idee vom Radio. Wir wollten unser Leben gemeinsam planen und gestalten, zumal die Aussichten auf einen Alltag zwischen Arbeitsamt, Ausbildung oder Job nicht allzu rosig erschienen. Natürlich wollten wir nicht alle Brücken zu unseren Freunden und Verbündeten aus unseren »Erfurter Jahren« abbrechen und machten uns auf die Suche nach einer gemeinsamen Bleibe.

Vor drei Jahren fanden wir mit der Burgmühle, einer ausgedienten Wassermühle in der Nähe von Haina/Thüringen, einen Platz, der uns geeignet schien, um unsere Vorstellungen von einem gemeinsamen, selbstverwalteten Leben zu verwirklichen. Nach einigem Hin und her mit der Treuhand war es soweit. Für etwa 50.000 Mark, die wir gerade noch aus unseren persönlichen Ersparnissen zusammenbringen konnten, wurden wir Eigentümer der ehemaligen Mühle mit ziemlich heruntergekommenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und zwei Hektar Land.

Die meisten von uns zwanzig Städtern fanden sich spontan in der Straßenbahn oder vor dem Computer besser zurecht als im Kuhstall oder auf der Baustelle. Wir kamen allerdings nicht drumherum: Das Haus mußte winterfest gemacht werden. In dieser Zeit des Umbruchs war es möglich, viel Material kostenlos aus aufgelösten Lagerbeständen oder Abbrüchen anzuschaffen. Überdies konnten wir an der ein oder anderen Stelle kleinere Summen aus den gewaltigen Finanzspritzen für die neuen Bundesländer für unser Projekt abzweigen. Aber von Anfang an überlegten wir, wie wir auf unserem Land – inzwischen hatten wir zwölf Hektar von benachbarten Bauern dazu gepachtet – aus eigener Kraft leben könnten.

Seit vergangenem Jahr haben wir eine Ziegenherde, eine Käserei gebaut, und im kommenden Jahr wollen wir unseren ersten Ziegenkäse auf Märkten in der Region verkaufen; sicher auch eine gute Gelegenheit, unsere Initiative den Leuten der umliegenden Dörfer verständlicher zu machen. Zu unseren Vorstellungen einer Alternative gehören auch traditionelles Handwerk wie Lehmbau, die Nutzung regenerativer Energiequellen, zum Beispiel der Wasserkraft und der biologischen Klärung der Abwässer. Auch der Bau wird noch eine ganze Weile eine unserer wichtigsten Beschäftigungen bleiben.

Letzten Sommer hielten die frei-reisenden Wandergesellen ihr Jahrestreffen bei uns ab, und etwa 50 Zimmerer, Steinmetze etc. halfen uns, beim Innenausbau des Wohnhauses und einigen anderen Sachen ein großes Stück voran zu kommen. Im Herbst folgte gleich ein Steinmetztreffen, bei dem die alte Mühlgrabenbrücke nach alter Handwerktechnik wieder aufgebaut wurde.

So wird die alte Burgmühle zu einem immer größeren Treffpunkt verschiedenster Leute, und falls Euer Weg einmal durch Thüringen führt, seid ihr herzlich eingeladen, bei uns vorbeizuschauen. ●

Christian

(aus »Nachrichten aus Longo mai«, Nr. 67, Februar 97)
Burgmühle Haina, D-99869 Haina, Tel: 036254/71300

LONGO MAI

Quo vadis, Europa?

Ein Jahr Ulenkrug

Fast genau ein Jahr ist es nun schon her, daß wir von Longo mai den Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern bezogen haben. Man könnte es den dritten Versuch nennen, in Deutschland Fuß zu fassen. Wer uns schon lange kennt, weiß, warum wir in den siebziger Jahren die Pfalz verlassen mußten. In Basta, im Oderbruch, ist unser Projekt Anfang der neunziger Jahre an der Treuhandanstalt gescheitert. Dank der Hilfe von vielen Freunden haben wir nun diesen Hof mit seinen 42 Hektar Land, dem großen Wohnhaus, Stallungen und Scheune erwerben können.

Dieser Hof in Mecklenburg ist wahrlich schöner als die Ruinen von Basta. Aber das gemeinsame Projekt mit der Dorfbevölkerung – nämlich die Übernahme des Landwirtschaftsgutes Wollup durch die gesamte Gemeinde – dort zurückzulassen, fiel uns nicht leicht. Doch im Oktober waren der Bürgermeister und die Amtsdirektorin aus dem Oderbruch bei uns im Ulenkrug. Sie kamen mit auf den Kartoffelacker, um uns beim Ernten und Sortieren zu helfen. Dabei erzählten sie, daß die meisten Menschen im Dorf resigniert hätten, die Jungen weggegangen seien und die wenigen, die noch im Treuhandbetrieb arbeiten, nicht mehr anzusprechen seien, weil sie der Rhythmus. und die Dauer der Arbeit auslaugen. Bis in die Morgenstunden hinein diskutierten wir miteinander, wie eine Gesellschaft aussehen sollte, in der alle Menschen teilhaben können an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Fast scheint es, daß die parlamentarische Demokratie nichts mehr ausrichtet für diejenigen, die über keine materiellen und finanziellen Ressourcen verfügen.

Alle Generationen waren beim Eröffnungsfest vom Hof Ulenkrug vertreten

Soweit die eher philosophischen Überlegungen, zu denen die Widersprüche in unserer Umgebung Anlaß geben. Aus den früheren LPG's wurden mehrheitlich kapitalintensive Großbetriebe, die für die Bewirtschaftung von 1.000 Hektaren Land gerade noch vier oder fünf Menschen beschäftigen. Die übrige Landbevölkerung ist arbeitslos; die Älteren bewirtschaften wieder mit dem Pferd das Stückchen Land, das sie ihr Eigentum nennen können, und die Jungen versuchen ihr Glück in Hamburg oder bei der Bundeswehr, dem größten Arbeitgeber in Mecklenburg, nachdem die meisten der ohnehin spärlichen Industriebetriebe geschlossen wurden und der Hafen in Rostock wie ausgestorben ist. Und doch gibt es hier Leute, die nicht alles nur so hinnehmen: Künstler und Handwerker, die sich schon zu DDR-Zeiten hier angesiedelt haben, versuchen, durch gemeinsame Märkte und Veranstaltungen Lebenszusammenhänge zu erhalten. Bei dem letzten Rostocker »Spaziergang« waren 5.000 Leute gegen Sozialabbau auf den Straßen.

Unser Hof, mit seinen zusammenhängenden Flächen rings um die Gebäude, gehört eher zu den Ausnahmen in der Region, und es gibt auch nur ganz wenige Bauernhöfe, die ihre Produkte auf den Märkten in der Umgebung anbieten. Schon im ersten Jahr, obwohl wir kaum mehr als unsere Kartoffeln, ein wenig Gemüse und seit Herbst das erste Kalbfleisch anzubieten hatten, fanden wir in Rostock und Greifswald sehr schnell einen interessierten Kundenkreis. Die Nachfrage nach regionalen Produkten ist groß, da die meisten Betriebe in direkter Abhängigkeit von Lebensmittelfabriken produzieren, ohne auf die regionalen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Überrascht wurden wir auch von der Bereitschaft vieler Freunde, hauptsächlich in Berlin, aber auch in Bremen und Hamburg, sich für den Vertrieb unserer Produkte einzusetzen: Stadtteilinitiativen, Tauschringe, Studenten, Wissenschaftler, Pfarrer, Anwälte oder Künstler wie zum Beispiel die Kabarettisten der »Distel«, die nach jeder ihrer Tourneen bei uns anrufen und ihren Appetit auf Kartoffeln, Wein (aus der Provence) oder Fleisch bekunden. Sie und viele andere als unsere Kunden zu bezeichnen, wäre beinahe eine Beleidigung, denn uns verbindet die Suche nach anderen Wegen, Offenheit und Freundschaft. Kaum ein Wochenende vergeht, ohne daß der eine oder der andere, meistens gleich mehrere von ihnen, zu uns auf den Hof kommen, aus Ost oder West, um uns näher kennenzulernen, mitzuhelfen oder gemeinsam zu feiern. Kürzlich erklärte uns ein Agrarstudent, der mit seiner Bande von Freunden angerückt war, um uns beim Bau eines Unterstandes für die Kühe zu helfen, es sei beruhigend zu wissen, daß es uns gibt. Wir wollten dann noch wissen, ob er uns etwa als Ruhekissen genießt. Als er wieder abfuhr, hatte er den Aufruf des Europäischen Bürgerforums zur Unterstützung der demonstrierenden Studenten in Belgrad in der Tasche und die Idee im Kopf, mit seinen Freunden mehr zu machen, als einmal im Monat auf den Straßen der künftigen Hauptstadt zu demonstrieren.

Das klingt alles interessant. Was wird aber die Zukunft des Ulenkrugs sein? Neben all dem Unvorhersehbaren, das die Entwicklung um uns herum mit sich bringt, haben wir die ersten sechzehn Schafe gekauft, um uns nicht einseitig auf die Mutterkuhherde festzulegen. Im vergangenen Herbst haben wir Weizen und Dinkel als Brotgetreide und Tritikale für die Schweine und Hühner angebaut, und im Winter haben wir das Holz gefällt für den Ausbau unseres Wohnhauses sowie das Brennholz für den nächsten Winter. Für Februar bereiten wir eine Tagung in Potsdam über »Wirtschaft von unten« vor, gemeinsam mit der »Bürgerinitiative für Sozialismus, Freiheit Gleichheit und Mitmenschlichkeit«, um mit den unterschiedlichsten Selbsthilfegruppen über die Zukunft zu diskutieren. Dann kommt schon bald der nächste Frühling, und bis dahin sind wir auch manchmal unter uns und genießen die Ruhe eines Schneesturms...●

Jürgen

(aus »Nachrichten aus Longo mai«, Nr 67, Februar 97)
Hof Ulenkrug, Dorfstrasse 68, D-17159 Stubbendorf, Tel./Fax 039959/23881

INDUSTRIEBRACHE KÖLN-MÜLHEIM-NORD – ÜBERLEGUNGEN ZU EINER »GEMEINWESENSORIENTIERTEN« NUTZUNG

»Modell Mülheim – Nachbarn packen an«

Das Viertel Köln-Mülheim-Nord und die Industrie haben von Beginn dieses Jahrhunderts an eine gemeinsame Geschichte: Mit der Entwicklung der Draht- und Kabelwerke entstand und wuchs das Viertel, und zum Schichtwechsel strömten die Leute zu Tausenden über die Brücke, die das Bahngelände überquert von und zur Arbeit. Die Arbeitsplätze sind weg. Von ehemals 15.000 Beschäftigten arbeiten bei F&G noch weniger als 1.500.

Von Peter Bach, Köln ● Das Böcking-Stahlwerk, Pagenstecher und viele andere sind in den letzten 30 Jahren verschwunden. Im ehemals pulsierenden Industriearbeiterstadtteil herrscht heute Arbeitslosigkeit und Armut. Von den 8.200 BewohnerInnen des unmittelbar an das Brachgelände angrenzenden Wohnviertels (5.800 im erwerbsfähigen Alter) sind vermutlich über 1.500 arbeitslos gemeldet (über 30%) – viele Langzeitarbeitslose, viele Jugendliche. Diejenigen, die Jobs haben, besonders die Frauen, arbeiten zunehmend in ungeschützten Niedriglohnverhältnissen, mit denen sie sich ebenfalls immer mehr der Armutsgrenze nähern.

Die Perspektiven für das Viertel sind nach der Erfahrung der letzten Jahre und der derzeitigen Politik unschwer vorstellbar: Die Wohnsituation wird immer schlechter, an den Häusern wird weniger gemacht.. Leute, die es sich leisten können, ziehen weg, die sich die teureren Wohnviertel nicht mehr leisten können, ziehen hin, und es entsteht eine Spirale, welche für viele Politiker und gut situierte Bürger eine angenehme Lösung ist: Das Elend wird in bestimmten Stadtvierteln konzentriert und stört im restlichen Stadtgebiet weder Bürger noch Touristen. Jagt man die Junkies noch dorthin, ist der Abstieg des Viertels perfekt.

Gewerkschaftlicher und politischer Widerstand gegen Entlassungen, für Arbeitszeitverkürzung, gegen die Auflösung der Schutzbestimmungen der Tarifverträge, gegen die Ausweitung von ungeschützten Arbeitsverhältnissen bilden eine Widerstandslinie, die zwar am Lohnsystem nicht rüttelt, aber der ungehemmten Verarmung und Barbarei – eine Folge derzeitiger Politik – entgegenarbeitet. Die Frage ist nun, ob lokale gemeinwesenorientierte Entwicklungskonzepte nicht eine weitere Linie sind, sozialen Verfall aufzuhalten, und zusätzlich noch dadurch die Möglichkeit besteht, positive Gegenkonzepte zu entwikkeln und in der Praxis zu erproben.

Dafür bietet der Stadtteil besondere Voraussetzungen:

a) Es handelt sich um einen Stadtteil, an dem ein großer Teil der Leute hängen und in dem sie gern leben, mit relativ geringer Fluktuation;
b) Er verfügt noch über eine einigermaßen funktionierende Infrastruktur, was verkehrsmäßige Anbindung, Versorgung mit Läden, Kneipen, Markt und Banken angeht;
c) Er hat Einrichtungen, Projekte und Vereine mit langjähriger Geschichte, großer Erfahrung und Bekanntheit im Viertel und mit einer relativ großen Zahl von Menschen unterschiedlichster Couleur, die viel Zeit und Energie in die soziale und kulturelle Zukunftssicherung dieses Stadtteils stecken. Bei ihnen hat sich ein großer Erfahrungsschatz von Hausbesetzung bis Sozialbetreuung, Kooperation miteinander, mit Fachleuten und mit Politik und Verwaltung, Konfliktlösung und Organisation angehäuft. Sie arbeiten zum Teil schon 20 Jahre hier, sind miteinander bekannt, kooperativ und vernetzt und gemeinsam bestrebt, sich nicht nur mit der sozialen Begleitung einer zunehmenden Verarmung zufrieden zu geben, sondern Auswege zu suchen und zu gehen, die eine positive Entwicklung für Menschen und Viertel ermöglichen.

Was könnte das industrielle Brachgelände für eine positive Entwicklung für das Viertel und die Menschen bewirken?

Es könnte mit Projekten mit Leuten begonnen werden, die bereit und in der Lage sind, Gebäude zum Wohnen und Arbeiten nach ihren Vorstellungen hochzuziehen, und ein Gelände für anschließende Tätigkeiten vorzubereiten. Zum Start wäre es schon ideal, wenn es gelänge, ein vorgestelltes Baurecyclingprojekt aufzuziehen: Es bietet vielfältige sinnvolle und, wenn wir Glück haben, kreative Tätigkeit. Wir können das Material für weitere Projekte verwenden und können Erfahrungen sammeln, zeigen, daß wir Projekte umsetzen können und Vertrauen für weitere Initiativen sammeln und zwar überall: Bei uns, den Leuten im Stadtteil, den Politikern, Fachleuten und Behörden (abgesehen davon, daß einige, die dabei sind, dieses Vertrauen schon erworben haben).

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zu dem Wohnviertel und eine entsprechende Einbeziehung der Leute bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung vielleicht Mithilfe von »Planning for Real« mit dem neuen Namen: »Modell Mülheim – Nachbarn packen an« wird dieses Vorgehen eine große Ausstrahlungskraft auf das Viertel haben und die Kreativität der Leute zur Entfaltung bringen.

Damit gelingt es uns dann vielleicht eher, Projekte durchzusetzen, die von Anfang an mit konzipiert sein sollten, bei denen aber geringe Erfahrung vorliegt, die Skepsis noch entsprechend groß und die Bereitschaft zur Unterstützung noch sehr gering ist: Von Markt und Staat unabhängige Projekte, die den Leuten eine sinnvolle Tätigkeit in demokratischen Organisationsformen geben zum Nutzen des Viertels und der Leute. In unseren Diskussionen ist mehrfach herausgestellt worden, daß wir uns an einem Wendepunkt der Entwicklung der Industriegesellschaft befinden und neue Konzepte zur Frage der Arbeit und sozialen Sicherung zu entwickeln sind. Wenn wir es hier schaffen, daß diese Ansätze nicht nur gedacht, sondern mit den Menschen eines Viertels, mit engagierten und erfahrenen Menschen und Einrichtungen/Initiativen bearbeitet und umgesetzt werden, erhalten sie eine Innovationskraft für Zukunftsprojektionen für ein »besseres Leben in entwickelten Industriegesellschaften«. Diese Chance ist meiner Ansicht in Mülheim gegeben.

Welche Randbedingungen müssen erfüllt sein, damit unser Konzept »Bauen-Wohnen-Arbeiten« an dieser Stelle zum Tragen kommt?

a) Das Gelände muß bebaubar und bewohnbar sein.
b) Die entsprechenden politischen Gremien müssen das Gelände für ein solches wirtschaftliches, soziales und gewerbliches Projekt zur Verfügung stellen.
c) Es müßte dann in Zusammenarbeit mit potentiellen Trägern, Förderern, Teilnehmern und den Menschen im Stadtteil ein Konzept erstellt werden.
d) Die Finanzierung wäre wahrscheinlich ein Mischkonzept aus staatlicher Förderung und Bezuschussung, privater Einlagen und Spenden (von wem?).
e) Die Wirtschaftlichkeitsrechnung wäre ebenfalls ein Mischkonzept, Ziel müßte aber sein, daß sich die Projekte unter der Voraussetzung kostenfreier Infrastruktur selber tragen.

Mögliche Tätigkeitsfelder:

Aus den sozialökonomischen, feministischen und ökologischen Zusammenhängen gibt es da ein breites Erfahrungs- und Ideenspektrum aus dem wir schöpfen können.

a) Der Anfang könnte das Bauen und Instandhalten von Wohn- und Wirtschaftsräumen und -gebäuden und Wohn- und Arbeitsgelände sein.
b) Nützlich wäre ein Handwerkspool von Innen- und Außenbau, Gärtner, Schreiner, Schlosser (auch Kfz, Motorrad, Fahrrad), Elektrik, Elektronik, um die Bedürfnisse nach Reparatur, Instandhaltung und Pflege der Gebäude und Gerätschaften der Bewohner des Geländes und der umliegenden Viertel zu befriedigen.
c) Recyclinghof zur Erhaltung und Wiederherstellung von Baumaterialien und wertvollen Wohn- und Ausrüstungsutensilien.
d) Kantine, das Café bietet ja schon der Bunker.
e) Zusammenarbeit mit Biobauern zur Versorgung mit guten Lebensmitteln und zur gegenseitigen Unterstützung von Stadt- und Landprojekten.
e) Sozialstation zur Betreuung von alten, gebrechlichen und kranken Menschen und Kindern im Viertel. Einrichtung eines Systems, das die Leute als Teil des Viertels behandelt und sie nicht zur kostengünstigen Unterbringung in Betreuungseinrichtungen abgeschoben werden.
f) »High Tech Self Providing«: Hochtechnische Herstellung von Waren hoher Qualität in kleiner Stückzahl, die durch den Einsatz sog. »Low Scale-Technologien« (R. Stransfeld) möglich wird.

Danach stellt sich die Frage der Organisationsform des ganzen Projekts: gemeinnütziger Verein, Genossenschaft, selbstverwaltet.

Das sind nur Ansätze und Möglichkeiten. Bei so einem Projektsystem wäre es falsch und unsinnig über die Beteiligten hinweg komplette Konzepte aufzustellen.

Die Aufzählung zeigt, daß auch das Konzept der Äquivalente (gleichwertiger Gegenwert) zu den Waren und Dienstleistungen nicht allein Geld sein kann, a) weil die Leistungen dann unerschwinglich werden; b) weil es das ist, was die Leute genau zuwenig haben. Es muß als ein Äquivalent sein, über das sie verfügen, mit dem sie wirtschaftlich aktiv sein können, und das sind ihre Zeit und ihre Fähigkeiten. Darüber können sie verfügen, ohne daß es ihnen jemand nehmen könnte, und das ist unser hauptsächliches Kapital (s. R. Stransfeld, C. Müller, U. Beck, R. Kurz). Dadurch würde ein Konzept mit neuen Prioritäten geschaffen und die Nachfrage im Viertel aktiviert und erfüllt.●

aus Kölner Volksblatt / Mai 97

Anzeige

NACH SECHS JAHREN ENGAGIERTER PRODUKTION:

Schließung der Sottrumer Demeter-Molkerei

Am 18. April war letzter Produktionstag bei der Demeter-Molkerei in Sottrum (20 km östlich von Bremen). Die Molkerei wird als Immobilie verkauft, der Betrieb nicht wieder in fremder Regie aufgenommen.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Seit November letzten Jahres stand fest, daß Ende '97 Schluß sein sollte. Am 1.1.98 tritt eine neue EG-Hygieneverordnung in Kraft: Investitionen für Gebäude, Maschinenstand, Labor und Sozialräume, Duschen, Umkleiden ... in den entsprechenden Mindestgrößen wären spätestens dann nötig gewesen. Für diese Aufwendungen war die Investitionsbasis nicht vorhanden. Jan-Uwe Klee, Interims-Geschäftsführer der Molkerei und Demeter-Landwirt aus der Region: »Einige 10.000,– Mark hätten da nicht ausgereicht.«

14 Landwirte als Molkerei-Inhaber

Zusammen mit 13 weiteren Demeter-Landwirten war er Inhaber der »Bäuerlichen Gemeinschaftsmolkerei Sottrum GmbH & Co. KG«. Mitte '91 als die ehemalige Molkereigenossenschaft Sottrum mit der Molkerei Elsdorf fusionierte und die Produktion nach Elsdorf verlagert wurde, hatten die Landwirte unter anderem mit Hilfe der anthroposophischen GLS-Bank aus Bochum die Molkerei gekauft, um sie in Eigenregie fortzuführen. Schon damals zeigte sich, daß die Produktion von regionalen Molkereiprodukten ein steiniger Weg ist. Jan-Uwe Klee: »Wir hatten mit einem Zuschuß für die Erfassungskosten für Biomilch gerechnet.« Der wurde aber als bundesweit wirksamer Beschluß von Brüssel abgeschmettert wegen Wettbewerbsverzerrung im Hinblick auf die konventionellen Molkereien. 'Erfassungskosten' sind die Kosten, die durch die Fahrten des Milchtankwagens über die Dörfer zu den Bauern entstehen. Da die Demeter-Höfe selten sind und weit verstreut liegen, entstanden der Molkerei Erfassungskosten von über 10 Pfennig je Liter. Große Molkereien rechnen hier mit nur 1 bis 2 Pfennig. Ab jetzt liefern die Demeter-Bauern wieder wie ihre Kollegen ohne Bio-Siegel an die verschiedenen großen Molkereigenossenschaften der Umgebung.

In besonderer Weise zeigt sich hier, wie knallhart und nüchtern gerade idealistische Ideen durchgerechnet und gesteuert werden müssen, um eine Existenzchance zu haben. Die Ideale werden ja selten vom Konsumenten angemessen honoriert, schlagen aber kostenmäßig voll zu Buche. Der Geschäftsführer: »Das breite Sortiment war ein gewolltes aber zu teures Anliegen.« Hohe Technik- und

Die Molkerei Sottrum bei Bremen: Aus einem Betrieb wird eine Immobilie. Ein Ort mit Geschichte verliert seine Aufgabe, seinen typischen Geruch, seine Individualität – sein Wesen. Foto: Götz Paschen

Personalkosten waren die Folge. Der Trend in großen Molkereien ist, entweder nur »weiße Linie« oder nur »gelbe Linie« zu produzieren. 'Weiße Linie' ist der Frischebereich, wie Milch, Quark und Joghurt. 'Gelbe Linie' wären Käseprodukte. Wobei Butter und Schichtkäse in beiden Linien möglich sind.

Mangelnde Solidarität auf dem Naturkostmarkt

Handwerkliche Erzeugung, nur 2 Millionen DM Jahresumsatz, ein unsolidarischer Markt und steigende Energie- und Lohnkosten waren insgesamt ein zu scharfer Gegenwind für die Bäuerliche Gemeinschaftsmolkerei. Jan-Uwe Klee: »Der Naturkostmarkt ist nicht ganz einfach: Viele Individualisten, sehr große Einbußen in den Ferienzeiten ...« dazu kamen noch gelegentliche Qualitätseinbußen bei der Milch im Sommer. Während die Bauern und ihr Betriebsleiter bemüht waren, eine breitgefächerte Produktpalette in handwerklicher Herstellung zu produzieren, schielte auch der Naturkostmarkt maßgeblich nach Preis und Qualität. Der Geschäftsführer: »Großhändler, die distanziert zu uns standen, jammern jetzt, daß ihnen unsere regionalen Produkte fehlen.«

Mit dem Kauf 1991 war die Entscheidung gefallen, die Produktion der Demeter-Linie der ehemaligen Molkerei Sottrum nicht auf die Demeter-Höfe zu verlagern, sondern weiterhin zentral zu verarbeiten. Das hieß aber, daß im Gegensatz zur Hofverarbeitung dann die Lohnkosten nicht in die Familien und Höfe zurückfließen sondern von den Höfen in den Verarbeitungsbetrieb wegfließen. Jan-Uwe Klee rückblickend: »Mit der Molkerei geht ein Stück bäuerlicher Solidarität über den Deister. Wir sind in die Sache zu blauäugig hineingegangen: Zu wenig Eigenkapital, zu wenig Know-how. Wir hätten uns auch in die Betriebsüberwachung viel mehr einbringen müssen.«

10 Arbeitsplätze weniger

Seit 15. November '96 ist er nun Geschäftsführer neben seiner Landwirtschaft. Mit Produktionsende verlieren vier Vollzeit-und sechs Teilzeitkräfte ihre Anstellung in der Molkerei. Auch da lag ein Problem des Betriebes. Während die Bauern als Rohstofflieferanten mit in das Risiko gingen, waren Angestellte und Betriebsleiter beschäftigte Lohnempfänger. Möglicherweise eine zu konventionelle Idee, die von allen Beteiligten und gerade den Verantwortlichen sowohl einen scharfen Blick auf den Produktionsprozeß als auch auf die Zahlen verlangt.

Aussichtslose Rettungskonzepte

Die Molkerei ist nicht mehr zu retten. Jan-Uwe Klee: »Wir haben fast alle Konzepte, die es gegeben hätte durchgearbeitet. Die Kostenvorschau auf die nächsten Jahre war zu duster.« Wachstum in Verarbeitung und Verkauf war geplant mit Vermarktung von den Bioprodukten über Supermarktketten.

Eine neue Finanzbasis hätte ebenfalls hergemußt. Denn bereits Ende '97 hätte investiert worden sein müssen, um die EG-Verordnung zu erfüllen. Daneben wäre in '98 eine Zertifizierung und Produktion nach DIN mit einem zweiten Kostenschub ins Haus gestanden. Das fordert der Markt, fordern die Großabnehmer. Der Perfektionismus in der Lebensmittelindustrie ist extrem stark. Unregelmäßigkeiten bei Produkten darf es nicht geben.

Produktion war nicht konkurrenzfähig

Die Molkerei mit ihren 1,5 Millionen Litern jährlich war einfach auch sehr klein – zu klein? Der Geschäftsführer: »So eine Molkerei wie uns gibt es nicht mehr. Mit unserer Milchmenge waren wir das letzte Exemplar.« Ausweitung durch Verarbeitung eines zweiten Bio-Siegels wie zum Beispiel »Bioland« hätte zu einem hohen Mehraufwand geführt. Die Herstellung zusätzlich von konventionellen Produkten hätte nicht konkurrenzfähig geleistet werden können. Über eine Beschränkung der Produktpalette hätte man viel früher nachdenken müssen.

Liquidierung

Jetzt geht es um Schadensminimierung. Es gibt Betriebe, die an Teilen der Betriebsausstattung interessiert sind: Saftmostereien (bei den Anlagen), Höfe, die ihre Milch selbst verarbeiten, Winzer (bei der großen Flaschenwaschmaschine) ... und zuletzt der Edelstahlverwerter. Die Immobilie wird nicht über Makler sondern direkt verkauft. Jan-Uwe Klee: »Da die Lage interessant ist, haben schon einige Menschen gemerkt. Diese Ecke ist in Sottrum ein Sahnestück.«

Die Bäuerliche Gemeinschaftsmolkerei war ein konsequenter Ansatz in die richtige Richtung. Die Landwirte ziehen sich ernüchtert aus ihrem Engagement in der Milchveredelung zurück. Und die Konsumenten kaufen nun indirekt wieder Milch und Käse in anderen Bundesländern ein. Weitere Wege, größere Distanz zum Produkt – Unsinn aber Realität.●

INDIEN

50 Jahre Unabhängigkeit – auch für Adivasi?

In diesem Jahr erinnert man sich in zahlreichen Ausstellungen, Sondersendungen, Sonderbeilagen, kulturellen Veranstaltungen, Seminaren und dergleichen mehr an das Ende des vornehmlich britischen Kolonialismus in Indien.

Von Yan-Christoph Pelz, Heidelberg ● Als Beispiel sei eine Vortragsreihe der Deutsch-indischen Gesellschaft Darmstadt (1) herausgegriffen, die sich unter dem Titel »Indien – eine fremde Welt?« mit den unterschiedlichsten Facetten des asiatischen Subkontinents befaßt. Einer der angekündigten Vorträge befaßt sich u.a. sogar mit Adivasi, den UreinwohnerInnen Indiens. Sogar?

Angesichts einer solchen Fülle von Veranstaltungen ist es doch verwunderlich, daß man sich nicht mehr mit der indigenen Bevölkerung beschäftigt. Es drängt sich der Eindruck auf, daß nur das offizielle Indien präsentiert werden soll – das Indien der im Kastensystem gut aufgehobenen Menschen. Das trifft nämlich auf den Großteil der Adivasi nicht zu: Sie sind nicht nur nicht gut aufgehoben, sondern leben vielmals außerhalb dieses Gesellschaftssystems. Das hat u.a. dazu geführt, daß sie von anderen Bevölkerungsschichten ausgenutzt wurden, auch um als billige Arbeitskräfte in den vielen Teeplantagen in ganz Indien zu dienen (2). In ganz Indien?

Nein, in den Nilgiris-Bergen (Südindien – Gudalur, im Länderdreieck Tamil Nadu, Karnataka und Kerala) macht es eine kleine Organisation namens ACCORD (Action for Community Organisation, Rehabilitation and Developement) seit 1986 möglich, daß zumindest fünf Adivasi-Stämme nach und nach ihre Unabhängigkeit wiederfinden. Die wichtigsten Punkte des ganzheitlichen Programms dieser Nicht-Regierungs-Organisation sind Bewußtseinsbildung, einkommensfördernde Maßnahmen, Selbstorganisation und Gesundheitsförderung. Ziel dabei ist es, gegen Armut und gesellschaftliche Isolation der UreinwohnerInnen vorzugehen. Dies hieß anfangs zunächst einmal: den Adivasi dabei helfen, ein neues Selbstbewußtsein zu entwickeln. Der Anfang war sehr schwer, jedoch heute besteht das ACCORD-Team fast ausschließlich aus Adivasi. Sie bieten juristische Beratung bei Landrechtsfragen an, betreiben eine Teepflanzenzucht, leiten ein eigenes Krankenhaus u.v.a.m. (3)

In diesem Krankenhaus liegt auch die Keimzelle der Zusammenarbeit mit einer deutschen Solidargruppe. Im Sommer 1991 famulierten nämlich zwei Medizinstudentinnen im Krankenhaus in Gudalur. Zu jener Zeit gehörten sie noch zu den Menschen, die eine Zeitlang bei ACCORD leben und dann wieder gehen. Nach der Rückkehr der beiden ergab sich aus ihren Erzählungen, daß in deren StudentInnengemeinde genügend Menschen bereit waren, regelmäßig für das Krankenhaus zu spenden. »Wir waren beeindruckt,« strahlt Mari Thekaekara, Mitgründerin von ACCORD, »und wir erlebten die legendäre deutsche Effizienz: die Unterstützung kam ohne Unterbrechung mehrere Jahre hintereinander.«

Im Sommer 1994 hatten sich genügend Menschen zusammen gefunden, um eine ACCORD-Delegation durch die BRD reisen zu lassen. Dabei stellten sie die Situation der Adivasi als diskriminierte Minderheit in der indischen Gesellschaft und ihr Entwicklungskonzept vor und sprachen Themen wie z.B. die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungen auf das tägliche Leben in den Nigirisbergen an. Aus Maris Sicht war die Tour »wirklich lohnend«. Sie berichtet von dem bei diesen Begegnungen entstandenen Vorschlag, »in Deutschland Spenden für den Kauf einer Teeplantage, die das Adivasi Gesundheits- und Bildungsprogramm finanzieren soll, zu sammeln.«

Für die Adivasi bedeutet die Plantage jedoch weit mehr als die wirtschaftliche Grundlage für ihre gemeinschaftlichen Institutionen. Bei einer ihrer Vollversammlungen war Konsens, daß die Teeplantage ihre neue kulturelle Grundlage bilden wird. Das ist vor dem Hintergrund zu verstehen, daß sie ursprünglich von und in den Wäldern lebten, bis sie daraus verdrängt wurden. Die Teeplantage liefert ja nicht ausschließlich Tee in Monokultur, sondern hat auch schattige Bereiche, und in einigen Parzellen können auch Lebensmittel für den eigenen Bedarf angebaut werden. Somit bildet die Plantage das Herzstück ihrer wahren Unabhängigkeit. Der finanzielle Ablauf ist so geplant, daß die ökumenische Entwicklungsbank EDCS einen Kredit für den Kauf selbst bereitstellt und hauptsächlich in Deutschland Spenden gesammelt werden, die zu 100% in die Rückzahlung diese Kredites fließen (4).

Die bisherige Tee-Story sieht im Rückblick so aus: Als Stan – Maris Ehemann und ebenfalls Mitgründer von ACCORD – mit dem Projekt beginnen wollte, mußte er von Feld zu Feld gehen und »buchstäblich darum betteln, daß die Adivasi sich daran beteiligen.« Immer wieder bekam er zur Antwort: »Das geht doch nicht, wie können wir als Adivasi TeepflanzerInnen werden?!« Seine Deutung: »So tief saß bei ihnen das Gefühl der eigenen Minderwertigkeit...« Einige ließen sich trotzdem dazu bringen, es auf verstreuten Parzellen zu versuchen. »Heute sind 1.200 Familien mit insgesamt 175ha Land am Projekt beteiligt, und jedes Jahr kommen 300 Familien hinzu,« berichtet Stan stolz. Und wie stellt er sich die Zukunft vor? »Eine zusammenhängende Plantage, bald auch eine eigene Teefabrik, betrieben von einer »Adivasi tea company« – das sind unsere Träume für die Unabhängigkeit der Adivasi...«●

Advasi-Tee-Projekt, c/o Yan-Christoph Pelz, Türmergasse 8, D-69124 Heidelberg, Tel./Fax (0 62 21) 78 39 95, email: pelz@jerry.iued.uni-heidelberg.de, Internet: http://www.dsk.de/rds/19731.htm

Veranstaltung: 26. Juni 1997, 18 Uhr, Karlstorbahnhof, Emil-Julius-Gumbel-Raum, Heidelberg

Anmerkungen:

1) Details im Internet unter: http://www.th-darmstadt.de/events/dig/index.html
2) vgl. Laurien van den Hoven, *Tee mit bitterem Beigeschmack:* Adivasi auf den Teeplantagen, in: progrom 171, Juni/Juli 1993, S. 19
3) Das Gudalur Adivasi Hospital. Detaillierte Informationen über ACCORD können bei oben angegebener Adresse bestellt werden, einschließlich einer Dokumentation über die geplante Übergabe aller Verantwortung von ACCORD auf die Adivasi selbst.
4) Details zu Spenden, Organisation, Solidargruppe »Adivasi-Tee-Projekt« etc. können bei oben angegebener Adresse angefragt werden.

Anzeige

SÜDAFRIKA –
Verhältnismäßig neu

Das neue Südafrika – nach dem Ende der Apartheidspolitik und der Aufhebung der Handelsschranken Hoffungsträger für einträgliche Wirtschaftsbeziehungen. Den Armen nützt das nicht. Durch den Trend zur neoliberalen Wirtschaftspolitik werden die sozialen Probleme noch verschärft.
In den Armutssiedlungen des Großraums Kapstadt unterstützen wir die Einrichtung von Sozial- und Gemeindezentren & selbstbestimmte Kulturprojekte. Unser Weg zur Unterstützung Südafrikas beginnt von unten.

Bitte fordern Sie weitere Informationen an.

BON

Bitte schicken Sie mir kostenloses Infomaterial über das medico-Projekt in Luena und Hintergrundinformationen.

Name: _____

Adresse: _____

_____

Spendenkonten:
Stichwort »Südafrika«
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)

medico international

medico international
Obermainanlage 7 · 60314 Frankfurt
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
WWW: http://home.t-online.de/home/medico.de

UNVERBESSERLICHE ALT-NAZIS

Das Vermächtnis der Haverbecks

Werner Haverbeck gehörte seit 1929 der Reichsleitung des NS-Studentenbundes an, 1933 wurde er Leiter der »Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit«. Ab 1940 arbeitet er für die Nazi-Rundfunkpropaganda in Dänemark, später in Südamerika. Seit Mitte der siebziger Jahre konnte er sich in ökologischen Fragen einen Namen machen. Sein Collegium Humanum wurde zu einer Drehscheibe für weit rechts stehende ökologische, spirituelle und politische rechtsextreme Strömungen. In den Räumen des Collegium Humanum fanden auch die Vorbereitungen der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers statt (1).

Von Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka ● Mit seinem Buch »Rudolf Steiner – Anwalt für Deutschland« (1989) versuchte er, Steiner für das rechtsextreme Lager zu vereinnahmen, was heftige Reaktionen innerhalb der Anthroposophie auslöste, die sich zumeist vehement von Haverbecks Aussagen distanzierte. Gegner der Anthroposophie führen seitdem Haverbeck als Kronzeugen an, um ihre simplifizierende These der Rassismusanfälligkeit und rechtsextremen Gesinnung aller Anthroposophen zu belegen. Dabei wird der starke linksliberale und auch konservative Flügel der modernen Anthroposophie »übersehen«.

1995/96 gab Werner Haverbeck gemeinsam mit seiner Frau Ursula im rechtsextremen Tübinger Grabert Verlag zwei Bücher heraus (2), die als das »Vermächtnis der Haverbecks« angesehen werden können. Darin wird eine vom Sittenverfall und gefährlicher sexueller Frühaufklärung geprägte korrupte Gesellschaft gezeichnet. Schuld sei eine zur »Parteienkratie« verkommene Gesellschaft, wobei die Demokratie als eine den Deutschen 1919 und 1945 aufgezwungene Staatsform, die »notwendigerweise in die Anarchie führe«, beklagt wird (3). Offensichtlich in Bezug auf das Verbot der NS-Wiederbetätigung beklagt Haverbeck die BRD als ein Land, das keine geistige Freiheit zulassen würde und politisch Andersdenkende verfolge. Gewisse Paralellen werden unterschwellig zum Stalinismus hergestellt, das Dritte Reich wird bezeichnender Weise mit keiner kritischen Anmerkung erwähnt. Als Hort des Übels orten die Haverbecks ferner die USA, die über kein »einheitliches« Volk verfüge, sondern lediglich über eine »Menschenmasse«, »die weder ethnisch, noch kulturell, noch ursprünlich in ihrer Sprache einheitlich ist. Ein multikulturelles Konglomerat!« (4)

Dem Trend der Zeit folgend greifen auch die Haverbecks verstärkt auf die seit Jan van Helsing boomenden Weltverschwörungstheorien zurück. So sei den Deutschen immer schon von außen eine ihnen nichtgemäße Staatsform aufgezwungen worden, das politische »Umerziehungsprogramm seit 1945« werde auch immer mehr von Deutschen selbst vorangetrieben. Der fehlende rechte Geist der Jugend wird beklagt, die wahren kritischen Geister orten die Autoren bei den über sechzigjährigen Menschen. Doch immerhin rege sich wegen dieser Fremdbestimmung Widerstand. Die Suche nach der dem Deutschen wesensgemäßen Staatsform habe begonnen.

Diese wesensgemäße Staatsform finden die Haverbecks, einer alten rechtsextremen Traditionslinie folgend, im völkischen Staat und in der organischen Volksgemeinschaft, die gegen die multikulturelle Gesellschaft ein Bollwerk bilden sollen. Heute freilich sei die Degeneration so weit fortgeschritten, daß jede Liebe zum eigenen Volk sogleich als »faschistisch« verurteilt werde. Aber der Volksorganismus verlange »eine andere, eben deutsche Politik«. »Volkstum, Volksseele und Volksgeist sind geistige Wesenheiten, die unabhängig vom einzelmenschlichen Willen und Handeln existieren.« (5)

Zur Untermauerung ihrer Thesen greifen die Haverbecks massiv auf mythische Elemente, wie z.B: auf jene Edda zurück, wobei auffällt, daß die einstige Begeisterung für »Mutter Erde« bei den beiden Autoren deutlich einer Verehrung eines mythischen Sonnenkultes gewichen ist. Dieser heidnische Sonnenkult soll – wenn es nach den Haverbecks geht – mit einem »deutschen Christentum« verbunden werden, wobei die Tradition der in der Frühzeit des NS-Staates relevanten Strömung der deutschen Christen neu beschworen wird. »Es ist dies ein Christentum, daß (sic!) seinen geistigen Charakter aus dem Norden ableitet und aus den Mysterien der Antike.« (6) So sei das Christentum im »kultisch-germanischen Raum« mit der »Rune der Sonne« vereint. Fazit der Haverbecks: »Deutschland ist eine religiöse Aufgabe.« (7)

Welche gesellschaftliche Alternative enthält das Vermächtnis der Haverbecks? Wie in früheren Werken beschwören sie wie bereits erwähnt den völkischen, den »organischen« Staat, ein (angeblich) identitätsstiftendes »Europa der Vaterländer« gegen das Europa der Regionen der EU. Betont anthropozentrisch wird postuliert, daß dabei der Mensch allein zur Freiheit berufen sei. (8) Religion wird laut der Vision der Haverbecks nicht mehr Privatsache, sondern für alle verpflichtend sein, wobei sonnenkultische Gesellschaften wie jene der Inkas oder wie jene der angeblich sonnenmythisch geprägten Germanen als Vorbilder dienen. Der neue Volksführer soll dabei eine Art moderner Neuauflage des Pontifex Maximus sein, »ein wahrhaft großer »Brückenbauer« zum Volksgeist, zur spirituellen Wesenheit des jeweiligen Volkes hin.« (9)

Das Motto lautet: »Nicht herrschen, sondern führen.« (10) Demokratie ist dabei freilich nicht mehr angesagt, sondern die mit dem Pontifex Maximus verbundene Führerschaft einer (vermutlich rechtsextremen) geistigen Elite: »Es geht nicht darum, was ein Egozentriker, ein Drogenabhängiger () oder die manipulierte Verbrauchermasse will, sondern was die freien, ihrer jeweiligen Volkskultur verpflichteten Vordenker suchen.« (11)

Für das deutsche Wesen sei »das Reich« die angemessene politische Ordnungsform, wobei die Haverbecks voller Bewunderung vom deutschen Kaiserreich und vom »Preußentum« schwärmen, die beide das »Reich ... als Ganzheit politischer und religiöser Werte« auffaßten. Als zersetzend für das Streben des deutschen Wesens nach dem »Reich« werden die EU und UNO dargestellt, wobei jede Stellungnahme zum »Dritten Reich« – immerhin auch eine wesentliche deutsche Reichsgründung auf religiös/mythisch-politischer Grundlage – geradezu peinlichst vermieden wird. Für den Leser schwingt aber unausgesprochen der Eindruck mit, daß auch dieses Dritte Reich der Nationalsozialisten, das ja die geistige Jugend-Heimat der Haverbecks war, ein harmonisches Produkt für das deutsche Wesen gewesen sei. Ein neues deutsches Reich solle sodann von einem Orden nach dem Vorbild der Benediktiner geleitet werden, von einem »Orden für Staatsdiener«, einem »ordo teutonicorum«, der sich nicht mehr mit demokratischen »Einzelinteressen« abmühen muß. (12)

So wie die Haverbecks keine Stellung zum Dritten Reich abgeben, so verzichten sie auch weitgehend auf die Bezugnahme auf bekannte rechtskonservative oder rechtsextreme Autoren bzw. Philosophen. Vielmehr versuchen sie, mit vielfach eher unverfänglichen Namen ihre Ideen aufzuwerten:

- von Rudolf Steiner wird dessen Volksgeisterkonzept übernommen, das leicht völkischen Ideen einverleibt werden kann, dessen Betonung der menschlichen Individualität, die über den Rassen/Völkern stehe, wird negiert.
- Ernst Cassirer und Ernst Bloch suggerieren einen weltoffenen Geist der Autoren, werden aber nur bruchstückhaft rezipiert
- Silvio Gesell, der zur Zeit sowohl eine linke/anarchistische, als auch eine rechtsextreme Rezeption erfährt, fehlt auch bei den Haverbecks nicht
- Eugen Drewermann wird durch seinen Slogan »Revolution plus Seele« interessant, der aber in rechtsextreme Ordenskonzepte eingezwängt wird
- schließlich muß auch ein »Fithjof Kapra« (13) – gemeint ist Fritjof Capra – für die Erwähnung einer lebendigen Erde herangezogen werden, die gegenüber den sonnenkultischen Ambitionen der Haverbecks aber ein Schattendasein führt.

Wie eingangs erwähnt, sind die Haverbecks für die rechtsextreme und neonazistische Szene wichtige Ideengeber. Durch ihre Wurzeln im NS-Staat und die bewegte Geschichte des Collegium Humanum eignen sich die beiden hochbetagten rechtsextremen Denker zur Entwicklung des Ersatz-Mythos der mütterlichen/väterlichen »Weisen« der Szene, die durch ihre Personen und durch ihre ideele/ideologische Kontinuität die Verbindung zwischen dem Dritten Reich und der modernen rechtsextremen/neonazistischen Szene symbolisieren. Dabei wird die durch das Vermächtnis der Haverbecks wiederbelebte, auch im Nationalsozialismus nachweisbare Ideologie des völkischen Staates in Verbindung mit autoritären spirtuell-politischen Ordensideen und einem christlich verbrämten Sonnenkult mit großer Wahrscheinlichkeit eine intensive Rezeption am rechten Rand unserer Gesellschaft erfahren.●

ANMERKUNGEN:

1) Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka: Mutter Erde, Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft, Wien 1989, S. 219f.
Jens Mecklenburg, AntifaReader. Antifaschistisches Handbuch und Ratgeber, Berlin 1996, S. 97
Jens Mecklenburg (Hg), Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 469f.
Oliver Geden, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996, passim.
AKE-Bildungswerk (Hg), Reader zum Collegium Humanum, Vlotho 1994.
2) Werner und Ursula Haverbeck, Der Weltkampf um den Menschen. Eine deutsche Selbstbesinnung, Tübingen 1995.
Dies., Der Weltkampf um die Gemeinschaft. Die Entwicklung der Demokratie zur Volksordnung, Tübingen 1996.
3) Haverbeck, Gemeinschaft, S. 17.
Die Quellen unserer Analyse der beiden Haverbeckbücher ist den beiden Werken, passim, zu entnehmen, nur Zitate werden gesondert gekennzeichnet.
4) Haverbeck, Gemeinschaft, S. 17.
5) Ebd. S. 18f, 36
6) Dies., Menschen, S. 86.
7) Ebd. S. 7, 147
So wird auch der bayerische Kruzifixstreit als Kampf um das germanisch-christliche Volkstum interpretiert. Laut den Haverbecks wehren sich die Befürworter der Schulkreuze gegen »die geplante Zerstörung gewachsener Volkskulturen«. (Ebd. S. 147).
Vergl. auch dies., Gemeinschaft, S. 127
8) Dies., Menschen, S. 132f und Gemeinschaft, S. 49.
In ihrem Bemühen, den aus den USA kommenden Bioregionalismus als blut- und bodentümelnde Strömung zu definieren, mußte für Jutta Ditfurth auch Haverbeck als »bioregionaler Kronzeuge« herhalten. Ditfurth übersieht dabei, daß der Deutschnationalismus Haverbecks auf dem Nationalstaat und nicht auf ökologischen Regionen aufbaut und daß der Anthropozentrismus, der Haverbecks nicht mit der deep ecology bzw. Tiefenökologie oder spirituellen Ökologie harmonisiert, die auch gerne von einigen linken Dogmatikern undifferenziert in ein bräunliches Eck gedrängt wird. (Jutta Ditfurth, Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus, Hamburg 1996).
9) Haverbeck, Gemeinschaft, S. 42-44, Zitat S. 43
Bezeichnenderweise beantworten die Haverbecks die selbst gestellte Frage, wie denn so ein zur Führung berufener Pontifex Maximus gefunden werde: Das sei »hier nicht darzustellen«. (Ebd. S. 44)
10) Ebd. S. 131.
11) Ebd. S. 133
12) Ebd., passim
Bei all diesen Ausführungen passieren dem Autorenduo freilich einige Peinlichkeiten: So wird das »Preußentum« – die Preußen waren vor ihrer Zwangschristianisierung bekanntlich ein slawischer Stamm – zum Prototyp eines »europäisch-germanisch(en) Bewußtseins« (Ebd. S. 95), das »ora et labora« der Benediktiner sei identisch mit der »alteuropäischen Überlieferung von Odin« und stimme mit der »Druidenweisheit des Nordens überein (Ebd. S. 106). Vorzüglich habe der deutsche Ritterorden diese spirituell-politischen Tugenden vorgelebt. Die Symbolik des Deutschen Kaiserreiches gehe auf Stonehendge zurück (Ebd. S. 108), etc..
Zur Tugend des Gehorsams: »Gehorsam verhindert das von uns heute so leidvoll erfahrene Zersplittern in eine Vielzahl von Einzelinitiativen mit inneren Kämpfen und Auseinandersetzungen.« (Ebd. S. 127) Hier wird der emanzipierte, mündige Mensch verabschiedet. Derartige Versprechungen, die oft leidvollen Erfahrungen des Individuums mit den Zersplitterungen/Atomisierungen und den vielfachen, oft durch ökonomische Zwänge erzwungenen sozialen und ökologischen Entwurzelungs-
prozessen der modernen Gesellschaft in einer neuen »organischen« gesellschaftlichen »Einheit« rückgängig zu machen, haben heute Hochkonjunktur. Je weiter dieser »Deregulierungsprozeß« voranschreitet, desto mehr Anhänger werden mythisch verbrämte Ideologien wie jene der Haverbecks bekommen. Diese gesellschaftlichen Tatsachen werden unserer Ansicht nach von den herrschenden demokratischen Parteien viel zu wenig ernst genommen.

Anzeige

express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

★BEOBACHTUNGEN AKTUELLER ARBEITSKÄMPFE IM IN- UND AUSLAND
★KRITISCHE BETRACHTUNGEN DER GEWERKSCHAFTSPRESSE
★DEBATTEN ZUR POLITIK DER ÖKONOMIE

○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse, bar oder Briefmarken)

Name

Straße

Ort

AFP
PF 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

Anzeige

Z
Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift

Z wurde im Herbst '89 gegründet.
Z versteht sich als eine Stimme der marxistischen Linken in Deutschland, als pluralistisches marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan ohne partei- und organisationspolitische Bindung.

Z wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. und dem IMSF e.V., Frankfurt / M. Einzelpreis: 18,- DM (ab Heft 17; vorher: 15,- DM). Im Abo 54,- DM, Auslandsabo 60,- DM. Älteres Probeheft: 10,-DM.

1994
Z 17: Sozialismus - Utopien, Theorie, Perspektiven (II)
Z 18: Anthropologische Lücke? Menschenbild im Marxismus
Z 19: Gewerkschaften in der Krise?
Z 20: Geschichte und Restaurationsperiode

1995
Z 21: Demokratie - Herrschaft und Grenzen der Emanzipation
Z 22: Historischer Materialismus/Engels
Z 23: Kapitalismus und Medien
Z 24: Klassen u.Klassentheorie heute (I)

1996
Z 25: Klassen u.Klassentheorie heute (II)
Z 26: Asozialer Kapitalismus
Z 27: Dialektik des Ganzen
Z 28: Ökologie-Aspekte

1997
Z 29: Der rechte Rechtsstaat
Z 30: Marxismus - Bilanz und Perspektive
Z 31: Globalisierung
Z 32: Soziale Bewegungen Westeuropa

Jedes Heft enthält neben Beiträgen zum Schwerpunktthema Aufsätze zu theoretischen Problemen der Linken, sowie Tagungsberichte, Diskussion / Kritik / Zuschriften und einen ausführlichen Rezensionsteil.

Z: Kölner Straße 66
60327 Frankfurt a.M.
Telefon: 069 / 7 39 29 34

TAK AÖ-SOMMERSEMINAR 97

Gemeinschaftsleben – theoretisch und praktisch

Das diesjährige 19. Sommerseminar dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Gemeinschaftsprojekte. Es findet parallel zum »Come Together« der Lebensgemeinschaften vom 20. bis 27. Juli 1997 im Forsthaus Triesch in der Nähe von Bebra statt.

Der Standort für das Modellsiedlungsvorhaben der Ökodorf e.G. in Poppau (siehe Beitrag auf Seite 13, »Eine Utopie findet ihren Ort«

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Gemeinschaftliche Lebensformen, Arbeiten und Leben miteinander verbinden, Leben im Einklang mit der Natur – diese und ähnliche Formulierungen gehörten in den Aufbruchsjahren der alternativen Bewegungen zum Selbstverständnis der meisten Gruppen. Heute sind es fast nur noch die Mitglieder der Lebensgemeinschaften und Kommunen, die konsequent so denken und handeln. Viele Ideen und Überlegungen, die Kraft, Ausstrahlung und Anziehung der Alternativen ursprünglich ausmachten, werden von ihnen noch authentisch gelebt.

An dieser Erkenntnis anknüpfend stehen die Erfahrungen von Lebensgemeinschaften und ihre wirtschaftliche Stabilisierung im Mittelpunkt des Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie. Erstmals seit langen wird nicht in einem Tagungshaus, sondern in Form eins Camps getagt. Insofern nehmen handwerkliche und kulturelle Tätigkeiten wie Strohballenbau, Köper- und Geistheilung, Qi Gong, Wildkräutersammeln, Permakultur und Pflanzenhäuser, Traumreisen und vieles andere mehr einen breiten Raum ein.

Als Theoriearbeitsgruppen sind gegenwärtig drei Schwerpunkte vorgesehen: Tauschringe, gemeinschaftsstützendes Management und Dokumentation Alternativer Ökonomie. Die Arbeitsgruppe Tauschringe ist in Form eines Workshop geplant. Verschiedene Personen sollen zu Aspekten wie Organisation, juristische Fragen, Besteuerung etc. etwas einbringen. (Bisher will Paul Imbusch inhaltliche Inputs geben. Weitere Interessenten wenden sich an Christina Treber-Jonas, Ferdinandstr. 3a, D-11209 Berlin, Tel.: 030/7726556, Fax: 030/7726226)

Gemeinschaftstützendes Management

Bei der Arbeitsgruppe gemeinschaftsstützendes Management wird nach Möglichkeiten gesucht, den Doppelcharakter von Gemeinschaftsprojekten als Wirtschafts- und als Sozialorganisationen erfolgreich zu verwirklichen. Bis heute fehlt dafür ein systematisch aufbereitetes betriebswirtschaftliches Wissen. Deshalb können großteils keine fertigen Konzepte geliefert werden. Behandelt werden sollen folgende Bausteine: Verbindende Geisteshaltung, Genossenschaftliche Rechtsstrukturen, Selbstversorgende Ökonomie, Geldloses Tauschen und Konstruktive Konflikthandhabung. (Angebote zur Mitarbeit an: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023.)

Die Arbeitsgruppe Dokumentation Alternativer Ökonomie konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte. Zum einen wird die Idee und Umsetzung eines dezentralen Archivs Alternativer Ökonomie mittels einer CD-ROM präsentiert. Drei Archive mit viel grauer Literatur mit ca. 15.000 DIN A4 Seiten von Projektvorstellungen, Forschungsberichten, Tagungsdokumentationen etc. wurden eingescannt, layoutet, als Dateien verknüpft, möglichst mit Bildern angereichert usw. Präsentiert und diskutiert werden die Möglichkeiten, die in der Zurverfügungstellung eines solchen riesigen Fundus liegen.

Der zweite Teil der Arbeitsgruppe dreht sich um das Thema »Wir machen eine Internet-Zeitung.« Was ist Internet, Vorstellung interessanter Projekte daraus, Entwicklung der Medien in der alternativen Szene und Nutzungschancen von Internet für alternativ-ökonomische Betriebe werden je nach Interesse diskutiert. (Angebote zur Mitarbeit an: Waldemar Schindowski, Holzheimer Str. 7, D-89233 Neu-Ulm.)

Rechtzeitige Anmeldung

Die Arbeitsgruppen laufen von Montag bis einschließlich Donnerstag. Der Zeitablauf auf dem Sommercamp sieht aus wie bei den letzten TAK AÖ-Sommerseminaren: vormittags Handarbeit und Kultur, nachmittags die Arbeitsgruppen und abends Vorträge und Diskussionsrunden. Ab Freitag läuft bis Sonntag eine Matinee mit verschiedensten inhaltlichen und kulturellen Beiträgen. Am ersten Sonntag soll die Anreise bis 19.00 Uhr erfolgen, damit noch Zeit für Organisatorisches bleibt.

Die Kosten betragen 200,– DM, für Kinder die Hälfte. Eine Teilnahme ist nur während des ganzen Sommerseminars möglich. Wer sich an dem vorher stattfindenden Aufbaucamp vom 11. bis 20. Juli beteiligt, muß (wenn hierfür umgehend eine Anmeldung erfolgt) insgesamt nur 175,– DM bezahlen. Anmeldeschluß ist der 2. Juli. Weitere Information und Anmeldung schriftlich über: Martina Racki, Scheffelstr. 46, D-79102 Freiburg.●

FRAUENFORTBILDUNG

Neu erschienen ist soeben das Kursprogramm der Frauen-Computer-Schule München. Die großen Renner sind die Kurse EDV-Grundlagen, Windows95 und Word – auch in Kombination – und Excel.

Multimedia wird geschult auf Apple Macintosh und mit dem Programm MacroMindDirector. Für Internet und HTML sind Kompaktangebote und Vertiefungsworkshops zu finden.

Neu dabei ist ein Vormittagskurs mit »Office97«, der über einen Monat läuft. Anfängerinnen, die Word, Excel und Powerpoint schnell und effektiv lernen möchten, sollten sich gleich melden, damit noch ein Platz frei ist.

Neu – auf vielfachen Wunsch – ist auch ein Kurs von »Männern für Männer«. Ein Tip für Männer, die auch mal ganz unter sich die Möglichkeiten der EDV austesten wollen. Referent ist unser Hardwarepartner Roland Wuttke.

Neu für selbständige Frauen: Quicken – ein Programm für Ihre Finanzverwaltung. Damit können Umsatzsteuerberichte erstellt und Buchungen online abgewickelt werden.

Das Programmheft Herbst 97 ist zu beziehen über die Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München, Tel. (0 89) 167 55 89.

Im September 1997 beginnt bei der Hamburger Bildungeinrichtung »Frau und Arbeit e.V. der 3. Durchgang einer berufsbegleitenden Fortbildung zum Thema »Leiten und Führen für Frauen«.

Information: Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg, Tel. (0 40) 450 209-0

dp

20 JAHRE SCHÄFEREIGENOSSENSCHAFT FINKHOF, ARNACH

Lebensgemeinschaft und Wirtschaftsbetrieb zugleich

Die Schäfereigenossenschaft Finkhof ist eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von 17 Erwachsenen und acht Kindern. Mit Schafhaltung, Verarbeitung von Rohwolle und Fellen und der Vermarktung der Endprodukte und von handelswaren hat sich die Genossenschaft eine solide wirtschaftliche Basis geschaffen.

Wilfried Leupholz, Red. Genossenschaften ● Die Geschichte der Schäfereigenossenschaft beginnt 1971 in Isny, wo eine Gruppe von SchülerInnen und Lehrlingen auf dem Finkhof, einen zum Abriß bestimmten Bauernhaus, eine Wohngemeinschaft gründete. In den ersten Jahren wurden intensive Auseinandersetzungen über mögliche Lebensformen und gemeinsame Ziele geführt. Ein soziales Miteinander jenseits von traditionellen Familienstrukturen mußte erst gelernt, Spielregeln entwickelt werden. Neben Erinnerungen und Erfahrungen sind aus dieser Zeit drei »Finkhöfler« und der Name der heutigen Genossenschaft geblieben.

1976, vor genau zwanzig Jahren, faßte eine Kerngruppe den Entschluß, eine Wanderschäferei aufzubauen und kaufte im Herbst desselben Jahres 50 Mutterschafe. In dieser Zeit erlitt das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik seinen ersten Einbruch. Jugendarbeitslosigkeit war plötzlich Thema. Vor diesem Hintergrund brachte die Öffentlichkeit den jungen Leuten, die bereit waren, ihre Zukunft selbst in die Hände zu nehmen, trotz langer Haare und linken Ideen Sympathie entgegen. Mit Schlagzeilen wie »Junge Arbeitslose züchten Bergschafe« oder »Auf Brachland in eine neue Zukunft« erzielten die Finkhöfler 1977/78 eine enorme Medienresonanz. Mit Hilfe der Aktion »Schafspatenschaften«, bei der dazu aufgerufen wurde, durch eine 130-Mark-Spende den Kauf eines Bergschafes zu ermöglichen, konnte die Schafherde auf 400 Tiere vergrößert werden.

Profitieren von der eigenen Arbeit

Weil Rohwolle, so wie sie vom Schaf geschoren wird, nichts einbrachte, während fertige Strickwolle sich für gutes Geld verkaufen ließ, begannen die KommunardInnen mit der Verarbeitung und Direktvermarktung von Wolle. Daraus entstanden im Laufe der Jahre die Arbeitsbereiche Spinnerei, Weberei, Fellnäherei und Färberei.

Die zentralen Ideen, die vor zwanzig Jahren zur Gründung des Projektes führten, gelten für die Finkhöfler auch heute noch. Wanderschäferei sollte Basis für einen Betrieb sein, der es den Mitgliedern ermöglicht, Leben und Arbeiten zu vereinen. Ziel ist es, daß Arbeit nicht als notwendiges Übel ertragen werden muß, sondern persönliche Befriedigung verschafft. Dies sollte dadurch erreicht werden, daß Erzeugung, Verabeitung und Vermarktung von Produkten innerhalb eines Betriebes stattfinden und jeder den Erfolg der gemeinsamen Arbeit erleben kann. Nur das eigene Kollektiv profitiert von der Arbeitskraft der Mitglieder, niemand als die Mitglieder selbst entscheiden über ihre Sache.

Die Schafhaltung dient nicht nur dem eigenen Lebensunterhalt. Sie leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Landschaftsschutz, zur Erhaltung gefährdeter Ökosysteme. Die Direktvermarktung der Produkte trägt auch zur Kommunikation bei. In der Öffentlichkeit wollen die Finkhöfler Beispiel sein, für ein solidarisches Leben in Gemeinschaft, für umwelt- und sozialverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise. Die Förderung von und die Zusammenarbeit mit anderen selbstverwalteten Betrieben und Projekten gehörte von Anfang an dazu.

Gleichverteilung der Gemeinschaftsarbeiten

Das Lebensmodell Finkhof funktioniert heute in Strukturen, die im Lauf der letzten zwanzig Jahre von den Beteiligten – es waren viele die kamen und wieder gingen – entwickelt wurden. Die Mitglieder leben verteilt auf zwei Häuser, und es sind immer noch ein paar Leute mehr da: FreundInnen, PraktikantInnen, Ehemalige. An der Hausarbeit beteiligen sich alle in gleichem Maße. Im Wechsel sind jeden Tag zwei Personen für das Kochen und Putzen der Gemeinschaftsräume zuständig. Die anderen Gemeinschaftsarbeiten werden je nach Vorlieben übernommen: Während der eine sich regelmäßig um die Abfallentsorgung kümmert, erledigen andere den Einkauf. Ein anderer repariert die Autos, sägt Holz und soweiter.

Alle Fragen des Betriebes und des Zusammenlebens werden auf den wöchentlichen Plenumssitzungen besprochen. Entscheidungen fallen nach dem Konsensprinzip. Das heißt, gegen die Stimme einer/s Einzelnen kann keine wichtige Entscheidung durchgesetzt werden. Über persönliche Probleme wird im Plenum selten gesprochen. Wichtig für die Verständigung untereinander sind informelle Treffen, wie das Sonntagsfrühstück oder das Kaffeetrinken am Nachmittag. Bei solchen Gelegenheiten werden Ideen entwickelt, Vorstellungen ausgetauscht und abgewogen.

Die Finkhöfler sind sozialversicherte ArbeitnehmerInnen und zugleich EigentümerInnen ihrer Genossenschaft. Der Lohn wird nicht einzeln ausgezahlt, sondern fließt in die Gemeinschaftskasse der Wohngemeinschaft, aus der jedeR nach Bedarf Geld entnehmen kann. Dabei müssen größere Ausgaben in der wöchentlichen Plenumssitzung genehmigt werden.

Alternative zur Kleinfamilie?

Außenstehende sehen im Finkhof häufig ein kleines Paradies. Träumen doch viele vom Landleben mit Kindern, eigenen Hühnern und Pferden, Schäferromantik, Wollsocken und frisch gebackenem Brot. Dabei wird leicht vergessen, daß auch auf dem Finkhof nicht jede Arbeit Spaß macht. Das Gruppenleben bringt Vielfalt an Ideen und Fähigkeiten, die sich gegenseitig ergänzen, andererseits aber auch Streß, Vielfalt an Problemen und Bedürfnissen, die sich gegenüber- und entgegenstehen. Durch gemeinsames Wirtschaften wird wirtschaftliche und organisatorische Erleichterung für den einzelnen erreicht. Gleichzeitig steht jeder unter dem Druck, sich mit seinen persönlichen Arbeitsgewohnheiten produktiv in den Betrieb einzufügen.

Trotzdem stellt die Genossenschaft eine Alternative zum Leben in einer Kleinfamilie oder alleine dar. Vielen in ihrem Umkreis machen die Finkhöfler Mut, weil sie ein lebendiges Beispiel dafür sind, daß es auch anders geht – und das seit zwanzig Jahren.●

Anzeige

Politische Ökologie

Zukunftsaufgabe Umweltbildung

Trotz erheblich gestiegenem Umweltbewußtsein ist die Kluft zwischen Bewußtsein und Handeln in ökologischen Fragen groß. Zwanzig Jahre Umweltbildung haben einige Erfolge gebracht, der hohe Anspruch eines homo oecologicus liegt jedoch in weiter Ferne. In Praxis, Politik und Wissenschaft ist deshalb eine heftige Diskussion über die Zukunft der Umweltbildung entbrannt. Sind völlig neue Ansätze notwendig? Kann Nachhaltigkeit als Leitbild für eine zukunftsfähige Umweltbildung dienen?

Jetzt lesen!

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/
magazin/poe
YCO

SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT ÖKODORF e.G.

Eine Utopie findet ihren Ort

Viele Menschen träumen davon, viele Theoretiker haben sie schon entworfen, viele Politiker sie wieder als zu idealistisch verworfen – spätestens seit der Umweltkonferenz in Rio und der Forderung nach einer nachhaltigen Lebensweise ist sie politisch fast salonfähig geworden: die Idee einer sozial-ökologischen Modellsiedlung für etwa 300 Menschen, die sich kooperativ und ökologisch in kleinen, überschaubaren Lebenskreisen zusammenfinden.

Eva Stützel/ Dieter Halbach, Red. Genossenschaften ● Doch obwohl in den letzten zwanzig Jahren in so vielen Einzelbereichen ökologische und soziale Erfahrungen gereift sind, ist eine ganzheitliche Siedlung in dieser Größenordnung noch nicht Realität geworden. Das soll sich jetzt ändern: Nach vielen Jahren der Vorbereitung ist eine Verwirklichung dieser »Utopie« in greifbare Nähe gerückt. Das Gelände für den Bau des Ökodorfes ist gekauft und die zuständige Gemeinde gab ihre Zustimmung zur Erstellung eines Bebauungsplanes für die sozial-ökologische Siedlung.

Passenderweise »in der Mitte der Welt« soll die Utopie Wirklichkeit werden. Vom kleinen altmärkischen Dörfchen Poppau (im Norden von Sachsen-Anhalt) aus, so geht die Sage, wurde vor langer Zeit die Welt vermessen. Und als die Vermesser zurückkamen, stellten sie fest, daß sich genau im Ortskern von Poppau der Mittelpunkt der Welt befindet. Zum Gedenken daran wurde im Dorfteich ein Stein mit einer Kette versenkt.

Ideen von einem Gemeinschaftsleben

Etwas außerhalb von diesem bedeutsamen Ort befindet sich in schöner Alleinlage das Gelände des zukünftigen Ökodorfes: 22 ha Land mit Wald-, Wiesen- und Ackerflächen, ein Hof im Rohbau, eine Quelle, ein kleiner Teich. Jetzt beginnen mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt die Untersuchungen, wie sich die geplante Siedlung schonend in diese Landschaft einpassen kann. 1998 soll dann mit dem Bau des ersten Modellhauses als Zentrum für die Region begonnen werden. Im Jahr 2000 könnten schon die ersten Nachbarschaften dort leben.

Geplant ist ein Dorf, in dem alle Lebensbereiche wieder in überschaubare Kreisläufe integriert sind, so daß die Auswirkungen und die Tragweite des eigenen Handelns bewußt werden. Weit mehr als in einer klassischen »Öko-Siedlung« wird in dem Projekt verwirklicht werden. Dort soll sich ein vielfältiges, selbstbestimmtes Kultur-und Gemeinschaftsleben im Dorf entfalten. Eigene Arbeitsplätze in ökologischen Wirtschaftsbereichen werden

Alltag im Ökodorf-Projektzentrum Foto: Ökodorf e.V.

geschaffen. Geplant ist mit Hilfe von Gartenbau, Landwirtschaft und Handwerk eine weitgehende Selbstversorgung der Siedlung mit ökologisch hochwertigen Produkten sicherzustellen und Überschüsse in die Region zu verkaufen. Soziale und medizinische Dienstleistungen sowie Ingenieur- und Beratungsbüros werden das Know How des Projektes an andere weitergeben. Sanfter Tourismus, Bildungsangebote und eine breite Öffentlichkeitsarbeit sollen dazu beitragen, daß mit der Siedlung nicht eine »Heile Welt-Insel« geschaffen wird, sondern daß die sanfte Lebensweise andere zur Nachahmung anregen kann.

Projektzentrum in Groß Chüden

Bereits jetzt sind mit dem bestehenden Projektzentrum in Groß Chüden viele Aspekte verwirklicht, die das Leben im Dorf bestimmen sollen: Eine Gemeinschaft vpn ca. 60 Menschen lebt und arbeitet im Umfeld des Projektzentrums. Alle Entscheidungen werden im Konsens (d.h. im gegenseitigen Einvernehmen getroffen). Dabei wird darauf geachtet, die unterschiedlichen Wege und Persönlichkeiten zu tolerieren. Dezentrale Verantwortungsbereiche und große Entscheidungsspielräume der einzelnen sind die Grundlage des Gemeinschaftslebens. So sind verschiedene Betriebe entstanden. Es gibt eine Tischlerei, ein Buchführungsbüro, einen Lehmbaubetrieb, einen Gärtnerhof, einen Marktstand und andere selbständige Tätigkeiten.

Aus dem Projekt heraus entstanden ist auch die »Freie Schule Altmark«. Sie betreibt im nahegelegenen Örtchen Depekolk einen Kindergarten und eine staatlich genehmigte grundschule mit z.Zt. 36 Kindern. Der »Freundeskreis ökologisches Dorf e.V.«, ein bundesweiter gemeinnütziger Verein mit fast 250 Mitgliedern, bietet ein umfangreiches Seminarprogramm und »Bauwochen« zum Kennenlernen des Projektes an. Er beschäftigt fünf ABM-Kräfte, 2 FÖJ-Kräfte und eine Bildungsreferentin.

Der Grundbesitz ist gemeinsam organisiert durch die »Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G.«. Sie wird auch die Besitzerin des Geländes bei Poppau und Trägerin der Ökodorf-Realisierung. Die einzelnen sind für ihre persönliche Finanzierung selbst verantwortlich. Jedoch gibt es viele Ebenen der gemeinsamen Ökonomie: Neben dem gemeinsamen Grundbesitz gibt es beispielsweise eine gemeinsame Hauhaltskasse, in die alle erwachsenen Projektmitglieder einzahlen – Kinder sind frei.

Mehr erreichen durch Kooperation

Zahlreiche Kooperationen innerhalb des Projektes machen vieles möglich, was im Alleingang weitgehend undurchführbar erscheint, z.B. die Genehmigung der Freien Schule innerhalb von nur sieben Monaten. Dazugehört der erfolgreiche Aufbau von ökologisch arbeitenden Betrieben in einer strukturschwachen, ländlichen Region und jetzt auch die politische Akzeptanz für eine eigenständige Modellsiedlung. Für diese Arbeit und die ganzheitliche Ökodorfkonzeption wurde das Projekt 1996 mit dem TATORTE-Preis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und des Deutschen Instituts für Urbanistik ausgezeichnet.

Die Ökodorf-Genossenschaft im Umbruch

Entsprechend der Größe der neuen Aufgabe und dem einsetzenden Mitgliederzuwachs verändern sich zur Zeit auch die Strukturen der Genossenschaft. Der bisher langwierige und sehr persönliche Prozeß der Aufnahme in die Genossenschaft wurde vereinfacht. Ein Betreuerkreis kümmert sich um das Kennenlernen und die Integration der neuen Interessenten. Die engere soziale Auswahl für ein Leben in der Siedlung wird auf die einzelnen Nachbarschaftseinheiten verlagert. Auch das Projektmanagement wurde klar strukturiert und es arbeiten erstmals bezahlte Stellen in der Planung und Finanzierung. Ihr Aufgabenfeld konzentriert sich auf die Entwicklung der gemeinschaftlichen technischen Infrastruktur und Landschaftsgestaltung der Siedlung und die Schaffung von ersten Gemeinschaftseinrichtungen. Mit dem Aufbau der Siedlung stellt sich auch erneut die Frage der Zusammenarbeit und vertraglichen regelung mit den internen Baufirmen und Fachleuten (bisher Lehmbau, Holzhandwerk) und dem Verhältnis zur genossenschaftlichen Selbsthilfe. Für die Zukunft steht dann noch die Aufgabe des genossenschaftlichen Baues von Mietwohnungen am Horizont.

Das geplante Dorf bei Poppau soll für 300 Menschen Lebens- und Arbeitsraum bieten. Derzeit werden EinsteigerInnen und UnterstützerInnen gesucht, die sich mit Engagement, Eigenkapital und Eigeninitiative an der Realisierung der Siedlung beteiligen. Zur genaueren Information können ein Infopaket für Siedlungsinteressierte (8 DM in Briefmarken) oder ein Infopaket für UnterstützerInnen (kostenlos) beim Ökodorf-Projektzentrum, Dorfstr. 4, D-29416 Groß Chüden, Tel. (0 39 01) 47 12 27, Fax 8 29 42 angefordert werden.●

Ökodorf-Siedlungsentwurf

ÖKOSTADT PRODUKTIV- UND SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT, LYCHEN

Finanzielle Kreativität für ein sozialökologisches Gemeinwesen

Das Konzept einer ökologischen und sozial orientierten Stadt hat sich die ÖKOSTADT Produktiv- und Siedlungsgenossenschaft zum Ziel gesetzt. Durch den Kauf eines ersten Hauses in Lychen beginnt jetzt die Zeit der mühevollen Umsetzung der hochgesteckten Ansprüche.

Klaus-Peter Kurch, Red. Genossenschaft ● In der Präambel der Satzung der ÖKOSTADT eG i.G. Produktiv- und Siedlungsgenossenschaft sind die wichtigsten Ziele umrissen. Dort heißt es: »Wir streben ein sozialökologisches Gemeinwesen an, in dem alle nach Maßgabe ihrer persönlichen Fähigkeiten und Kräfte die notwendige Arbeitsleistung selbstbestimmt erbringen; alle nach Maßgabe ihrer persönlichen Fähigkeiten und Kräfte die zur Selbststeuerung des Gemeinwesens erforderliche Autorität bilden; alle die bewußte Einordnung in die Kreisläufe der Natur und ihre Wiederbelebung zur allgültigen praktischen Maxime werden lassen. Ausbeutung der Arbeit, Verselbständigung von Machtansprüchen und Gewalttätigkeiten gegenüber der Natur sollen verhindert werden.«

Noch sind das Vorsätze. Erste Ansätze einer solchen Bindung gibt es aber bereits. Der gemeinsame Weg ist der des gemeinsamen Arbeitens. Dies kann umformuliert werden: »der gemeinsam geschaffenen und ausgefüllten Arbeitsplätze«, und das in einem Kreis mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Obwohl charakterisiert durch Besonderheiten als Gemeinschaft muß für ÖKOSTADT dennoch typisch ihre Offenheit sein, Offenheit mindestens in zweifacher Hinsicht: in dem Sinne, daß jede/jeder Mitglied werden kann, der ihre Grundsätze teilt und umgekehrt die Genossenschaft verlassen kann, wenn sie/er das nicht mehr will und im Sinne des umfassenden ständigen Austauschs mit der ganzen Stadt und der Region ringsum.

Start mit einem Hauskauf

Wie solch ein Austausch zustande kommt, welche Inhalte und Formen er hat, wer ihn bestimmt – unzählige Fragen. Nachdem am 25.03.1996 eine Sanierungssatzung für die Altstadt von Lychen beschlossen wurde und das von ÖKOSTADT gekaufte Haus an markanter Stelle in der Altstadt steht, wird das weitere Vorgehen der Genossenschaft eine Schlüsselbedeutung für das Wirken in Lychen bekommen. Eine zentrale Voraussetzung ist dabei auch die wirtschaftliche Absicherung des Projekts und damit der hochgesteckten ideellen Ziele.

Zur Finanzierung der Vorhaben in Lychen gibt es bis heute kein fertiges Konzept. Der Umfang der geplanten Maßnahmen ist selbst noch nicht völlig klar. Nachfolgend werden dennoch einige Wege der Finanzierung aufgezeigt, die gangbar sein könnten. Sie gelten zunächst für zwei Lychener Objekte, bei denen ca. 600 qm Wohnfläche und ca. 300 qm Gewerbefläche saniert bzw. neu geschaffen werden. Der Investitionsaufwand wird vermutlich zwischen 1,0 und 1,5 Mio. DM liegen.

Senkung der Kosten

Keine Finanzierung kann günstiger sein als diejenige, die einem Projekt erspart bleibt, weil es gelingt, die Kosten zu senken. Zur Kostenminimierung können alle beitragen, wenn die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Sanierung von Anfang an entscheidend selbst bestimmt wird. Intelligent-alternative architektonische, bautechnische, bauorganisatorische Lösungen und nicht Selbstausbeutung sollen der kostengünstige (und Freude machende) Weg des Wunschbauens sein. Aus der Bauerfahrung anderer Projekte läßt sich dafür lernen. Frühzeitiger Mittelrücklauf durch Teilnutzung ist eine manchmal unterschätzte Möglichkeit.

ABM-Förderung nutzen

Sanierungsarbeit ist in verschiedenen Formen von ABM förderfähig. Würde ÖKOSTADT ein ABM-Projekt nach § 249h mit 20 Teilnehmern ein Jahr lang durchführen, so könnte das eine Leistung von 500.000 bis 550.000 DM bringen. Ein solches Ergebnis ist aber nur bei bester fachlicher Vorbereitung und Leitung erreichbar. Ökostädter könnten selbst als Teilnehmer in dieser ABM bezahlt werden. Dies ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß sie im Bereich des Arbeitsamtes Eberswalde arbeitslos gemeldet sind. Zumindest ihren Nebenwohnsitz müssen sie dafür in Lychen haben.

Es ist aber auch an Formen von Vergabe-ABM zu denken, die den Start des vor kurzen gegründeten Baubetriebes unterstützen würden. Die Förderpolitik des Landes Brandenburg gibt es her, die genannten ABM-Maßnahmen durch ein zinsloses Darlehen des Landes zu flankieren. Seine Höhe ist etwas kompliziert zu bestimmen. Bei den genannten Größenordnungen der geplanten Investition und der ABM-Maßnahmen kann von etwa 300.000 DM Darlehen ausgegangen werden.

Entwicklung eines Beteiligungsmodells

Eine weitere Idee ist es, Darlehensgeber zu finden, die damit einverstanden sind, neben einer geringen Zinszahlung den anderer Teil ihrer Rendite in Form von Übernachtungen in der ÖKOSTADT-Herberge zu erhalten. Beispielsweise erhält der Geber für 1.000 DM Darlehen einen Zins von 3% im Jahr sowie das Anrecht auf zwei Übernachtungen pro Jahr außerhalb der Saison. Bei einem Wert dieser Übernachtung von 30 DM würde eine Gesamtrendite von 3% und zweimal 30 DM (gleich 6%), also von insgesamt 9% erzielt.

Bei einer Beherbergungskapazität von etwa 140 qm und einem Auslastungsgrad von 50% wären genügend Zimmer frei, um mehrere Tausend DM solcher Darlehen zu bedienen. Es bietet sich an, daß ÖKOSTADT dieses Modell mit andern Projekten gemeinsam entwickelt und damit den Darlehensgebern für ihre Übernachtungen die Wahl zwischen mehreren Objekten ermöglicht.

Genossenschaftliches Eigenkapital

Mit derzeit 23 Genossenschaftsmitgliedern verfügt ÖKOSTADT nominell über 100.000 DM Eigenkapital aus den Pflichtanteilen. Die Entscheidung faktisch keinerlei laufende Ausgaben aus dem Stammkapital zu bestreiten, zahlt sich jetzt aus. Weitere zehn GenossInnen zu gewinnen, würde bedeuten, die finanzielle Handlungsfähigkeit um weitere 50.000 DM zu erhöhen.

Ein bedeutender Eigenkapitalzuwachs wird sich aus den Zahlungen von GenossInnen auf Geschäftsanteile für Wohnen und Arbeitsplätze ergeben. Bei einer angenommen, noch nicht wirklich kalkulierten Größenordnung von einem Geschäftsanteil, also von 1.000 DM pro qm Wohnraum, haben sich bereits jetzt mehr als zehn GenossInnen zu entsprechenden Leistungen bereit erklärt. Unterstellt, die GenossInnen würden durchschnittlich 35 qm Wohnfläche pro Person anstreben, ergibt sich ein Eigenkapitalzuwachs von 350.000 DM.

Zu der zunächst vielleicht erschreckenden Zahl von 1.000 DM pro qm Wohnraum eine kurze Erläuterung: Diese Geschäftsanteile müssen, anders als der Pflichtanteil, nicht in Geld, sondern können zu einem Teil durch Arbeitsleistungen erbracht werden. Wenn es gelingt, innerhalb der Genossenschaft ein Tauschringsystem zu installieren, dann müssen diese Arbeitsleistungen nicht einmal direkt am Bau erbracht werden.

Auf die staatliche »Eigenheimzulage bei Anschaffung von Genossenschaftsanteilen« soll möglichst nicht verzichtet werden. Nach gründlicher Diskussion könnte eine entsprechende Änderung der Satzung beschlossen werden. Diese Förderung beträgt, auf acht Jahre verteilt, 24% der Geschäftsanteile in den Grenzen zwischen 10.000 und 80.000 DM. Hinzu kommen noch 4.000 DM pro Kind.

Gesucht wird außerdem noch nach einem Weg, der Ratenzahlungen über Jahre erlaubt, ähnlich einem Bausparvertrag.

Eine Beispielrechnung ergibt für eine alleinstehende Genossin mit Kind, die eine Wohnung von 64 qm anstrebt, also 64.000 DM aufbringen muß: Sie muß monatlich 100 DM einzahlen und monatlich 24 Stunden arbeiten, um im Verlauf von acht Jahren diese Geschäftsanteile zu erbringen. Der maximale Förderbetrag ist, wie schon gesagt, auf 80.000 DM begrenzt und beträgt ohne Kinderzulagen 19.200 DM. Ob sich sinnvolle Wege finden lassen, daß allen GenossInnen, auch denjenigen, die weniger als 80 qm brauchen, dieser Maximalbetrag zugute kommt, ist noch unklar.●

CHIAPAS UND DIE METROPOLEN

Die *Edition Nautilus*, in der seit 1995 auch die Chiapas-Info-Zeitung *»Land und Freiheit«* erscheint, hat einen neuen Reader zu »Chiapas« vorgelegt. In ihm sind hauptsächlich Texte von der bzw. über die EZLN und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft abgedruckt. Die Revolution der Frauen – weit vor dem Aufstand 1994 – wird noch einmal ins Gedächtnis gerufen, Gustavo Esteva diskutiert die Rolle der lokalen Demokratie für die EZLN und wie diese jene versteht. Im Band sind auch – neben anderen Texten der Zapatistas – die vier Erklärungen aus dem Lakandonischen Urwald nochmals dokumentiert und die beiden HerausgeberInnen, Lutz Schulenburg und Hanna Mittelstädt berichten über ihre – von Mittelstädt auch ausdrücklich so genannten – subjektiven Erfahrungen und Aneignungen von »Chiapas«. Abgeschlossen wird das Buch mit zwei Texten zur Krise des (italienischen) Sozialstaates (von Marco Revelli) und einem Text des Hamburger Theorie-Militanten und Land und *Freiheit-Redakteurs* Martin Rheinlaender zu Problemen und Möglichkeiten einer heutigen Gegenmacht von unten.

Der Untertitel des Buches ist etwas übertrieben, da die Konfrontation von »Chiapas« und seiner Bedeutung mit den »industriellen Metropolen« (so der Begriff auf der Rückseite des Buches), in nur wenigen Beiträgen diskutiert wird, die, für mein Empfinden, das Ganze noch nicht so zusammenbringen. Zum Beispiel wird meist von einer weltweiten Angleichung der Lebensverhältnisse und Kampfbedingungen ausgegangen, die so nicht richtig ist und die Existenz von Nationalismus und Leistungsrassismus in der arbeitenden Klasse nicht wahrhaben will.

Das Buch ist ein Beitrag zur Diskussion ob »Chiapas« die erste Revolution des 21. Jahrhunderts und die erste kollektive Antwort auf den globalen Neoliberalismus ist, und das auch für diejenigen, für die dies im Gegensatz zu den HerausgeberInnen des Buches noch nicht so klar ist. Es wirkt auch dem Trend entgegen, die Beschäftigung mit Chiapas nun – da dort die Mühen der Ebene und die ersten Rückschläge zu verzeichnen sind – langsam ad acta zu legen und mit ernstem Gesichtsausdruck die Probleme der Übersetzung von »Chiapas« nach »hier« zu problematisieren.●

Bernd Hüttner

Der Wind der Veränderung. Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen; Hamburg 1997, Edition Nautilus, Am B.rink 10, 21029 Hamburg, 238 S., 28 DM

AUTONOMIE-KONGRESS

– Der Stand der Bewegung

Ostern 1995 versammelten sich über 2.000 Autonome und andere undogmatische radikale Linke in Berlin, um auf dem *Autonomie-Kongreß* über den »Stand der Bewegung« zu diskutieren. Bei diesem bundesweiten Treffen sollte es weniger um die Beschreibung des Gegenüber, des Feindes, sondern mehr um das »Innenleben« der autonomen Bewegung gehen. Die drei Kongreßtage waren unter jeweils ein Motto gestellt: Autonomie-heute, Differenzen-Spaltungslinien-Solidarisierung und drittens Revolution-täglich oder gar nicht!

Nahezu zwei Jahre später liegt nun die »offizielle«, von der Kongreßvorbereitungsgruppe herausgegebene Dokumentation vor. Sie hat keinen Komplettheitsanspruch, versammelt aber das Protokoll der sehr prägnanten und witzigen Auftaktveranstaltung (»Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit«) und die wichtigsten Papiere des Kongresses und seiner Vorbereitung. Hervorzuheben sind die Beiträge zur Diskussion um die Vorstellungen von Militanz und Organisierung, das sehr scharfe Kritikpapier am Kongreß einiger Hamburger Feministinnen und der Beitrag zu Spaß und Politik, die alle die Debatten der radikalen Linken auf den Punkt bringen. Die Vielfältigkeit der mittlerweile doch recht ausdifferenzierten (um nicht zu sagen gespaltenen) autonomen Bewegungen werden in der Dokumentation zwar genannt, aber nicht in der vielleicht gebotenen Schärfe. Kritik gab es beim Kongreß von »Ost-« an »West«autonomen, von jungen an Altautonomen, von Frauen an Männern, ferner wurde das Fehlen von nichtdeutschen Menschen bemängelt.

Eine Dokumentation der Presseresonanz und der in der autonomen Bewegung selbst schließt den Band ab. Die Kongreßvorbereitungsgruppe enthält sich einer direkten politischen Bewertung des Kongresses und seines Nachlaufes. Statt dessen simuliert sie sich selbst als die Vertretung des ideellen Gesamt-Autonomen Kreuzberger Prägung, der nach links (gegen die Antinationalen, gegen die Theoriefraktion allgemein) und rechts (gegen die Antifa-Organisierung) Kritik austeilt, ohne das eigene Politikverständnis zu reflektieren oder Vorschläge zu machen. Schade, hier wäre mehr möglich gewesen. Alles in allem eine schöne Dokumentation (wenn diese ästhetische Kategorie erlaubt ist), die auch für alle interessant ist, die an der Auseinandersetzung mit der wichtigen Frage interessiert sind, wie eine zeitgemäße Organisierung heute aussehen könnte. Wie eine Organisierung, die verschiedenen Ansprüchen aus »Politik« und »(Alltags-)Kultur« gerecht wird, heute aussieht bzw. aussehen sollte, verhandeln ja nicht nur Autonome, sondern auch andere Linke und Sozialbewegte. So ist das Buch auch für die nützlich, die selbst nicht auf dem Kongreß waren, oder »den« Autonomen angehören.

Die Autonomen erfreuen sich derzeit großer publizistischer Beliebtheit. In einem im Mai erschienen Buch mit dem sinnigen Titel »Die Autonomen« wird eine Auseinandersetzung mit den »Ursprünge(n), Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung« (so der Untertitel) versprochen. Wie der Untertitel dieses im *Konkret-Literatur Verlages* erschienen Buches andeutet, entstand dieses aus einer politikwissenschaftlichen Diplomarbeit an der Universität Hamburg. Für Juni ist unter dem programmatischen Titel »Glut und Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung auf dem Weg ins 21. Jahrhundert« die vorerst dritte Veröffentlichung des unter Pseudonym schreibenden Berliner Autonomen Geronimo angekündigt. Geronimo verfaßte 1990 das in einer Auflage von über 5.000 Exemplaren verbreitete und mittlerweile auch in Zweitauflage vorliegenden Buches »Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen«. Da die beiden Titel aus dem Berg »grauer« Literatur von und über die Autonomen herausragen, dürften sie das Bild der Autonomen in der interessierten Öffentlichkeit und der Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen nicht unwesentlich beeinflussen. Eine Auseinandersetzung mit diesen beiden Neuerscheinungen folgt in einer der nächsten Ausgaben von CONTRASTE.●

Bernd Hüttner

autonomie-kongreß. Standpunkte, Provokationen, Thesen. 160 Seiten, 12,80 DM, Unrast Verlag Münster 1997, Tel. 0251/666 293

HANDBUCH

Für viele ein Neubeginn

Die Plattform der OÖ Sozialprojekte hat ein Handbuch mit 272 Seiten herausgegeben, das einen Überblick über das Angebot von Arbeitslosen- und Sozialprojekten in Oberösterreich bietet. In 110 Selbstdarstellungen geben diese Einblick in ihre Entstehungsgeschichte, Zielsetzungen, Zielgruppe und Tätigkeitsbereiche. Wo gibt es Arbeits- und Ausbildungsplätze für Arbeitslose, wo kann Menschen in Krisensituationen geholfen werden, wo gibt es Wohnplätze für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen? Das neue Handbuch gibt konkrete Antworten auf diese Fragen.

Sozialprojekte nennen die Probleme Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Armut, Verschuldung, psychische Probleme, Gewalt, Ausgrenzung, ... beim Namen und bieten umfassende Hilfestellungen an. Sie ermöglichen Beschäftigung, Ausbildung, Beratung und Begleitung und eröffnen damit Chancen zum selbständigen Neubeginn von vielen. Innovation ist jedoch nicht nur für holprige Lebenswege angesagt, sondern auch für viele gesellschaftliche Aufgaben und Produkte. Mit ihrem Angebot leisten Sozialprojekte auch dazu ihren Beitrag, wenn z.B. Alttextilien wiederverwertet werden, wenn Wanderwege angelegt oder Kulturgüter renoviert werden, wenn ergonomische Schulmöbel hergestellt oder wenn ein Vollwertrestaurant eröffnet wird ... Sozialprojekte sind Orte, wo die soziale Not in jeder Weise erfinderisch und kreativ macht, ob für neue Produkte, Dienstleistungen, Berufsbilder oder neue Lebensformen.

Beziehen kann man dieses Handbuch bei der Plattform OÖ Sozialprojekte, Weingartshofstr. 38, A-4020 Linz, Tel. (0043-732) 66 75 94 zum Preis von öS 175 zzgl. öS 25 Versandkosten.

Die Plattform ist der Dachverband der oberösterreichischen Arbeitslosen- und Sozialprojekte – eine Beschreibung ihrer Zielsetzungen und Tätigkeitsfelder findet sich ebenfalls im vorliegenden Handbuch.●

dp

RAUBDRUCKE

Albrecht Götz von Olenhusen ist bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen über die Entwicklung der Raubdruckbewegung und ist als Rechtsanwalt ausgewiesener Spezialist für Autoren- und Verlagsrecht. Im September soll von ihm eine neue Broschüre unter dem (langen) Titel »Der Weg vom Manuscript zum gedruckten Text ist länger, als er bisher je gewesen ist – Walter Benjamin im Raubdruck 1969 bis 1996« im Libelle Verlag erscheinen.

Eingebettet ist eine Geschichte der Raubdruckbewegung. Seit der revolutionären Ungeduld der 68er Jahre werden die 16 Raubdrucke verschiedener Schriften Walter Benjamins in ihrem gesellschaftlichen Kontext und ihrem Verhältnis zum schwierigen Verlauf der offiziellen Benjamin-Edition beschrieben.

Im Gegensatz zu Wilhelm Reich oder Michael Ende gehörten die Benjamin-Raubdrucke nie zu den Bestsellern. Sie lassen sich aber als reizvolle Indikatoren für eine veränderte Benjamin-Rezeption beleuchten.

Der Bogen reicht von der 93seitigen Sammlung von Benjamin Texten zu kommunistischer Pädagogik und proletarischen Kindertheater, die 1969 vom »Zentralrat der sozialistischen Kinderläden West-Berlin« in die Diskussion um »antiautoritäre Erziehung« gebracht wurde ... ...über eine Reclam(-Leipzig)-Auswahl von 1970, deren Verbot vom Suhrkamp Verlag durchgesetzt wurde... ...bis zum nicht autorisierten Reprint 1996 einer Gedächtnisschrift von Horkheimer und Adorno, die 1942 als heliographiertes Typoskript in Los Angeles in Umlauf gekommen war.

Die wechselvolle Wiederaneignung der vergessenen denkerischen Positionen Benjamins, wie auch Grabenkriege der Benjamin-Interpretation in der niedergehenden Studentenbewegung werden so en detail faßbar: in einer Darstellung vom Aufstieg und Verfall der Raubdruck-Bewegung, die die juristischen Finessen und Zugriffe gegenüber der Raubdruck-Szene verfolgt, von den Anstrengungen des »Börsenvereins« bis in die RAF-Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt. Zu den interessanten bis dato geheimen Dokumenten gehören in diesem kriminalistischen Kontext die Gutachten über das linke Buch- und Verlagswesen – ein spezielles »Who-is-who« der 70er Jahre. Die Vorstellung, mit Benjamin-Raubdrucken u.a. seien Millionen gemacht worden und damit die RAF finanziert worden, gehörte zur Paranoia jener Jahre.

Die als Zielgruppe von den Herausgebern gewünschten 68er, Benjamin-Fans und SammlerInnen der Buchhandelsgeschichte können ihre gemischte Freude haben an der Verwandlung des Interesses der Benjamin Raubdrucke von einer ausschließlich marxistischen Vereinnahmung über die Kritik an der »Frankfurter Schule« hin zum verehrenden Gedenken.

Ungenehmigten Reprints im nächsten Copy-Shop schleudern die Herausgeber schon jetzt den Bannstrahl eines Benjamin-Zitates entgegen: »Die Reproduktionstechnik löst das Reproduzierte aus dem Bereiche der Tradition ab.« Mit dem drucktechnischen und buchbinderischen Überbau dieser Ausgabe wollen die Herausgeber nicht nur der gediegenen inhaltlichen Basis Rechnung tragen: »Unser Bändchen soll sich in die Tradition besonderer Geschenkbücher unserer Favorit-Buchhandlungen einreihen.«●

dp

Albrecht Götz von Olenhusen: »Der Weg vom Manuscript zum gedruckten Text ist länger, als er bisher je gewesen ist.« Walter Benjamin im Raubdruck 1969 bis 1996, schöne Broschur, ca. 110 Seiten, 25 DM / öS 183 / sFr 25. ISBN 3-909081-82-7

NEUE ARBEITSHILFE

Wie Stiftungen fördern

»Wie Stiftungen fördern« ist eine Arbeitshilfe im Umgang mit Stiftungen für Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Projekte aus sozialen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Problemfeldern. Anhand großer, meist bundesweit tätiger Stiftungen werden die Fördermöglichkeiten und -praktiken dargestellt. Für elf verschiedene Handlungsfelder sind zusätzlich weitere Förderstiftungen mit Kurzportraits aufgeführt. Einige Stiftungen erläutern ihre Förderpraxis, und erfolgreiche »AntragstellerInnen« berichten über den Weg bis zur Förderung ihres Projektes. Orientierungspunkte zur Förderantragsstellung und Kosten-und Finanzierungsplanung sollen die erfolgversprechende Projektentwicklung und -präsentation erleichtern.●

Arbeitshilfen für Selbsthilfe und Bürgerinitiativen Nr. 15, Verlag Stiftung Mitarbeit, ISBN 3-928053-49-3, 14 DM

Bezug über: Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 6 04 24-0, Fax 6 04 24-22

dp

DIE POTAMOKS

Nachdem Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre das große Comic-Magazin-Sterben in Frankreich eingesetzt hatte, fiel damit eine wichtige Plattform für junge Talente weg, die bisher auf den Seiten von Circus oder (A Suivre) ihre ersten Gehversuche in die Welt der bunten Bilder vollführen konnten. Die Folge war eine Krise der Comic-Szene insgesamt, in der mittelmäßige Alben den Markt dominierten. Doch seit einiger Zeit entpuppen sich die Zeichner-Studios, die sich als Reaktion auf das Magazin-Sterben gebildet hatten, als Hort für neue Talente, die sich nun langsam mit ihren Werken ans Licht der Öffentlichkeit wagen.

Beim Hamburger Carlsen-Verlag, der schon immer ein besonderes Faible für französische Autoren-Comics gehabt hat, scheinen diese Youngsters ihre deutsche Heimat gefunden zu haben. Neben dem Autoren David Chauvel, dem mit seinen Beiden Serien »Die Kaltblütigen« (Zeichnungen: Erwan Le Saec) und »Die Schienenmenschen« (Zeichnungen: Fred Simon) der Anschluß an das Action-Kino von Hollywood geglückt ist, sowie dem Zeichner/Texter-Gespann Alain Ayroles/Jean-Luc Masbou, die mit ihrer Serie »Mit Mantel und Degen«, in der ein Wolf und ein Fuchs die Hauptrolle spielen, einen Comic geschaffen haben, der an Witz und Phantasie den »Musketier«-Filmen von Richard Lester in nichts nachsteht, erscheint nun »Die Pontamoks« ebenfalls bei Carlsen.

Geschrieben wurde diese Fantasy-Story von dem 26jährigen Franzosen Joann Sfar, während die Zeichnungen der 25jährige Spanier Jose Luis Munuera besorgte, für die es für beide die erste Zusammenarbeit war. Erzählt wird die Geschichte des schrulligen Professors Asclepios, der umgeben von ignoranten Spießern auf dem Phantasie-Archipel Eurysthe lebt und sich von dort aus in ein ungewisses Abenteuer aufmacht, um zu beweisen, daß sich woanders auf der Welt auch menschenähnliche Lebensformen entwickelt haben. Dem überzeugten Darwinisten stehen neben einem einäugigen Kapitän, der die zweifelhafte Ehre hat, das selbstkonstruierte Boot des Professors zu steuern, noch drei ehemalige Insassen des Irrenhauses von Eurysthe zur Seite, bei denen es sich um Anhänger einer geheimnisvollen und magischen Sekte handelt. Tatsächlich stoßen die ungleichen Gefährten bald auf fremdartige Wesen, den Potamoks. Diese zwei Meter großen Hünen sind halb Mensch, halb Schwein und alles andere als zivilisiert, was den Professor und seine Kameraden in ernsthafte Schwierigkeiten bringt ...

Zwar sind »Die Potamoks«, bedingt durch das phantastische Interieur und das Motiv der Queste, eine reinrassige Fantasy-Story, aber durch die Person des Professors Ascelepios, der die Evolutions-Theorie beweisen will, bekommt die Geschichte auch einen recht realistischen Touch, der sich von dem »Sword & Sorcerie«-Gemetzel a la »Conan« wohltuend abhebt. Trotzdem kommen auch die Freunde explizit gezeichneter Brutalitäten und Geschmacklosigkeiten auf ihre Kosten, da das Verhalten der schweineartigen Potamoks nicht gerade der feinen englischen Art entspricht. Leider bleiben dabei die Charakterisierungen etwas auf der Strecke, was schade ist, da »Die Potamoks« ansonsten und ohne die teilweise überzeichnete Gewalt, ein rundum gelungenes Album wäre. Aber auch so verheißt der erste Band »Terra Incognita« den Fortgang einer interessanten neuen Comic-Serie.

Jörg Petersen

Sfar/Munuera: Die Potamoks, Band 1: Terra Incognita; 48 Seiten; Farbe; Softcover; 18,90 DM; Carlsen Verlag, Hamburg

FILMDOKUMENTATION

BUSINESS AS USUAL oder Die Arroganz der Macht

Shell und Nigeria – Ein Jahr nach der Ermordung von Ken Saro-Wiwa

Als Shell im Sommer 1995 die Bohrinsel Brent Spar im Atlantik versenken wollte, tankten Hunderttausende (vorübergehend) lieber bei Esso, Aral, BP, DEA oder anderswo – und der Öl- und Benzinmulti legte den Rückwärtsgang ein. Daß Menschenrechts- und Umweltorganisationen gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die mit der jahrzehntelangen Ölförderung des Konzerns in Nigeria einhergehenden Umweltzerstörungen zu lenken versuchten, blieb weitestgehend unbeachtet.

Erst nach der Hinrichtung des nigerianischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten Ken Saro-Wiwa und acht weiterer Angehöriger des Ogonivolkes durch die Militärdiktatur General Sani Abachas am 10. November 1995 geriet Shell international ins Kreuzfeuer der Kritik. Nicht nur die rücksichtslose Mißachtung aller internationaler Standards bei der Ölförderung im Nigerdelta, sondern auch die Zusammenarbeit mit dem Militärregime bei der Bespitzelung und Unterdrückung Oppositioneller, Waffenkäufe und der Vorwurf der Zeugenbestechung im Prozeß gegen Ken Saro-Wiwa brachten den Konzern zunehmend unter Druck.

Zum 1. Jahrestag der Hinrichtungen demonstrierten auch in der Bundesrepublik erneut Tausende von Menschen in über 40 Städten vor Shell-Tankstellen und -Einrichtungen gegen die anhaltende Zusammenarbeit mit einer der brutalsten Militärdiktaturen der Welt und die Manöver des Konzerns, sich der Verantwortung für die Umweltkatastrophe im Ogoniland und anderen Teilen des Nigerdeltas zu entziehen. Ein Jahr nach der Hinrichtung der Aktivisten der »Bewegung für das Überleben des Ogonivolkes« – und während weitere 19 Inhaftierte unter unmenschlichen Bedingungen und unter derselben konstruierten Anklage wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung »gemäßigter Ogoniführer« auf ihren Schauprozeß warten – lautet die Devise für Shell nach wie vor: »Business as usual«. Kritiker werden denunziert, die Öffentlichkeit wird getäuscht und dieselben Millionen, die den Ogoni als Wiedergutmachung für die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nach wie vor verweigert werden, fließen in aufwendige PR-Kampagnen, mit denen Shell sein Image des »unpolitischen Wirtschaftsunternehmens« wieder aufzupolieren versucht. Während ausländische Journalisten für Nigeria grundsätzlich keine Visa erhalten, dürfen handverlesene FAZ-, SZ- und WAZ-Schreiber auf Konzernkosten mit dem Shell-Hubschrauber das Ogoniland überfliegen und ihren erstaunten LeserInnen mitteilen, daß von den behaupteten Umweltschäden nichts zu sehen ist. Zuhause zerrt der Konzern – mit tätiger Hilfe eines ebensolchen »Dokumentaristen« derweil kritische Journalisten vor den Kadi.

Der während der Jahrestagsaktivitäten im November und Dezember 1996 gedrehte Film zieht Bilanz, beschreibt die »nigerianischen Verhältnisse«, läßt einen Vertreter der MOSOP, einen Nigeriakenner und Freund Ken Saro-Wiwas, AntiShell-DemonstrantInnen, Menschenrechts- und Umweltorganisationen zu Wort kommen, durchleuchtet die Manipulationstaktik des Ölgiganten und stellt fest: Nichts hat sich geändert – und Shell am allerwenigsten. Es ist zu hoffen, daß er dazu beiträgt, daß das Thema »Shell und Nigeria« nicht erneut von der Tagesordnung verschwindet.●

Produktion: gruppe 2 und AutorInnenkollektiv, 1997 60 Minuten, Farbe/sw, S-VHS und VHS (andere Formate, Leih-und Kaufpreise auf Anfrage)
Verleih- und Vertrieb: gruppe 2, Fasanenstr. 142, D-82008 Unterhaching, Tel.: 089/6116216, Fax 6116247

JOBS

Selbstverwaltete Tischlerei in Berlin sucht ab August einen engagierten Tischler mit Erfahrung im Möbel- und Baubereich zur Vergrößerung eines 5er-Teams (Firmeneinstieg erforderlich)
Chiffre: 153/1

JOBSUCHE

Dipl.-Ing. Energie- u. Verfahrenstechnik (TU), 32 J., m, kurz vor Studienabschluß · Schwerpunkte: reg. Energie, allg. Energietechnik, Anlagenbau, Haustechnik, Verfahrenstechnik, Kundenbetreuung · sucht Berufseinstieg in Berlin.
☎(0 30) 692 49 57

PROJEKTE

Suche ländliches Projekt zum gemeinsamen Leben, Arbeiten und politisch aktiv sein. Dabei möchte ich Euch gerne in Eurer Selbstversorgung / im Garten unterstützen. Toll finde ich, wenn weitere Arbeitsfelder (Seminartätigkeit, Werkstätten o.ä.) oder Kooperationen mit städt. und anderen ländl. Gemeinschaften existieren, da ich nicht auf einer »Insel« leben möchte! Freue mich auf baldige Post und auf Euch!
Chiffre: Landluft 153/2

Wir suchen
freie MitarbeiterInnen

Das Archiv **G.Fälscht** sammelt seit 1991 politische Fälschungen **von unten**. Unsere MitarbeiterInnen haben ein Auge auf **fake's** in ihrer Region und schicken uns mindestens 3 Originale mit den dazugehörigen Zeitungsartikeln, Fotos, Flugis etc...
Mittlerweile liegen uns die vielfältigsten **Fälschungen** von A-Z vor :

Ausweise, Anzeigen, Behördenschreiben, Briefmarken, Drucksachen, Extraausgaben, Fahrausweise, Flugzeugabstürze, Gut- und Geldscheine, Hauswurfsendungen, Informationsbroschüren, Jubelparaden, Karten, Nachrichten, Offizielle Rundschreiben, Plakate, Stempel, Schilder, Scheinbesetzungen, Tageszeitungen, U-Bahnkarten, Wahlpropaganda, Werbezettel und Zug-Begleiter...

Besonders interessiert sind wir an Einsendungen von AuslandskorrespondentInnen über amerikan. **hoax**, englische **fakes**, spanische **falsificasines**, italienische **falsificazione**, französische **falsification**, und unsichtbares Theater aus aller Welt.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch "Opfer" oder Sympathisanten und Neueinsteiger.
Schickt uns also keinen tabelarischen Lebenslauf, sondern von jeder **Fälschung** mind. 3 Exemplare und Zeilungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
Lagerhaus Schildstraße 12-19 D-28203 Bremen
internet: http://www.underground.de/g_faelscht/
Postbank Hamburg Nr.:547258202 BLZ 20010020

Frauen-Kommunen aufgepaßt!
Der Sommer kommt und Euch wächst die Arbeit im Garten und in anderen Bereichen über den Kopf? Suche Frauen-Gemeinschaft auf dem Land zum gemeinsamen Leben, Arbeiten, politisch aktiv sein ...
Freue mich auf Eure Briefe und auf Euch!
Chiffre: Frauen-Power

Wir suchen lebenslustige Frauen (gerne mit Kindern) für unsere Frauen-Land-WG bei Verden/Bremen. Wir sind eingebunden in ein politisches Alternativprojekt. Einzug ist ab sofort möglich. Wir wünschen uns Mitbewohnerinnen mit längerer Wohnperspektive.
☎(0 42 31) 6 87 08
(Frauke, Judith, Kathrin, Julia)

Für 36 Mark im Jahr kriegen Sie, was Ihnen in der Tagespresse fehlt, einmal im Monat verabreicht:
Volksblatt!
Monatlich 12 Seiten
Abo jährlich 36 Mark
Melchiorstr. 15, 50670 Köln
Tel/Fax 731798

Neu : Krisis 19
Ernst Lohoff: Der Tod des sterblichen Gottes. Eine Skizze über Aufstieg und Fall des Nationalstaates • **Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik.** Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des "Marxismus" • **Volker Hildebrandt: Der Dritte Sektor • Gaston Valdivia: "Zeit" ist Geld und Geld ist "Zeit".** Von der Produktion der "Zeit" zu ihrer marktwirtschaftlichen Dekonstruktion
198 S., 20 DM. ISBN 3-89502-054-0
Krisis
beiträge zur kritik der warengesellschaft
Horlemann Verlag • Postfach 1307
53583 Bad Honnef • Fax 02224/5429

analyse. beratung. training. (a.b.t.)
- *diskursive Team- und Organisationsentwicklung,*
- *konstruktives Konfliktmanagement,*
- *Beratung und Training bei Umstrukturierung,*
- *diskursive Zielfindungsprozesse,*
- *und anderes*

.... für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Axel Keller, Soziologe und Pädagoge, Alardusstr. 3, 20255 Hamburg, Tel. 040/405 669, Fax: 040/401 53 14

Flieger / Nicolaisen / Schwendter (Hg.)
Gemeinsam mehr erreichen

Kooperation und Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte
*530 Seiten * ISBN 3-923126-92-1*
DM 30,–

Dieser umfangreiche Reader gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil führen mehrere theoretische und geschichtliche Aufsätze anschaulich in die Thematik ein. Im zweiten Teil werden anhand von 14 sehr unterschiedlichen Praxisbeispielen die vielfältigen Erfolge, aber auch Schwierigkeiten der Kooperation von selbstverwalteten Betrieben und Projekten deutlich gemacht. Der dritte Teil schließlich gibt praktische Hilfen zur Umsetzung der Beispiele.
Über 30 AutorInnen mit ihren eigenen konkreten Erfahrungen machen das Buch zu einem wichtigen Meilenstein. Die grundlegende Aufbereitung des Themas weist über die Vernetzung der alternativen Ökonomie eine langfristige Perspektive.

AG SPAK
AG SPAK Bücher
Adlzreiterstr. 23
80337 München
Tel. + Fax: (089) 77 45 71

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Gentechnik Rauf auf den Acker ❦ Freisetzungsstandorte ❦ Gentechnologischer Machbarkeitswahn CASTOR-NIX³ Aktionsberichte ❦ Auswertungen ❦ X-tausendmal quer Jutta Ditfurths antigewaltfreien Reflexe ❦ Neonazis im Internet Rezensionen Die realen Frauen der Surrealisten

Concert for Anarchy
Billy Bragg u.v.m
Schnupperabo: 10 DM
Vorkasse (4 Ausgaben)
Jahresabo: 35 DM

Graswurzelkalender '97
›Arbeit & Faulheit‹
Nur noch 5 DM (zzgl. Versandkosten)

Graswurzelrevolution
Kaiserstr. 24 • 26122 Oldenburg
email:GWR-Redaktion@OLN.comlink.apc.org
Fax 0441/2489661
http:\\www.comlink.de\~graswurzel\

KURDISTAN
eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD
AutorInnenTeam der AKTION 3.WELT Saar
Magazin Verlag, Kiel, 1995, Reihe BRD + 3.Welt Nr.52
50 Seiten, 4,-DM, viele Photos

•historische Entwicklung •aktuelle Situation •Interessen der Türkei und BRD •Möglichkeiten einer politischen Lösung •Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD •Buch- und Zeitschriftentips
Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse; Für Wiederverkäuferinnen und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare
AKTION 3.WELT Saar • Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/9930-56
Bankverbindung: Konto 01382618 bei Saarbank Losheim, BLZ 591 900 00

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Niederlande, 1019 AT Amsterdam, ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

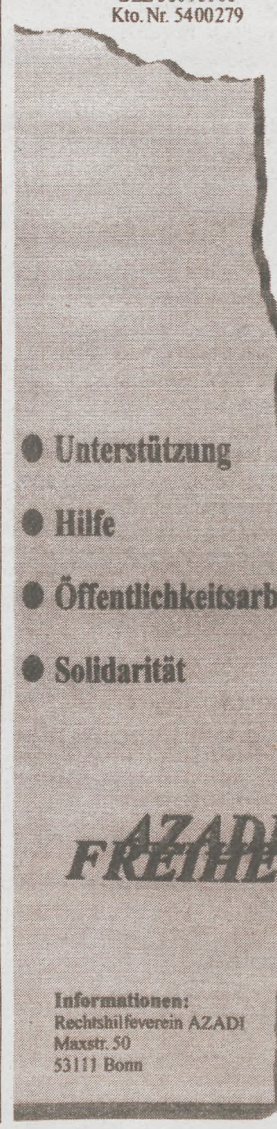
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

AZADI
RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
Ökobank Frankfurt/Main
BLZ 50090100
Kto. Nr. 5400279



AKP
Alternative Kommunal Politik

- Wer über alle Gebiete der Kommunalpolitik kompetente Einführungen sucht,
- wer die wichtigsten Konzepte und Debatten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus kennenlernen will,

... für den/die gibt's nur eins - die reichhaltige Angebotspalette der AKP.

Erstens: Wer die »Alternative Kommunalpolitik« (AKP) - die seit 17 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas / Kommunalos" - noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft ordern. Die AKP erscheint 6 mal im Jahr mit jeweils 68 Seiten und kostet im Abo 66 DM.

Zweitens: Unser »Handbuch für alternative Kommunalpolitik« bietet mit 45 Kapitel, die von über 50 Fachleuten aus allen Gebieten der Kommunalpolitik geschrieben wurden, so allerhand Wissenswertes. Das engbedruckte, 415 Seiten dicke Werk verkaufen wir konkurrenzlos preiswert für nur 45 DM (zzgl. 4 DM Porto), weil wir wollen, daß möglichst viele Verantwortliche in den Rathäusern damit arbeiten.

Drittens: Wer noch gezielter informiert werden möchte, z.B. über weitere Fachbücher aus unserem Hause, Sonderhefte oder Themenpakete, sollte einfach den aktuellen Gesamtkatalog anfordern und einen Blick hineinwerfen.

Probeheft und Katalog anfordern bei:
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,
☎ 0521/177517, 🖷 0521/177568

LESERBRIEF

Betr.: »Der Sieg der Ökonomie über das Leben«, Heft 152, Mai '97

Robert Kurz hat in überzeugender Weise die Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung und unserem Geldsystem herausgearbeitet. Vor allem auch den Tatbestand, daß wirksame Ökosteuern heute gar nicht durchsetzbar sind, weil sie dem monotär bedingten Zwang zum Wirtschaftswachstum entgegenstehen. Schade nur, daß Robert Kurz diesen Wirkungsmechanismen nicht weiter nachgeht und darum dem Markt das anlastet, was auf den vom Geld ausgehenden Kapitalismus zurückzuführen ist. So kommt es, daß er am Ende seines Artikels – statt der Fehlstrukturen – gleich das ganze Geld abschaffen will.

Daß es auch anders geht, dürfte die auf der gleichen CONTRASTE-Seite angeführte Veranstaltung mit Bruno Jehle von der INWO Schweiz zeigen. Denn sowohl die über mehrere Jahre gehende Brakteatenzeit im Hochmittelalter wie die örtlichen und regionalen Experimente in den 30er Jahren haben bewiesen, welche positiven Veränderungen mit geringen Korrekturen unseres Geldsystems zu erreichen sind. Es wäre schön, wenn CONTRASTE als Ergänzung zu dem Kurz-Artikel, über diese Veranstaltung berichten würde.●

Helmut Creutz, Aachen

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

TAK AÖ-Sommerseminar
Das diesjährige 19. Sommerseminar dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Gemeinschaftsprojekte. Es findet parallel zum »Com Together« der Lebensgemeinschaften vom 20. bis 27. Juli 1997 im Forsthaus Triesch in der Nähe von Bebra statt (näheres auf Seite 13).
Information & Anmeldung:
Martina Racki, Scheffelstr. 46,
D-79102 Freiburg

COMUNIDAD A

Die Comunidad A, im spanischen San Adrian (Region Bierzo), lädt ein zum **Sommer-Workcamp '97** (Juli/August). Infos unter: Comunidad A, A.P. 315, E-24400 Ponferrada

UNTERNEHMENSGRÜN

»Zukunftsfähigkeit & Unternehmensberatung«
Die thematische Schwerpunktsetzung dieser Fachtagung knüpft unmittelbar an der UnternehmensGrün-Fachtagung »Von der Vision zur Praxis« an, deren Dokumentation in Kürze vorliegen wird.
Ziele dieser Fachtagung für BeraterInnen und Unternehmen sind:
- Entwicklung und Darstellung von Bausteinen zu einer »anderen« Beratungs- und Trainingspraxis, die Zukunftsfähigkeit als Strategie für Unternehmen ernst nimmt und
- Vernetzung »anderer« Beratungs- und Trainingsunternehmen in einer Fachgruppe von UnternehmensGrün-Mitgliedern als Ansprechpartner für weitere Interessierte und die weitere inhaltliche Arbeit.

Termin: 5.7.97, 10 bis 18 Uhr, im Haus der Wirtschaft, Stuttgart
Information:
Ökonsult, Postfach 16 06 28,
D-60069 Frankfurt
☎(0 69) 95 52 90 41, Fax 95 52 90 42
e-mail: oekosult.frankfurt@t-online.de

ANARCHISMUS

2. Anarchistisches Sommercamp
Wie schon 1995 organisieren wir in diesem Jahr wieder ein anarchistisches Sommercamp. Es wird von Freitag, dem 25. Juli, bis zum Sonntag den 3. August stattfinden.
1995 waren mehr als 300 AnarchistInnen aller Generationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet und einigen Nachbarregionen zu uns gekommen. AnarchosyndikalistInnen, Kommune-AnarchistInnen, Gewaltfreie, anarchistische Autonome, AnarchafeministInnen, PunkerInnen, Leute aus selbstverwalteten Betrieben, RätekommunistInnen und libertäre SchülerInnengruppen. Wir alle haben das Camp als Möglichkeit genutzt uns auszutauschen, uns kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und viel Spaß beim gemeinsamen Urlaub zu haben.
Das Camp wurde damals von einigen anarchistischen Gruppen aus Hamburg organisiert. Es gab verschiedenste Arbeitsgruppen, Aktionen, Diskussionskreise und Seminare.
Aufgaben wie Kochen, Kinderbetreuung, Saubermachen und Wache halten werden wir selbstverständlich wieder gemeinsam selbst erledigen.
Das Gelände, welches wir für diesen Sommer wieder anbieten können, ist sehr komfortabel und bietet aufgrund seiner Lage hervorragende Wassersport- und Freizeitmöglichkeiten. Die Erholung kommt so sicher nicht zu kurz.
Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von Euch sich jetzt schon bereit erklären würden Arbeitsgruppen oder ähnliches vorzubereiten bzw. feste Aufgaben wie z.B. den Sanitätsdienst zu übernehmen.
Eure finanzielle Beteiligung sollte je nach Möglichkeit und Einkommen zwischen 90 und 130 DM liegen. Das Essen ist darin dann schon enthalten.
Organisiert wird das Camp dieses Jahr durch die »Libertäre Jugend Hamburg«, eine Gruppe welche auf dem letzten Camp entstand und seitdem hier in Hamburg sehr aktiv ist. Unterstützt werden wir von mehreren anderen anarchistischen Gruppen aus unserer Stadt.
Für Eure möglichst frühe Anmeldung – die obligatorisch für Eure Teilnahme ist – (Anmeldeschluß ist der 12. Juli bzw. wohl schon früher, bei 300 Anmeldungen ist es voll) sowie für weitere Informationen oder Anregungen meldet Euch bitte beim:
Zentrum der Libertären Jugend
Thadenstraße 118, Kellereingang
D-22767 Hamburg-Altona
e-mail: fauhh4@anarch.free.de
oder telefonisch (Mi+Do 19-21 Uhr, So 16-18 Uhr) unter 040/ 432 21 24

ÖKODORF-FESTIVAL

Vom 14. bis 18.8.97 auf dem Gelände einer Gemeinschaft in der Nähe von Mainz. Die Kosten für die Teilnahme werden ca. 200 DM (incl. Vollpension) betragen. Evtl. Überschüsse werden zur Gründung eines Solidarfonds für Gemeinschaftsprojekte verwendet.
Infos: Bitte mit 10 Mark-Schein (keine Briefmarken!) anfordern (5 Mark gehen an den Solidarfonds für Gemeinschaftsprojekte). Adresse: Ökodorf-Institut, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎(0 76 22) 6 53 02

RASSISMUS

Rassistischer Alltag – Alltäglicher Rassismus
Rassismustheorien und antirassistische Strategien in der Diskussion
Wochenendseminar Fr. 27.06. bis So. 29.06.97
- Rassismus und Normalisierung
  Referentin: Petra Wagner
- Foucaults Beiträge zur Rassismustheorie
  Referentin: Angelika Magiros
- Diskurse des Rassismus (Workshop)
  Leitung: Siegfried Korngiebel

Antirassistische Strategien im Dreiländereck (Hearing) CLAE (Luxemb.), MRAP (Frankr.), Aktion 3. Welt Saar (BRD), Multikulturelles Zentrum (BRD)
Das Seminar ist Bestandteil der Workshop-Reihe »Antirassistische Arbeit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.«
Anmeldung & Information:
Multikulturelles Zentrum Trier
☎(06 51) 4 84 97

SOZIALES

Personal- und Organisationsentwicklung in sozialen Einrichtungen
Für Fach- und Führungspersonal aus den sozialen Diensten und Einrichtungen, sowie freie Träger und kommunale Behörden, die an Fragen der Organisationsentwicklung arbeiten oder interessiert sind.
Termin: 8.7.97, 9.30 bis 16.30 Uhr, München
Infoprmation & Anmeldung:
ITW, Fachhochschule München
☎(0 89) 126 63 30, Fax 12 66 33 99

DÖRRWIESE

Alternativen zum Sozialabbau?
Der Sozialabbau ist allgegenwärtig. Immer mehr Menschen werden in das gesellschaftliche Abseits gedrängt. Die herrschende Wirtschaftspolitik realisiert überwiegend die Interessen der Reichen. Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, dem entgegenzusteuern?
In drei Schritten wollen wir uns der Fragestellung nähern:

1. Werden Erfahrungen, Wahrnehmungen und Wünsche der TeilnehmerInnen gesammelt und gemeinsam ausgewertet.
2. Stellen wir den Versuch einer Gesellschaftsanalyse und die Kritik zur Diskussion.
3. Lernen wir praktische soziale und ökonomische Alternativen kennen und versuchen, mit konkreten Vorschlägen neue Initiativen anzuregen.

Geplant sind drei Exkursionen zu alternativen Projekten in der Region.
Termin: 5. bis 10.10.1997 im Drohntal/ Hunsrück
Information & Anmeldung:
Gerhard & Waltraud Kern
☎(0 65 33) 93 73 10, Fax 93 73 49

AG SPAK

Workshop »Tacheles«
Arbeit mit gewaltfaszinierten jugendlichen Fußballfans
Die Fan-Szene gliedert sich in verschiedenste Subkulturen, die teilweise von politischen Gruppierungen instrumentalisiert werden. Die Arbeit mit dieser Fanszene scheint ein geeigneter Weg, dieser Mischung aus Gewaltfaszination und politischer Instrumentalisierung wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Die Zielgruppe der Maßnahme sind Fußballfans, z.T. Mitglieder aus Fan-Gruppen und Hooligans sowie MitarbeiterInnen der örtlichen Fanprojekte und in der aufsuchenden Arbeit engagierte MultiplikatorInnen.
Termin: 6. bis 7.7.97

»Leben auf der Straße«
Eine Circuswoche mit obdachlosen Kindern, Jugendlichen und Straßenkindern. Wir wollen in diesem Jahr eine einwöchige Veranstaltung mit obdachlosen Kindern und Jugendlichen, und Kindern, die auf der Straße leben, in Form eines Circus-Projektes durchführen. Entlang den Fragestellungen: Wo kommen wir her? Was passiert auf der Straße? Leben in Obdachlosenunterkünften; Was ist mit der Schule? Was heißt »Sich durchschlagen«? Was bedeutet Euch die Straße? Wie möchtet Ihr gerne leben?, soll versucht werden, die Situation der Kinder und Jugendlichen zu erfassen und gemeinsam in spielerische Handlungen umzusetzen.
Termin: 18.-24.8.97, Bahnhof Göhrde

Soziales Lernen im Zeltlager
Mit diesen beiden erlebnis- und handlungsorientierten Kursen sollen überwiegend mehrfachbenachteiligte Jugendliche sozial integriert werden. Die Zielgruppe der Maßnahmen sind Mädchen und Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren mit besonderen Schwierigkeiten.
Termine: 17.7. bis 29.7.97
und 14.8. bis 26.8.97

Internationales Jugendcamp zum Abbau von antirassistischen Vorurteilen bei Jugendlichen
Wir wollen in diesem Jahr zwei interkulturelle Treffen von Jugendlichen veranstalten. Teilnehmen werden dabei weibliche und männliche Jugendliche und Heranwachsende unterschiedlicher Nationen: Deutsche, Türken, Kurden, Araber und andere. Den Abschluß des Camps wird je ein »interkulturelles Fest« unter Beteiligung der Jugendlichen mit einem selbstgekochten Essen internationaler Gerichte und gemeinsamen Volkstänzen bilden.
Termine: 2.7. bis 2.8.97
und 23. bis 31.8.97

Community Organizing in der Jugendhilfe
Arbeitstagung zur Planung eines Modellprojekts zur Übertragung von Community Organizing auf die gemeinwesenarbeit in Deutschland. Die Soziale Arbeit hat sich in der Kinder- und Jugendhilfe als Dienstleistung und Versorgung institutionalisiert und spezialisiert. Die Selbstbestimmung und Partizipation von Betroffenen, v.a. von sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten zu ermöglichen und der erlernten Hilflosigkeit entgegenzuwirken, gehört allerdings zu den Aufgaben, die noch nicht befriedigend gelöst sind.
Termin: 11. bis 13.7.97
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

KULTUR

Veranstaltungsmanagement: Seminare und Veranstaltungen planen, organisieren und durchführen
Mit Seminaren, Tagungen, Tages- und Abendveranstaltungen öffnen sich soziale und kulturelle Einrichtungen ihren Zielgruppen. Hinter jeder Veranstaltung steht eine Menge an Planung und Organisation. Wie setzt man Ideen in tragfähige Konzepte um? Wie können Tagungen bezuschußt werden? Wie sieht der optimale Zeitplan aus? Wie gestalten wir die Tagungsräume? Was ist bei der Unterkunft zu beachten? Die TeilnehmerInnen sollen optimal betreut, Chaos strikt vermieden werden. Unser praxisorientiertes Seminar informiert über Planungselemente, Checklisten, Konzepte, Finanzierung und Krisenmanagement.
Termin: Nürnberg, Samstag, 5. Juli 1997, 10.00 Uhr bis Sonntag, 6. Juli 1997, 16.00 Uhr
Anmeldung & Information:
Nürnberger Medienakademie, Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg, Fax 089/131406

NEUE RELIGIOSITÄT

Diese Veranstaltungsreihe bietet das Cafe ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Main, seit Ende Mai an. Folgende Termine sind im Monat Juli vorgesehen:
Frauenbild und Frauenrolle in der Esoterik
Neben der Darstellung des Frauenbildes in der Esoterik / im New Age und des spirituellen Ökofeminismus wird es darum gehen, die Parallelen bzw. die Unterschiede der Frauenbilder zum einen in Esoterik und New Age und zum anderen in Faschismus/Neofaschismus, Christentum und Feminimus darzustellen. Und die alle interessierende Frage lautet natürlich: Was ist interessant an Esoterik für linke Frauen?
Termin: 5.7.97, 19.30 Uhr

Vergleichende Betrachtung der Grundelemente von Esoterik, Neuheidentum und faschistischer Ideologie
Die Veranstaltung wird die ideologischen und personellen Schnittstellen, Kontakte und Vernetzungen zwischen organisiertem Neofaschismus und NeuheidInnen und EsoterikerInnen aufzeigen.
Termin: 10.7.97, 19.30 Uhr

DRITTE WELT

Sie säen, sie ernten, aber sie werden nicht satt
Frauen sind zuständig für die Ernährung der Familie, sie bauen zumeist die Grundnahrungsmittel an. Land ist für Frauen im Süden die Grundvoraussetzung für die Ernährungssicherung, andere Einkommensmöglichkeiten sind nicht im ausreichenden Umfang gegeben. Der rechtliche Zugang zu Land bleibt Frauen häufig versperrt. Bei Landverteilungen wird zumeist der Mann als Eigentümer eingetragen, zum Teil noch unter der gesetzlichen Einschränkung, daß das Land nur an den männlichen Familienvorstand vergeben wird. In der Erbfolge bleiben die Frauen in vielen Ländern unberücksichtigt.
Gerade das Thema »Zugang zu Land« scheint in den westlichen Industrieländern vor allem unter dem Aspekt der »kulturellen/religiösen Faktoren auf nationaler Ebene, die Frauen unterdrükken,« gesehen zu werden. Die – meist internationalen – politischen und ökonomischen Faktoren systematischer Benachteiligung treten dagegen oft in den Hintergrund. Aber spätestens seit der UNO-Menschenrechtskonferenz in Wien und der Welt-Frauenkonferenz in Peking weiß frau um die erstarkende Bewegung vor allem afrikanischer Frauen, die sich für den gleichberechtigten Zugang zu ökonomischen Ressourcen einsetzen, mit klaren Forderungen an ihre eigenen Regierungen.
Auf dem Seminar wollen wir über konkrete Beispiele – der Vergabe von Land in Honduras und Zimbabwe – die speziellen Probleme von Frauen herausarbeiten, um anschließend internationale Möglichkeiten zur Unterstützung der Frauen zu erörtern. Im Mittelpunkt des Seminars stehen die Fragen: Wie können wir mit Frauen gegen ihre spezifischen Benachteiligungen arbeiten. Wie greifen wir aktiv ein im Bemühen gegen den Hunger von Frauen und Kindern?
Termin: 3. bis 5.10.97, Frankfurt/Main
Information & Anmeldung:
FIAN, Overwegstr. 31, D-44625 Herne
☎(0 23 23) 49 00 99, Fax 49 00 18
e-mail: fian@herne.netsurf.de

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

SONSTIGES

A 20 macht die Seeluft ranzig
Ostsee-Rad-Tour 1997 gegen Autowahn von Lübeck nach Usedom vom 26. Juli bis 2. August 1997
Die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns ist gespalten in ca. 80% AutobahnbefürworterInnen und 20% GegnerInnen. Das bedeutet innerhalb der letzten zwei Jahre eine Verdopplung der Gegnerschaft. Aber immer noch glauben die meisten Menschen in unserer strukturschwachen Region, die Autobahn bringe den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung und die dringend benötigten Arbeitsplätze. Diese Hoffnung zerstört bisher beiden meisten MecklenburgerInnen und VorpommerInnen jedes kritisches Nachfragen. Aufklärung tut also dringend Not!
Darum lädt der ADFC Greifswald mit Unterstützung des Aktionsbündnis »Keine A 20«-dieses Jahr wieder zur mittlerweile dritten Tour ein, um frischen Wind und neue Gedanken an die Küste zu tragen.
Die Tour startet am 26. Juli in Lübeck und geht über Wismar, Warnemünde, Stralsund und Breechen nach Ückeritz, wo sie am 2. August endet.. Es wird in bequemen Etappen die Ostsee entlang geradelt (max.60 km), übernachtet wird in Turnhallen und eine Kochgruppe sorgt für die vollwertige Verpflegung. Das kostet dann alles in allem 15,-DM pro Tag und Nase.
Unterwegs sind Aktionen gegen die A 20: Das Widerstands-Hüttendorf bei Jarmen soll besucht werden; außerdem soll eine symbolische Besetzung des fast fertiggestellten ersten Autobahn-Abschnitts bei Wismar stattfinden.
Die Fahrradtour ist eine Demonstration für umweltfreundlichen Tourismus und eine ökologische Verkehrswende, aber auch dieses Jahr werden Strandleben, Kneipe und Kultur nicht zu kurz kommen. Wer also Lust hat auf eine Woche Widerstand mit Spaß an der Küste – oder auch nur ein paar Tage kann – bekommt Informationen und kann sich anmelden beim
ADFC Greifswald
Lange Str. 14,
D-17489 Greifswald
☎(0 38 34) 89 74 12
Fax 89 45 23

FRAUEN

Bewerbungstraining
In der heutigen Zeit kommen auf eine freie Arbeitsstelle zum Teil über 100 Bewerbungen. Für Arbeitssuchende ist es deshalb wichtig, sich positiv aus der Masse der Mitstreiterinnen herauszuheben. Das A und O bei der Jagd nach einem attraktiven Job ist deshalb ein gutes Selbstmarketing. Um dies zu vermitteln, führt das Institut für technologieorientierte Frauenbildung - e.V. vom 20. bis 31.10.1997 wieder sein zweiwöchiges Bewerbungstraining in Form eines Assessments-Centers für arbeitslose und arbeitssuchende Akademikerinnen durch.
In diesem Training werden praxisnahe Bewerbungssituationen simuliert und durchgespielt. Für »Arbeitslos« oder »Arbeitssuchend« gemeldete Frauen ist eine Teilnahme kostenlos.
Information & Anmeldung:
Institut für technologieorientierte Frauenbildung e.V.,
Wilhelmshöher Allee 164, D-34119 Kassel
☎(05 61) 3 51 61

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg